

Kleines Lesebuch über den Freihandel

Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert
von Detmar Doering

Inhalt

Vorwort	3 S.
Einleitung	4 S.
Weiterführende Literatur	10 S.
Kurt Tucholsky (1932): Ein Gedicht zur Einstimmung	12 S.
Adam Smith (1776): Kritik des Merkantilismus	13 S.
David Ricardo (1817): Das Argument für den Freihandel: Komparativer Vorteil	21 S.
Richard Cobden (1844): Wider die Privilegienwirtschaft	28 S.
Frédéric Bastiat (1846): Schutz vor der Sonne	31 S.
Henry George (1886): Soll man „Jugendliche Industrien“ schützen?	35 S.
Ludwig von Mises (1927): Freihandel als Friedenspolitik	39 S.
Gottfried Haberler (1933): Freihandel, Monopol und Arbeitslohn	43 S.
Jagdish Bhagwati (1988): Multilateralismus und Entwicklung	46 S.
Otto Graf Lambsdorff (1995): Protektionismus: Der moderne Imperialismus	51 S.
C. Christian von Weizsäcker(1999): Die Moral des internationalen Kapitalmarkts	58 S.
Mario Vargas Llosa (2000): Mehr Globalisierung, mehr Demokratie	62 S.
Der Herausgeber	68 S.

Vorwort

von Dr. Otto Graf Lambsdorff

„Der Freihandel, eine der größten Segnungen, die eine Regierung einem Volk erweisen kann, ist dennoch in fast jedem Lande unpopulär“.

Von dem britischen Historiker Thomas Babington Macaulay stammt dieser Stoßseufzer aus dem Jahre 1824. Viele Verfechter des freien Welthandels können ihn nachempfinden.

Anscheinend erhalten die Theorien, die den Freihandel stützen, so manche Wahrheit, die tief im menschlichen Geist verwurzelten Vorurteilen und Instinkten widerspricht. Viele Menschen können sich zum Beispiel anscheinend nicht vorstellen, dass ein freier und offener Welthandel den ärmsten und schwächsten Völkern dieser Welt nutzt. Dabei ist in Wirklichkeit gerade der Freihandel das beste Instrument der wirtschaftlichen Entwicklung für die Benachteiligten dieser Welt, das wir kennen. Dort, wo wirtschaftliche Unfreiheit herrscht, ist auch die Armut am größten.

Die Wahrheit ist: Kaum eine ökonomische Doktrin ist so sehr durch Theorie und Praxis bestätigt worden wie die des Freihandels. Deswegen liegt Macaulay zwar nicht völlig falsch, aber auch nicht ganz richtig. Es ist zwar nicht immer leicht, aber man kann die Menschen vom Freihandel überzeugen. Man kann dies etwa durch das praktische Beispiel tun. Dort, wo die Politik des Freihandels konsequent durchgesetzt wurde, hat sie geholfen, die Armut zu bekämpfen, den Frieden zu sichern und die Demokratie zu stärken. Der Freihandel ist in der Tat einer der stärksten Leistungsausweise liberaler Politik überhaupt.

Man kann – und muss! – aber auch durch das Wort überzeugen. Eine Politik des freien Handels lässt sich nur dann durchsetzen, wenn die Menschen auch zuvor von deren Vorteilen überzeugt werden. Dazu können die Texte der Klassiker wie Adam Smith und Ricardo, der Dichter wie Kurt Tucholsky und Mario Vargas Llosa, der ökonomischen Experten wie Carl Christian von Weizsäcker und Jagdish Bhagwati, die hier in dieser kleinen Textsammlung vorliegen, viel beitragen. Das, was man in diesem „Kleinen Lesebuch über den Freihandel“ zu lesen bekommt, ist ein Panorama großer Geistesleistungen, wie man sie bei einem solchen Thema kaum vermutet hätte.

Die Idee des Freihandels verdankt ihren Aufstieg der Aufklärung des 18. Jahrhunderts. Sie ist auch bis heute eine aufklärerische Aufgabe geblieben. Im Dienste dieser Aufgabe steht dieses „Lesebuch“.

Einleitung

Diese Sammlung von klassischen Texten über (oder besser: für) den Freihandel beginnt mit einem Gedicht von Kurt Tucholsky und endet mit einem Text des peruanischen Romanciers Mario Vargas Llosa. Dichter und Schriftsteller für den Freihandel? Den meisten Menschen wird dies merkwürdig vorkommen. Die Ökonomie – die „dismal science“ – wird im allgemeinen als Inbegriff des kühl kalkulierenden Rationalismus und wohl nur selten als Gegenstand poetischer Inspiration gesehen. Vor allem unter den Literaten heutzutage finden sich viele „Globalisierungsgegner“. Gerade deshalb ist es wichtig, dass einmal daran erinnert wird, dass dies nicht immer so war – und daran, dass dies auch nicht so sein sollte.

Der Freihandel ist das vielleicht erfolgreichste Mittel zur Förderung der menschlichen und kulturellen Entwicklung, das die Menschheit je ersonnen hat. Er hat wie kaum etwas anderes dazu beigetragen, Not und Elend unter den Menschen zu beseitigen. Im Zeitalter der Aufklärung des 18. Jahrhunderts begann er die wirtschaftspolitische Parole der Gebildeten zu werden. Die französischen Physiokraten, David Hume und Adam Smith – sie alle gehörten zu den geistigen Wegbereitern. Im 19. Jahrhundert fand er nicht nur bedeutende geistige Vertreter – etwa David Ricardo –, sondern wurde auch die praktische Maxime aller fortschrittlich gesinnten Reformer.

Das Startsignal für die freihändlerische Reformpolitik in Europa war der Kampf britischer Freihändler gegen die „Corn Laws“ – jene Getreidezölle, die das Leben der Ärmsten in den Industriemetropolen unerträglich verteuerten und die nur einer kleinen Schicht von Großgrundbesitzern nutzten. Angeführt wurde die Agitation gegen die Zölle von Richard Cobden und John Bright, zwei Unternehmern aus Manchester. Von konservativer Seite wurde daher bald der Schmähbegriff „Manchestertum“ geprägt. Im Gegensatz zu dem Zerrbild, das wir uns heute vom „Manchestertum“ als einer vermeintlich unsozialen und ausschließlich dem „besitzbürgerlichen“ Egoismus verpflichteten Geisteshaltung machen, war die von Cobden und Bright 1840 gegründete „Anti-Corn Law League“ eine von Idealismus geprägte Massenbewegung bisher unbekanntem Ausmaßes. Auch die Arbeiterschaft in den Städten konnte in großem Umfang für die Sache der liberalen Handelspolitik gewonnen werden. Intellektuelle und Dichter ergingen sich in Lobpreisungen. Der durch seine Anti-Sklaverei-Agitation berühmt gewordene amerikanische Dichter *John Greenleaf Whittier* widmet Cobden und Bright 1843 sein Gedicht, „To the Reformers of England“¹, in dem es heißt:

*God bless ye, brothers! in the fight
Ye're waging now, ye cannot fail,
For better is your sense of right
Than king-craft's triple mail...
Press bravely onward! not in vain
Your generous trust in human-kind
The good which bloodshed could not gain
Your peaceful zeal shall find.*

Die Begeisterung der Menschen für die Freihandelsbewegung hatte natürlich nicht zuletzt ihren Grund darin, dass sie ihr humanitäres Anliegen auch in anderen Politikbereichen konsequent vorlebte. Den Freihandel sahen die „Manchesterliberalen“ als ein Mittel zur Sicherung des Weltfriedens. Imperialismus und Militarismus fanden in ihnen entschiedene Gegner. Die

¹ John Greenleaf Whittier, *The Poetical Works of John Greenleaf Whittier*, New York/Oxford/ London/Toronto 1911, S. 386

allgemeine Volksbildung gehörte zu ihren Hauptzielen. Ihr Engagement in sozialen Fragen war vorbildlich, wenngleich ihre Vertreter dem Sozialeratismus kritisch gegenüber standen, sondern sich lieber persönlich aktiv im Genossenschaftswesen betätigten. Hermann Schulze-Delitzsch, der Vater der deutschen Genossenschaftsbewegung, gehörte zu den wichtigsten deutschen Vertretern des freihändlerischen „Manchestertums“. Überhaupt repräsentiert die europäische Freihandelsbewegung, die von Großbritannien ausging, die Tugenden des Liberalismus in ihrer größten Blüte.

Vor allem aber war es der ökonomische und soziale Erfolg der Freihandelsbewegung, der damals von den Menschen klar gesehen wurde und der ihren Massenerfolg sicherte. Der Fall der „Corn Laws“ im Jahre 1846 leitete eine Periode der Prosperität ein und besiegte den Hunger in Europa. Nach 1847 (Hungersnot in Irland, die nicht zuletzt auch in der protektionistischen Politik des Großgrundbesitzertums ihre Ursache hatte) gab es in Westeuropa keine Hungersnot mehr in Friedenszeiten. Hatten pessimistische Ökonomen wie David Ricardo und Thomas Robert Malthus noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts geglaubt, dass die Sicherung des bloßen Existenzminimums das Maximum sei, das für die arbeitende Bevölkerung möglich sei, wurde entgegen diesen Vorhersagen plötzlich sogar echter Massenwohlstand möglich. Dieser ist vielen heutigen Menschen schon so selbstverständlich geworden, dass sie sich nicht mehr vorstellen können, welche eine große zivilisatorische Leistung hier erstmals in der Menschheitsgeschichte erbracht wurde. Der Hunger – der Massenhunger! –, das war zuvor als das unhinterfragte und auf ewig gegebene Los der Menschen gesehen worden. Alleine in Frankreich gab es zum Beispiel noch im 18. Jahrhundert acht Hungersnöte, die über 5% der Bevölkerung das Leben kosteten. Alles dies hat die große liberale Ära des Freihandels und der Industriellen Revolution beendet – und damit alle antiliberalen Verelendungspropheten wie etwa Karl Marx und Friedrich Engels Lügen gestraft.

Für dieses „Lesebuch“ wurden Texte zusammengestellt, die zu den Klassikern gehören und die die wesentlichen geistigen Grundlagen für die Freihandelstheorie legten. Zu den Autoren gehört selbstverständlich Adam Smith. In seinem Buch „The Wealth of Nations“ von 1776 lanciert er einen Generalangriff auf den bisher in Europa herrschenden Merkantilismus. Dieser war die Wirtschaftsordnung der absolutistischen Monarchie und hatte vor allem die Füllung der Staatskassen durch positive Handelsbilanzen und Förderung einheimischer Manufakturen zum Ziel. Er war in seinem Kern zutiefst protektionistisch. Smith unterzieht die dahinter liegende Grundauffassung, dass im Bereich des internationalen Handels der Vorteil des einen Landes immer der Nachteil des anderen sei, einer kritischen Prüfung. Er kommt dabei zu dem Schluss, dass die durch solche Auffassungen beförderten Handelskriege es sind, die in Wirklichkeit den Wohlstand eines Landes schwächen, während offener Handel meist für beide Seiten Vorteile bringt.

Diese Kritik am merkantilistischen Protektionismus ist natürlich schon vor Smith hervorgebracht worden, und zwar nicht nur von seinen unmittelbaren Vorläufern, den französischen Physiokraten François Quesnay, dem Marquis de Mirabeau und vor allem Anne Robert Jacques Turgot, dessen Buch „Réflexions sur la formation et la distribution des richesses“ (1766) von Smith besonders geschätzt wurde. Schon während der Blütezeit des Merkantilismus (und noch innerhalb des merkantilistischen Theoriegebäudes) gab es solche Kritik am Protektionismus. Die Engländer Dudley North („Discourses upon Trade“, 1691) oder vor allem Henry Martyn („Considerations upon the East India trade“, 1701) seien genannt. Besonders deutlich für den Freihandel setzt sich auch der französische Reformmerkantilist und Kritiker Ludwigs XIV. Pierre de Boisguilbert („Le détail de la France“, 1695) ein.

Aber mit Adam Smith wird die Freihandelsidee in einer Form und Wirksamkeit entwickelt, die sie zur dominierenden handelspolitischen Agenda erhebt. Er ist zweifellos der einflussreichste unter den freihändlerischen Ökonomen gewesen. Viele seiner Argumente sind auch heute noch aktuell.

Was den Rang unter den Theoretikern des Freihandels angeht, so kann es mit Smith allenfalls noch David Ricardo aufnehmen, der neben Thomas Robert Malthus, William Nassau Senior und John Stuart Mill zu den bedeutendsten Vertretern der „englischen Klassik“ der Ökonomie im 19. Jahrhundert gehört. Ihm verdankt die Freihandelslehre ihr wohl wichtigstes Theorem, die Lehre vom komparativen Vorteil. Die Theorie des komparativen Vorteil zeigt vor allem, dass es keineswegs ausgemacht ist, dass wirtschaftlich schwache Länder (in heutiger Sprache: Entwicklungsländer) unter den Bedingungen des Freihandels im internationalen Wettbewerb unterliegen. Sie setzt nicht voraus, dass die Entwicklungsländer nur bei Produkten Erfolg haben, bei denen sie einen klaren Kostenvorteil besitzen (dies wäre die Theorie des absoluten Vorteils). Unter der Bedingung des Freihandels können sie ohne diese Voraussetzung auf dem Markt bestehen.

Es kann für das „überlegene“ Land mit zu hohen Opportunitätskosten verbunden sein, in eine Konkurrenz um ein Produkt einzutreten, selbst wenn es preisgünstiger produzieren kann, weil die mögliche Investition in dieses Produkt bei anderem Produkt höheren Gewinn abwerfen könnte. Ein analoges Alltagsbeispiel: Selbst wenn ein erfolgreicher Großunternehmer besser Schreibmaschine tippen könnte als seine Sekretärin, würde er dennoch diese Arbeit durch sie verrichten lassen. Er könnte sonst seine andere – wesentlich gewinnbringendere – Fähigkeit (Führung eines Großunternehmens) nicht mehr optimal ausüben, entschlösse er sich, die Arbeit seiner Sekretärin auch noch zu übernehmen. Hohe Opportunitätskosten für ihn wären die Folge. Seine Sekretärin ist also weiterhin auf ihrem Gebiet konkurrenzfähig, obwohl sie bei der dazu gehörigen Fähigkeiten nur „Zweitbeste“ ist. Für den Unternehmer hingegen hat die Tätigkeit der „Unternehmensführung“ gegenüber der des „Schreibmaschinenschreibens“ einen definitiven „komparativen Vorteil“, weil diese Tätigkeit für ihn mehr abwirft.

Auf die heutigen Entwicklungsländer übertragen heißt dies, dass es dort enorm viele konkurrenzfähige Produkte gibt. Das gilt nicht nur für den Abbau von Rohstoffen, bei denen viele Entwicklungsländer sogar einen absoluten Vorteil besitzen. In der Tat ist die darauf ausgerichtete Einseitigkeit der Exportwirtschaft vieler Entwicklungsländer nur Folge des Protektionismus der Industriestaaten gegen deren Fertigprodukte. Freihandel könnte daher zu einem Motor der Entwicklung in der Dritten Welt werden.

Ricardos Lehre vom „komparativen Vorteil“ legt zugleich ein Problem offen, mit dem sich die Verfechter des Freihandels nur zu oft auseinandersetzen müssen, nämlich der schwierigen Vermittelbarkeit ihrer Position. Dass der Schwächere aus internationalem Wettbewerb Vorteil ziehen könne, ist zwar dank Ricardo eindeutig begründbar, doch nicht auf den ersten Blick plausibel. Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Samuelson nannte daher einmal Ricardos Theorie richtig, aber „kontra-intuitiv“. Das schwer Vermittelbare zu vermitteln bleibt daher die Aufgabe der Ökonomen.

Zu den anderen großen Theoretikern der Freihandelslehre gehört Gottfried Haberler, der 1933 in seinem Buch „Der internationale Handel“ die ricardianische Theorie mikroökonomisch fundierte und damit modernisierte. Haberler stellte fest, dass eine Schutzzollpolitik nicht nur allgemeine „Aggregate“ wie das generelle Preisniveau eines Landes verändere, sondern auch die Preisstruktur und die Handlungsabläufe in der Wirtschaft negativ beeinflusse. Er wies damit nach, dass zum Beispiel das Ziel der Sicherung von Arbeitsplätzen durch Protektion nicht

erreicht werden könne. Vielmehr werde dieses Ziel durch Verzerrungen des Arbeitsmarktes sogar gefährdet.

Im übrigen versucht dieser Band ein wenig von der Vielfalt des Themas einzufangen. Da findet man die großen Agitatoren für den Freihandel des 19. Jahrhunderts wie Richard Cobden und seinen französischen „Gefolgsmann“ Frédéric Bastiat. Cobden war sicherlich weltweit die führende Persönlichkeit unter den Freihändlern seiner Zeit – eine Symbolfigur. Die von ihm maßgeblich bewirkte Abschaffung der englischen Getreidezölle (Corn Laws) 1846 und der von ihm 1860 ausgehandelte britisch-französische Freihandelsvertrag – auch „Cobden Treaty“ genannt – waren die historischen Wendepunkte, mit denen die Reformbewegung in Europa und Amerika in Gang kam. Bastiat war der wohl wirkungsvollste Publizist der Bewegung, dessen Schriften in alle wichtigen Sprachen übersetzt wurden, um das zu werden, was man heute wohl „Bestseller“ nennen würde.

Die von den britischen Freihändlern der 1840er Jahre durchgesetzte Politik bewirkte einen derartigen wirtschaftlichen Aufschwung, dass der Freihandel für lange Zeit unangefochten die politische Agenda in Europa und Amerika dominierte. Ein Beispiel war gesetzt. Noch 1906 konnte in Deutschland Friedrich Naumann schreiben: „Was dort geschehen ist, geschah uns zur Lehre.“

Der Amerikaner Henry George, der 1897 an einem Herzversagen starb, als er gerade dabei war, die Wahl zum New Yorker Bürgermeister zu gewinnen, steht für die nächste Generation der Freihandelsbewegung. Bei ihm verknüpfen sich soziales Engagement (er war der erfolgreichste Schriftsteller für die Bodenreform in seiner Zeit) und Freihandel zu einer geschlossenen Agenda. George wendet sich in dem hier präsentierten Beitrag gegen eine Theorie, die in den 1840er Jahren parallel von dem Amerikaner Henry C. Carey („Past, Present, and Future“, 1848) und dem Deutschen Friedrich List („Das nationale System der Politischen Ökonomie“, 1841) entwickelt worden war, und die den Protektionisten ein scheinbar unschlagbares Argument in die Hand gab. „Junge Industrien“ (infant industries) in noch nicht hoch entwickelten Industrieländern bedürften eines „Erziehungszolles“, so hieß es, damit sie erst wettbewerbstauglich werden könnten. Dann erst solle der freie Handel eingeführt werden. Dieses Argument ignorierte das Ricardosche Theorem vom komparativen Vorteil, stellte also in Sachen Wirtschaftstheorie einen echten Rückfall dar. George kann es deshalb systematisch „zerpflücken“. Aber es war ein in der Öffentlichkeit gut popularisierbares Argument, das den Freihändlern zu schaffen machte. Zudem ließ es sich leicht mit nationalistischen Ressentiments verbinden. Der im Grunde noch liberal gesinnte List tat dies noch recht zurückhaltend, als er dem abstrakten „Kosmopolitismus“ der „englischen Schule“ das für die Deutschen geeignete „nationale System der Ökonomie“ gegenüberstellte. Seine Nachfolger formulierten dies schon bald wesentlich aggressiver.

Insgesamt zeichnete sich das 19. Jahrhundert – Carey und List zum Trotz – durch einen Optimismus aus, der die Entwicklung zu Freihandel, Frieden und sozialem Fortschritt als kaum mehr aufhaltbar betrachtete. Eine solche Selbstgefälligkeit ist stets unklug, denn es gibt keine „historischen Gesetze“, die einen Sieg der liberalen Sache unausweichlich machen. Und so war es denn auch: Ende des 19. Jahrhunderts erwachsen dem Liberalismus, der die politische Agenda über Jahrzehnte beherrscht hatte, neue starke Gegner. Dies waren der Sozialismus und ein modernisierter Konservatismus, der gelernt hatte, das von den Liberalen geschaffene demokratische Instrumentarium zu nutzen. Beide versuchten mit großzügigen „Geschenken“, den Menschen die Freiheit „abzukaufen“. Dass die Liberalen erstmals überhaupt den Massenwohlstand ermöglicht hatten, wurde schnell vergessen. Man unterstellte ihnen nun unsoziale Gesinnung; der Wunsch nach Paternalismus wuchs. Der Begriff „Manchestertum“ wurde endgültig zum Schimpfwort. Es entstand ein schlechtes Klima für die Freihandelspolitik.

Der deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck machte 1878/79 den Anfang, indem er im Reichstag ein nationalkonservatives Bündnis zwischen Industriellen und Agrariern schmiedete, das dann die Abkehr vom Freihandel und die Hinwendung zu einer aggressiven Schutzzollpolitik einleitete. Andere europäische Mächte zogen allmählich nach. Alles, was die Verfechter des Freihandels über die Folgen einer solchen Politik vorhergesagt hatten, traf in der Folge dann auch ein: Die Herabwürdigung der Demokratie zum Schacher zwischen Interessenverbänden, eine zunehmende Tendenz zur Monopolisierung und Kartellisierung in der Wirtschaft, ein verzerrter Arbeitsmarkt und – nicht zuletzt – der Beginn von Handelskriegen, die mit einem imperialistischen Kolonialismus verbunden waren. Die nationalistische Handelspolitik trug nicht wenig dazu bei, dass Europa auf die abschüssige Bahn zum Ersten Weltkrieg geriet.

Bisweilen wurde der ökonomische Nationalismus offen rassistisch. Lists Argument, die Freihändler seien zu „kosmopolitisch“, wurde unter den Schutzzöllnern der wilhelminischen Ära in Deutschland zur primitiven Propaganda verschärft. Man fragte nicht mehr nach den ökonomischen Resultaten – eben die unglaubliche Wohlstandssteigerung, die durch den Freihandel bewirkt wurde. Man begnügte sich damit, dass die Freihandelsidee schließlich aus „Manchester“ komme. Sie sei britisch, und daher undeutsch. Diejenigen, die heute noch liberalen Wirtschaftspolitikern den Rückfall ins „Manchestertum“ vorwerfen, sollten wissen, dass es sich hier um einen fremdenfeindlichen Kampfbegriff handelt, der vor allem antisemitisch verwendet wurde. Einer der Hauptideologen des Antisemitismus im späten 19. Jahrhundert, Wilhelm Marr², meinte 1879 in seiner Hetzschrift „Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum“ : "Das Judenthum ist das angewandte, bis zum Extrem durchgeführte Manchesterthum. Es kennt nur noch den Handel, und auch davon nur den Schacher und Wucher. Es arbeitet nicht selber, sondern lässt Andere für sich arbeiten, es handelt und spekuliert mit den Arbeits- und Geistesprodukten Anderer."

Dieses trübe Gemisch aus antikapitalistischer Rhetorik (gegen das „internationale Finanzkapital“) und nationalistischem Ungeist fand bald sowohl im linken als auch im rechten Spektrum in verschiedenen Formen öffentlichen Widerhall. Die Gegner des Freihandels haben mit ihrem antiliberalen Geist letztlich geholfen, den Totalitarismus des Dritten Reiches mental vorzubereiten. Der Freihandel ist vielleicht diejenige politische Position, bei der der weltanschauliche Graben zwischen Liberalen und Antiliberalen am deutlichsten sichtbar wird. Er ist die ordnungspolitische Grundfrage, an der sich die Geister scheiden. „Die Frage des Freihandels,“ so meinte schon Friedrich Naumann, „ ist nicht eine Teilfrage der Volkswirtschaft, sondern ist die Frage der volkswirtschaftlichen Willensrichtung überhaupt.“

Der Erste Weltkrieg und die danach entstehende „Friedensordnung“ des Versailler Vertrages verschärften die antiliberalen Tendenzen des späten 19. Jahrhunderts noch einmal. Aus jener Zeit stammt der Text von Ludwig von Mises, der 1927 die wirtschaftliche Abschottungspolitik (auch in Bezug auf Einwanderung!) als eine Gefahr für den Frieden bezeichnete. Damit sollte er Recht behalten. Nicht zuletzt durch mutwillig vom Zaune gebrochene Handelskriege wurde die Große Depression, die Weltwirtschaftskrise nach 1929, unerträglich verlängert und verschärft. Dies hat mit Sicherheit den Aufstieg autoritärer und totalitärer politischer Bewegungen begünstigt und damit zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beigetragen. Wer heute gegen

² Wilhelm Marr (1819-1904), Politiker und Publizist. Gehörte während der 1848er Revolution und danach den linken Radikaldemokraten in Hamburg an. In seinen häufig sozialistisch inspirierten Schriften, von denen neben der oben erwähnten Schrift noch der "Judenspiegel" von 1862 traurige Berühmtheit erlangte, prägte er als erster den Begriff "Antisemitismus" für seinen Judenhass. Er ist – u.a. neben Marx und Engels! – einer jener vielen „linken“ Autoren, die dem „rechten“ Ungeist erst die antikapitalistisch-antisemitischen Stichworte lieferten.

„Globalisierung“ demonstriert, sollte sich dieses Beispiel vor Augen halten. Das Ende einer „Globalisierung“ ist zwangsläufig mit Schrecken unvorstellbaren Ausmaßes verbunden.

Der Zweite Weltkrieg, in dem diese Entwicklung kulminierte, schien allerdings ein Umdenken zu bewirken. Die Nachkriegszeit sieht – zumindest in den westlichen Ländern – einen Gleichklang von ungeheurem Wirtschaftswachstum und wirtschaftlicher Liberalisierung. Aus den Handelskriegen der Zwischenkriegszeit hatte man Lehren gezogen. Zugegeben: Die Gegenkräfte blieben auch in der Nachkriegszeit aktiv. Dass von den Gegnern des Freihandels manch altes Argument in scheinbar neuem Gewande wieder aus der „Mottenkiste“ hervorgeholt wurde, und manch üble Form staatlicher Bevormundung in milder Form wieder auferstand, zeigt nicht zuletzt der in diesem Band präsentierte Text des ehemaligen deutschen Bundeswirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff. Hinter vielen modernen Formen des Protektionismus vermutet er eine subtile Form des Imperialismus am Werke.

Das alles galt nicht nur für die Planwirtschaften des Sowjetimperiums und viele „blockfreie“ Entwicklungsländer, die sich in sozialistischen Experimenten ergingen. In Europa machte zum Beispiel 1967 das Buch „Le défi américain“ (Die amerikanische Herausforderung) des französischen Politikers und Publizisten Jean-Jacques Servan-Schreiber Furore. Der Autor wandte sich entschieden gegen jeden „rückwärts“ orientierten Protektionismus, der veraltete Industrien schützte. Man solle keine altmodische Schutzzollpolitik betreiben. Stattdessen könne der Staat „Zukunftsindustrien“ erkennen und dann systematisch fördern. Dann könne Europa mit Amerika Schritt halten. Servan-Schreiber schlug Schwerindustrien wie Bergbau, Stahlproduktion und Werften als „zukunftsträchtig“ vor. Die Politiker, die ihm mit Begeisterung folgten, hatten die systematische Förderung in Wirklichkeit bereits veraltender Industrien zu verantworten. Noch heute hemmen die auf diese Weise errichteten Schutzzoll- und Subventionsruinen das Wirtschaftswachstum in Europa und belasten den Steuerzahler und Konsumenten auf das Schwerste. Es war das – von Henry George und anderen widerlegte – alte „infant industry“-Argument Careys und Lists, das hier neu aufgeputzt wurde. Sein Scheitern in der Praxis hätte eigentlich vorhergesehen werden können. Die Lehre daraus lautet: Man misstrau Politikern, die permanent von „Zukunftsindustrien“ reden!

Doch dies sollte nicht dazu verleiten, die insgesamt positive Entwicklung der Nachkriegszeit zu übersehen. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf die internationale multilateralistische Handelspolitik zurückzuführen, die nach 1945 einsetzte. Kern multilateraler Arrangements ist die Idee, nationalstaatliche Willkür in der Außenwirtschaftspolitik durch wechselseitige Verträge einzudämmen, die auf „Meistbegünstigungsklauseln“ basieren. Zollsenkungen sollten demnach nicht bilateral zwischen Einzelstaaten stattfinden, sondern an alle Mitglieder des Vertragssystems weitergegeben werden. Ein Land ist also verpflichtet, den anderen Ländern alle die gleichen Zollvergünstigungen zu gewähren, die es dem meistbegünstigten Land einräumt. 1948 wurde zur Durchsetzung einer solchen Ordnung das *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) gegründet, aus dem 1995 die *World Trade Organisation* (WTO) hervorging. Zwischen 1948 und 2000 sanken dank deren Politik weltweit die Zölle durchschnittlich von 40% auf 4%. Auch wenn einiges davon wieder durch nicht-tarifäre Handelshemmnisse neutralisiert wurde, bleibt diese Leistung immer noch beeindruckend. Jagdish Bhagwati zeichnet in seinem Text den Aufstieg der GATT-Welthandelsordnung und einige der Debatten, die diesen Aufstieg begleiteten, auf.

Das „Ende der Geschichte“, das mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Tyrannei in Osteuropa 1989 verkündet wurde, ist damit allerdings nicht gekommen. Selbstzufriedenes „Zurücklehnen“ ist nicht angebracht. Allen Erfolgen zum Trotz steht der Freihandel weiterhin

unter Beschuss. Eine ideologisch noch recht inkohärente Bewegung gegen die „Globalisierung“ findet in den letzten Jahren immer mehr Zulauf. Vor allem durch gewalttätige Demonstrationen bei WTO-Gipfeln ist sie aufgefallen. Diese Bewegung ist wohl selbst ein „illegitimes“ Kind der durch den Freihandel ermöglichten Globalisierung (d.h. vertieften Integration der Weltwirtschaft). Sie lässt sich nicht mehr völlig mit den nationalistisch-etatistischen Maßstäben des 19. Jahrhunderts beurteilen. Die durch die Globalisierung bewirkte Produktionsverflechtung hat inzwischen die Frage nach dem zu „schützenden“ Ursprungsland immer irrelevanter erscheinen lassen. Daher ist der Protest gegen den Freihandel heute oft selbst globalisiert und entnationalisiert. Übergreifende Anliegen wie Tierrechte, internationale Sozialstandards, Rechte ethnischer Minderheiten und Umweltschutz bilden heute den Kernbestand der gegen den Freihandel gerichteten Position.

Aber auch hier findet sich viel alter Wein in neuen Schläuchen. Die Forderung nach internationalen Sozialstandards, zum Beispiel, dient keineswegs einem übergreifenden Anliegen, sondern den Interessen westlicher Wohlfahrtsstaaten, die sich gegen die Konkurrenz der „billigen Arbeitskräfte“ der Entwicklungsländer schützen wollen und dieses protektionistische Anliegen auch noch recht heuchlerisch mit der Not in diesen Ländern begründen. Auch hinter dem Wunsch, „fairen“ statt „freien“ Handel durchzusetzen, verbirgt sich eine recht altmodische Politik internationaler Umverteilung. Ja selbst die einstmals im antisemitischen Kontext entstandene Idee, jede globale Liberalisierungspolitik sei Ausdruck einer Verschwörung des „internationalen Finanzkapitals“, feiert fröhliche Urständ – entweder in ihrer Reinform oder verbunden mit anti-amerikanischen Ressentiments. Dass freie Kapitalmärkte auch ein wesentlicher – und vor allem dem Wohlstand dienender – Aspekt der Freihandelspolitik sind, darauf weist Carl Christian von Weizsäcker in seinem Beitrag hin. Freie internationale Kapitalmärkte, so Weizsäcker, schränken den Spielraum der Staaten ein, eine langfristig schädliche Politik zu betreiben.

Kurz: Die Verteidigung des freien Handels bleibt auf der Tagesordnung, und die Freihändler müssen sich immer wieder neuen Herausforderungen stellen. Dazu soll dieses Lesebuch Argumente und Anregungen liefern.

Potsdam 2002

Detmar Doering

Weiterführende Literatur:

D. Doering: *Eine Lanze für den Manchester-Liberalismus*; in: liberal, Heft 3, August 1994, S.80ff

L. Gerken: *Von Freiheit und Freihandel*, Tübingen 2000

D.A. Irwin: *Against the Tide. An Intellectual History of Free Trade*, Princeton 1996

O. Graf Lambsdorff/L. Gerken (Hrsg.): *Ordnungspolitik in der Weltwirtschaft*, Baden-Baden 2001

B. Lindsey: *Against the Dead Hand. The Uncertain Struggle for Global Capitalism*, Washington 2001

A. Maneschi: *Comparative Advantage in International Trade. A Historical Perspective*, Cheltenham 1998

J. Overbeek: *Free trade versus Protectionism. A Source Book of Essays and Readings*, Cheltenham 1999

Kurt Tucholsky (1932):

Ein Gedicht zur Einstimmung

Kurt Tucholsky ist heutzutage wohl kaum für seine wirtschaftspolitischen Ansichten bekannt. Der Schriftsteller, Satiriker und glänzende Stilist begann seine literarische Karriere 1912 mit dem Kurzroman "Rheinsberg - ein Bilderbuch für Verliebte" und mit Literatur- und Theaterkritiken in der Zeitschrift "Die Schaubühne" (ab 1918 "Die Weltbühne", deren Herausgeber er 1926 wurde). Zahlreiche andere Werke ließen ihn bald zu einem der bedeutendsten deutschen Literaten der Zwischenkriegszeit werden. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden Tucholskys Bücher öffentlich verbrannt. Er selbst wurde aus Deutschland ausgebürgert und beging 1935 im schwedischen Exil Selbstmord. Politisch der Linken (SPD, später USPD, zeitweise Sympathien zur KPD) zugehörig, war ihm doch immer klar, dass eine nationalistische (und damit protektionistische) Wirtschaftspolitik mit fortschrittlichen und kosmopolitischen Idealen unvereinbar ist. Das im folgenden abgedruckte Gedicht „Europa“ von 1932 zeigt daher auch, dass der Freihandel zu den eigentlichen Parolen progressiver Politik gehört.

Europa

Am Rhein, da wächst ein süffiger Wein –
Der darf aber nicht nach England hinein –
 Buy British!
In Wien gibt es herrliche Torten und Kuchen
die haben in Schweden nichts zu suchen –
 Köp svenska varor!
In Italien verfaulen die Apfelsinen –
lasst die deutsche Landwirtschaft verdienen!
 Deutsche, kauft deutsche Zitronen!
Und auf jedem Quadratkilometer Raum
träumt einer seinen völkischen Traum.
Nur leise flüstert der Wind durch die
Bäume...
 Räume sind Schäume.

Da liegt Europa. Wie sieht es aus?
Wie ein bunt angestrichnes Irrenhaus.
Die Nationen schufteten auf Rekord:
 Export! Export!
Die Andern! Die andern sollen kaufen!
Die Andern sollen die Weine saufen!
Die Andern sollen die Schiffe heuern!
Die andern sollen die Kohlen verfeuern!
Wir?

Zollhaus, Grenzpfahl und Einfuhrschein:
wir lassen nicht das geringste herein.
Wir nicht. Wir haben ein Ideal.
Wir hungern. Aber streng national.
Fahnen und Hymnen an allen Ecken.
Europa? Europa soll doch verrecken!
Und wenn alles der Pleite entgegentreibt:
dass nur die Nation erhalten bleibt!
Individuen darf es nicht geben.
England! Polen! Italien muss leben!
Der Staat verschlingt uns. Ein Gespenst. Ein
Begriff.
Der Staat, das ist ein Ding mit Pfiff.
Das Ding ragt auf, bis hoch zu den Sternen –
von dem kann noch die Kirche was lernen.
Jeder soll kaufen. Niemand kann kaufen.
Es rauchen die völkischen Scheiterhaufen.
Es lodern die völkischen Opferfeuer:
Der Sinn des Lebens ist die Steuer!
Der Himmel sei unser Konkursverwalter!
Die Neuzeit tanzt als Mittelalter.

Die Nation ist das achte Sakrament – !
Gott segne diesen Kontinent.

Kurt Tucholsky: *Europa*; in: ders.: *Gesammelte Werke*, hrsg. v. Mary-Gerold-Tucholsky u. Fritz J. Raddatz, 10 Bde., Reinbek 1985, X S. 15f.

* Mit Genehmigung der *Rowohlt Verlag GmbH*, Reinbek bei Hamburg/Copyright © 1960

Adam Smith (1776):

Kritik des Merkantilismus

Er gilt – obwohl man manchem seiner geistigen Vorläufer damit ein wenig Unrecht tut – als der eigentliche intellektuelle Vater von Freihandel und Marktwirtschaft: Adam Smith (1723-1790). Der an der Universität von Glasgow lehrende Moralphilosoph schuf mit seinem Buch „An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“ 1776 einen der großen Klassiker der Ökonomie. Für viele ist das Buch sogar der Beginn der wissenschaftlich betriebenen Ökonomie überhaupt. Zugleich wird es auch schnell zur „Bibel“ aller liberalen Wirtschaftsreformer. Noch heute ist Smith häufig bei Konferenzen marktliberaler Ökonomen das große Vorbild, dessen Konterfei auf Krawatten getragen wird. Dazu mag die hier abgedruckte beherzte Kritik an der protektionistischen Politik des absolutistischen Merkantilismus beigetragen haben, die den Freihandel der Doktrin von der positiven Handelsbilanz opferte.

Es kann aber nichts Unsinnigeres geben als diese ganze Lehre von der Handelsbilanz, auf der nicht nur diese Beschränkungen, sondern auch so gut wie alle anderen den Handel betreffenden Maßnahmen beruhen. Wenn zwei Orte miteinander Handel treiben, soll nach dieser Lehre bei ausgeglichener Bilanz keiner von beiden verlieren oder gewinnen; neigt sie sich aber auch nur im geringsten auf eine Seite, so soll entsprechend der Abweichung vom genauen Gleichgewicht die eine verlieren und die andere gewinnen. Beide Annahmen sind falsch. Ein mit Hilfe von Subventionen und Monopolen erzwungener Handel kann und wird im allgemeinen von Nachteil für das Land sein, zu dessen vermeintlichen Gunsten er eingerichtet wird, wie ich im folgenden zu zeigen suchen werde. Derjenige Handel aber, der ohne Zwang oder Beschränkung zwischen zwei beliebigen Orten natürlich und regelmäßig getrieben wird, ist immer für beide vorteilhaft, wenn auch nicht immer für beide gleich vorteilhaft.

Unter Vorteil oder Gewinn verstehe ich nicht die Vergrößerung der Gold- und Silbermenge, sondern die des Tauschwertes des jährlichen Ertrages von Boden und Arbeit des Landes oder die Zunahme des jährlichen Einkommens seiner Einwohner.

Ist die Bilanz ausgeglichen und besteht der Handel zwischen den zwei Orten ausschließlich im Austausch ihrer jeweiligen heimischen Waren, so werden in den meisten Fällen nicht nur beide gewinnen, sondern auch beide gleich oder fast gleich viel gewinnen: jeder der beiden stellt in diesem Fall einen Markt für den überschüssigen Ertrag des anderen dar; jeder wird ein Kapital ersetzen, das dazu verwendet worden war, diesen Teil des Ertragsüberschusses des anderen hervorzubringen und marktreif zu machen, und das auf eine bestimmte Zahl von dessen Einwohnern verteilt gewesen war und ihnen Einkommen und Unterhalt verschafft hatte. An beiden Orten wird ein Teil der Einwohner daher Einkommen und Lebensunterhalt mittelbar vom anderen beziehen. So wie die getauschten Waren zudem gleichen Wert haben sollen, werden auch die zwei Kapitalsummen, die im Handel angelegt sind, gleich oder fast gleich sein, und da beide dazu verwendet werden, die heimischen Waren der zwei Länder hervorzubringen, werden Einkommen und Lebensunterhalt, die ihre Verteilung für die Einwohner der beiden schafft, gleich oder fast gleich sein. Dieses Einkommen und dieser Lebensunterhalt, die somit wechselseitig entstehen, werden dem Umfang ihrer Geschäfte entsprechend größer oder kleiner sein. Sollten sie sich jährlich für jede Seite beispielsweise auf hunderttausend Pfund oder auf eine Million belaufen, so würde jeder der beiden für die Einwohner des anderen im einen Fall ein Einkommen von hunderttausend Pfund, im anderen eines von einer Million schaffen.

Sollte dieser Handel so geartet sein, dass einer von ihnen an den anderen ausschließlich heimische Waren ausführt, während der andere ausschließlich ausländische Güter zurücksendet, so würde auch in diesem Fall die Bilanz als ausgeglichen gelten, da Waren mit Waren bezahlt werden. Auch in diesem Fall würden beide gewinnen, aber nicht gleich viel; und das größere Einkommen würden aus diesem Handel die Bewohner desjenigen Landes beziehen, das nichts als heimische Waren ausführt. Wenn zum Beispiel England von Frankreich nichts als heimische Waren dieses Landes bezöge, selbst aber keine eigenen Waren hätte, die dort nachgefragt würden, würde es sie jährlich dadurch bezahlen, dass es eine große Menge ausländischer Güter, sagen wir Tabak und Ostindien-Waren, dorthin sendete; dieser Handel würde zwar den Bewohnern beider Länder Einkommen verschaffen, aber denen von Frankreich mehr als denen von England. Das gesamte jährlich darin angelegte französische Kapital würde jährlich unter die Bevölkerung von Frankreich verteilt. Hingegen würde unter die Bevölkerung von England jährlich nur derjenige Teil des englischen Kapitals verteilt, der bei der Erzeugung jener englischen Waren verwendet worden war, mit denen diese ausländischen Güter gekauft wurden. Der größere Teil desselben würde das Kapital ersetzen, das in Virginia, Hindustan und China angelegt gewesen war und Einkommen und Unterhalt für die Bewohner dieser fernen Länder geschaffen hatte. Wären die Kapitalsummen gleich oder annähernd gleich, so würde daher diese Verwendung des französischen Kapitals das Einkommen der Bevölkerung von Frankreich viel stärker erhöhen als die Verwendung des englischen Kapitals das Einkommen der Bevölkerung von England. Frankreich würde in diesem Fall mit England einen direkten Einfuhrhandel unterhalten, während England mit Frankreich einen umwegigen Handel derselben Art unterhielte...

Es gibt wahrscheinlich nirgendwo einen Handel zwischen zwei Ländern, der ausschließlich im Austausch entweder heimischer Waren von beiden Seiten oder heimischer Waren von einer Seite und ausländischer Güter von der anderen besteht. So gut wie alle Länder tauschen teils heimische, teils ausländische Güter miteinander. Doch wird immer dasjenige Land den größten Gewinn haben, dessen Ausfuhr den größten Anteil an heimischen und den geringsten an ausländischen Gütern aufweist.

Wenn England für die jährlich aus Frankreich eingeführten Güter nicht mit Tabak und Ostindien-Waren, sondern mit Gold und Silber bezahlte, würde die Bilanz in diesem Fall als unausgeglichen gelten, weil Waren nicht mit Waren, sondern mit Gold und Silber bezahlt würden. Der Handel würde zwar auch in diesem Fall, ebenso wie im vorigen, den Bewohnern beider Länder ein gewisses Einkommen verschaffen, denen von Frankreich aber mehr als denen von England. Er würde denen von England ein gewisses Einkommen verschaffen: Das Kapital, das bei der Erzeugung der englischen Güter, mit denen dieses Gold und Silber erworben wurde, eingesetzt war, das Kapital, das auf bestimmte Einwohner Englands verteilt gewesen war und ihnen ein Einkommen verschafft hatte, würde auf diese Weise ersetzt und könnte dadurch weiterhin in dieser Verwendung bleiben. Englands Kapital insgesamt würde durch diese Ausfuhr von Gold und Silber nicht stärker verringert als durch die Ausfuhr irgendwelcher anderen Güter von gleichem Wert. Im Gegenteil: In den meisten Fällen würde es größer werden. Es werden nur solche Güter ins Ausland gesendet, von denen man annimmt, dass sie dort mehr nachgefragt werden als im Inland, und von deren Rückfracht man infolgedessen erwartet, sie werde im Inland mehr wert sein als die ausgeführten Waren. Wenn für den Tabak, der in England nur hunderttausend Pfund wert ist, dann, wenn er nach Frankreich gesendet wird, Wein gekauft werden kann, der in England hundertundzehntausend Pfund wert ist, so wird der Tausch Englands Kapital um zehntausend Pfund vermehren. Wenn in gleicher Weise für hunderttausend Pfund englisches Gold ebenso französischer Wein gekauft werden kann, der in England hundertundzehntausend wert ist, so wird dieser Tausch Englands Kapital um zehntausend Pfund vermehren. Ebenso wie ein Kaufmann, der Wein im Wert von hundertundzehntausend Pfund im

Keller hat, reicher ist als einer, der Tabak im Wert von nur hunderttausend Pfund auf Lager hat, ist er auch reicher als derjenige, der Gold im Wert von hunderttausend Pfund in seinen Truhen hat. Er kann eine größere Menge Erwerbstätigkeit in Gang setzen und einer größeren Zahl von Personen Einkommen, Lebensunterhalt und Beschäftigung bieten als jeder der beiden anderen. Das Kapital des Landes aber ist gleich der Summe der Kapitalien aller einzelnen Bewohner, und die Menge Erwerbstätigkeit, die dort jährlich in Gang gehalten werden kann, ist gleich der, die alle diese einzelnen Kapitalien in Gang halten können. Sowohl das Kapital des Landes als auch die Menge Erwerbstätigkeit, die dort jährlich in Gang gehalten werden kann, muss daher im allgemeinen durch diesen Tausch größer werden. Noch vorteilhafter wäre es freilich für England, wenn es die Weine aus Frankreich für seine eigenen Metallwaren und sein feines Tuch kaufen könnte statt entweder für Tabak von Virginia oder für Gold und Silber aus Brasilien und Peru. Ein direkter Einfuhrhandel ist immer vorteilhafter als ein umwegiger. Ein umwegiger Einfuhrhandel, der mit Gold und Silber betrieben wird, dürfte jedoch nicht weniger vorteilhaft sein als jeder andere gleich umwegige Handel. Zudem wird ein Land, das keine Edelmetallvorkommen besitzt, diese durch die alljährliche Ausfuhr von Gold und Silber ebensowenig erschöpfen können wie ein Land, das keinen Tabak anbaut, diesen durch die entsprechende Ausfuhr von Tabak. So wie es einem Land, das die Mittel hat, um Tabak zu kaufen, daran nie lange fehlen wird, wird es keinem lange an Gold und Silber fehlen, das die Mittel hat, um diese Metalle zu kaufen.

Der Handel, den ein Arbeiter mit dem Bierhaus unterhält, sei verlustbringend, heißt es; und der Handel, den ein gewerbetreibendes Volk natürlicherweise mit einem Weinland unterhält, könne als Handel derselben Art gelten. Ich entgegne darauf, dass der Handel mit dem Bierhaus keineswegs verlustbringend sein muss. An sich ist er ebenso vorteilhaft wie jeder andere, obwohl mit ihm um einiges leichter Missbrauch getrieben wird. Die Tätigkeit eines Brauers und selbst die eines Schankwirts sind so notwendige Arbeitszweige wie jeder andere. Für einen Arbeiter wird es im allgemeinen vorteilhafter sein, die gewünschte Menge vom Brauer zu kaufen, als sie selbst zu brauen, und wenn er ein armer Arbeiter ist, so wird es im allgemeinen noch vorteilhafter für ihn sein, sie im kleinen vom Schankwirt zu kaufen als im großen vom Brauer. Ohne Zweifel kann er von beiden auch zuviel kaufen, ebenso wie von anderen Händlern in seiner Umgebung: vom Metzger, wenn er ein Nimmersatt ist, oder vom Tuchhändler, wenn er unter seinesgleichen gern den Elegant macht. Für die große Masse der Arbeiter ist es trotzdem von Vorteil, wenn alle solchen Gewerbe frei sind, obwohl in allen von ihnen diese Freiheit missbraucht werden kann, in manchen mit größerer Wahrscheinlichkeit als in anderen. Außerdem kann sich zwar mitunter der eine oder andere durch übermäßigen Konsum alkoholischer Getränke zugrunde richten, doch dürfte keine Gefahr bestehen, dass ein ganzes Volk das tut. Es gibt zwar in jedem Land viele Leute, die mehr für Alkohol ausgeben, als sie sich leisten können, aber es gibt immer noch viel mehr, die dafür weniger ausgeben. Erwähnenswert ist auch, dass aller Erfahrung nach ein niedriger Preis für Wein nicht die Trunksucht, sondern vielmehr die Mäßigkeit begünstigen dürfte. Die Bewohner der Weinländer sind im allgemeinen die mäßigsten Leute in Europa: Man denke an die Spanier, die Italiener und die Bewohner der südlichen Provinzen Frankreichs. In ihrer täglichen Kost neigen die Menschen selten zur Unmäßigkeit. Niemand versucht, in den Ruf der Freigebigkeit und Gastfreiheit zu kommen, indem er reichlich etwas ausschenkt, das so billig ist wie Dünnbier. Im Gegenteil: Ein verbreitetes Laster ist Trunksucht in denjenigen Ländern, in denen es für den Weinbau entweder zu heiß oder zu kalt und Wein deshalb teuer und selten ist, etwa unter den nördlichen Völkern und allen denen, die zwischen den Wendekreisen leben, beispielsweise den Negern an der Küste von Guinea. Wenn ein französisches Regiment aus einer der nördlichen Provinzen Frankreichs, in denen Wein einigermaßen teuer ist, in eine der südlichen verlegt wird, wo er sehr billig ist, so lassen sich die Soldaten zuerst durch den geringen Preis und die Neuheit des guten Weines verführen, wie ich oft gehört habe; sind sie aber erst ein paar Monate dort, so wird die Mehrzahl von ihnen so mäßig wie die übrigen Landesbewohner. Würden die Zölle auf ausländische Weine

und die Abgaben auf Malz, Bier und Ale auf einen Schlag aufgehoben, so könnte das in Großbritannien in der Mittel- und Unterschicht vorübergehend und ziemlich allgemein Trunksucht bewirken, auf die wahrscheinlich bald dauernde und so gut wie allgemeine Mäßigkeit folgen würde. Gegenwärtig ist Trunksucht keineswegs das Laster der Leute von Welt, also derjenigen, die sich ohne weiteres die teuersten Alkoholika leisten könnten. Einen Mann von Stand, der sich mit Bier betrunken hätte, gibt es bei uns so gut wie nie zu sehen. Die Beschränkungen des Weinhandels in Großbritannien dürften außerdem nicht so sehr darauf berechnet sein, das Volk davon abzuhalten, ins Bierhaus zu gehen, wenn ich so sagen darf, als vielmehr, dorthin zu gehen, wo es den besten und billigsten Alkohol kaufen kann. Sie begünstigen den Weinhandel mit Portugal und erschweren den mit Frankreich. Die Portugiesen seien, so heißt es freilich, die besseren Kunden für unsere gewerblichen Produkte als die Franzosen und sollten daher mehr als diese begünstigt werden. Weil sie unsere Kunden sind, tut man so, als müssten auch wir ihre Kunden sein. Und so werden die Schliche kleiner Krämer zu wirtschaftspolitischen Verhaltensregeln für ein großes Reich erhoben: Denn nur die kleinsten Krämer machen es sich zur Regel, hauptsächlich ihre eigenen Kunden zu beschäftigen. Ein großer Händler kauft seine Waren immer dort, wo sie am billigsten und besten sind, ohne auf derlei mindere Interessen Rücksicht zu nehmen.

Verhaltensregeln wie diese haben Völker freilich gelehrt, dass es in ihrem Interesse sei, alle ihre Nachbarn an den Bettelstab zu bringen. Jedes Volk hat sich angewöhnt, den Aufschwung aller Völker, mit denen es Handel treibt, mit neidischem Blick zu betrachten und deren Gewinn als seinen eigenen Verlust anzusehen. Der Handel, der zwischen Völkern ebenso wie zwischen Einzelpersonen natürlich ein Band der Einheit und Freundschaft knüpfen sollte, ist zur ergiebigsten Quelle von Zwietracht und Hass geworden. Der Ruhe in Europa war in diesem und im letzten Jahrhundert der verstiegene Ehrgeiz von Königen und Ministern nicht abträglicher als der schamlose Neid von Kaufleuten und Gewerbetreibenden. Gewalttätigkeit und Ungerechtigkeit der Beherrscher der Menschheit sind ein altes Übel, gegen das es der Natur menschlicher Dinge nach, fürchte ich, kaum Abhilfe gibt. An der gemeinen Habsucht aber, dem Monopoldenken der Kaufleute und Gewerbetreibenden, die ja nicht die Beherrscher der Menschheit sind oder sein sollten, lässt sich zwar vielleicht nichts ändern, doch wäre sehr leicht zu verhindern, dass sie irgend jemanden anderen in seiner Ruhe stören als sich selbst.

Dass ursprünglich das Monopoldenken diese Lehre erfand und verbreitete, ist nicht zu bezweifeln; und diejenigen, die sie als erste lehrten, waren bei weitem nicht solche Dummköpfe, wie die, die sie glaubten. In jedem Land wird und muss es immer das Interesse der großen Masse des Volkes sein, das, was es benötigt, von denjenigen zu erstehen, die es am billigsten verkaufen. Diese Feststellung ist so einleuchtend, dass es lächerlich sein dürfte, sich um einen Beweis zu bemühen; sie wäre auch nie in Frage gestellt worden, wenn nicht die eigennützige Spitzfindigkeit von Kaufleuten und Gewerbetreibenden den Menschen ihren gesunden Verstand verwirrt hätte. Deren Interesse ist in diesem Fall dem der großen Masse des Volkes genau entgegengesetzt. So wie es im Interesse der Zünftigen ist, die übrigen Einwohner daran zu hindern, andere Arbeitskräfte als sie zu beschäftigen, ist es im Interesse der Kaufleute und Gewerbetreibenden jedes Landes, sich das Monopol auf dem heimischen Markt zu sichern. So erklären sich in Großbritannien und den meisten anderen europäischen Ländern die außerordentlich hohen Zölle auf so gut wie alle Güter, die von fremden Kaufleuten eingeführt werden. So erklären sich die hohen Zölle und Einfuhrverbote auf all die ausländischen gewerblichen Produkte, die den unsrigen Konkurrenz machen könnten. Und so erklären sich die außergewöhnlichen Beschränkungen auf die Einfuhr so gut wie aller Arten von Gütern aus jenen Ländern, mit denen man eine passive Handelsbilanz zu haben meint, das heißt: aus denjenigen, gegen die eine nationale Abneigung gerade besonders heftig entbrannt ist.

Der Reichtum eines Nachbarvolkes mag zwar im Krieg und für die Politik gefährlich sein, für den Handel aber ist er sicherlich von Vorteil. In Kriegszeiten kann er unseren Feinden ermöglichen, größere Flotten und Heere zu unterhalten als wir; in Friedenszeiten aber und bei aufrechten Handelsbeziehungen muss er ihnen ebenso ermöglichen, mit uns mehr zu tauschen und einen besseren Markt entweder für den unmittelbaren Ertrag unserer eigenen Erwerbstätigkeit oder für das, was mit diesem Ertrag gekauft wurde, abzugeben. So wie ein reicher Mann voraussichtlich ein besserer Kunde für die fleißigen Leute in seiner Umgebung ist als ein armer, ist es auch ein reiches Volk. Freilich ist ein reicher Mann, der selbst ein Gewerbe treibt, ein sehr gefährlicher Nachbar für alle diejenigen, die dasselbe Gewerbe treiben. Alle übrigen Nachbarn jedoch - und das ist die überwiegende Mehrzahl - ziehen Gewinn aus den guten Absatzmöglichkeiten, die sein Aufwand ihnen eröffnet. Sie ziehen sogar daraus Gewinn, dass er die ärmeren Handwerker im selben Gewerbe unterbietet. Ebenso können die Gewerbetreibenden eines reichen Volkes ohne Zweifel für die ihrer Nachbarn sehr gefährliche Konkurrenten sein. Aber eben dieser Wettbewerb ist vorteilhaft für die große Masse des Volkes, das außerdem erheblich von den guten Absatzmöglichkeiten profitiert, die der bedeutende Aufwand eines solchen Volkes ihm in jeder anderen Hinsicht eröffnet. Privatpersonen, die es zu einem Vermögen bringen wollen, kommt es nie in den Sinn, sich in die entlegenen und armen Provinzen des Landes zurückzuziehen, sondern sie gehen entweder in die Hauptstadt oder in eine der großen Handelsstädte. Sie wissen, dass dort, wo wenig Reichtum im Umlauf ist, auch wenig zu holen ist, dass aber dort, wo viel in Bewegung ist, auch für sie etwas abfallen kann. Dieselben Verhaltensregeln, die solchermaßen den gesunden Verstand eines einzelnen oder von zehn oder zwanzig Personen leiten, sollten auch das Urteil von einer oder von zehn oder zwanzig Millionen leiten und sollten ein ganzes Volk im Reichtum seiner Nachbarn eine wahrscheinliche Ursache und Gelegenheit, selbst zu Reichtum zu kommen, sehen lassen. Ein Volk, das es durch Außenhandel zu Reichtum bringen will, wird das sicherlich am ehesten dann zuwege bringen, wenn alle seine Nachbarn reiche, arbeitsame und Handel treibende Völker sind. Ein großes Volk, das auf allen Seiten von umherziehenden Wilden und armen Barbaren umgeben ist, könnte ohne Zweifel durch Bestellung seines eigenen Bodens und durch Binnenhandel Reichtümer erwerben, aber nicht durch Außenhandel. Auf diese Weise dürften sich die alten Ägypter und die modernen Chinesen ihren großen Reichtum erworben haben. Von den alten Ägyptern heißt es, sie hätten den Außenhandel vernachlässigt, und von den modernen Chinesen weiß man, dass sie für ihn nur die tiefste Verachtung übrig haben und sich kaum herbeilassen, ihm den gebotenen Schutz der Gesetze zu gewähren. Die modernen Verhaltensregeln für den Außenhandel, die auf die Verarmung aller unserer Nachbarn abzielen, werden, sofern sie die gewünschte Wirkung zu erzielen vermögen, eben diesen Handel über kurz oder lang unbedeutend und verächtlich werden lassen.

Diese Verhaltensregeln sind der Grund dafür, dass der Handel zwischen Frankreich und England in beiden Ländern so viele Behinderungen und Beschränkungen erfahren hat. Würden sich diese beiden Länder hingegen auf ihr echtes Interesse besinnen, ohne Geschäftsneid oder nationale Abneigung, so könnte der Handel mit Frankreich für Großbritannien vorteilhafter sein als der mit jedem anderen Land, und aus demselben Grund der mit Großbritannien für Frankreich. Frankreich ist Großbritanniens nächster Nachbar. Im Handel zwischen Englands Südküste und Frankreichs Nord- und Nordwestküste wären ebenso wie im Binnenhandel jährlich vier, fünf und sechs Rückfrachten zu erwarten. Das in diesem Handel angelegte Kapital könnte daher in jedem der beiden Länder vier-, fünf- oder sechsmal soviel Erwerbstätigkeit in Gang halten und vier-, fünf- oder sechsmal so vielen Menschen Arbeit und Unterhalt verschaffen wie das gleiche Kapital in der Mehrzahl der anderen Zweige des Außenhandels. Zwischen den am weitesten auseinanderliegenden Teilen Frankreichs und Großbritanniens wäre eine Rückfracht wenigstens einmal jährlich zu erwarten, und selbst dieser Handel wäre zumindest ebenso vorteilhaft wie die Mehrzahl der anderen Zweige unseres europäischen Handels. Er wäre mindestens dreimal so

vorteilhaft wie der viel gerühmte Handel mit unseren nordamerikanischen Kolonien, in dem die Rückfrachten selten in weniger als drei Jahren hereinkamen, häufig in nicht weniger als vier oder fünf Jahren. Außerdem soll Frankreich vierundzwanzig Millionen Einwohner haben. Unsere nordamerikanischen Kolonien hat man nie auf mehr als drei Millionen geschätzt. Dabei ist Frankreich ein viel reicheres Land als Nordamerika, wenn es auch wegen der größeren Ungleichheit der Verteilung der Reichtümer im einen Land viel mehr Armut und Bettelei gibt als im anderen. Frankreich könnte daher einen mindestens achtmal so großen Markt und wegen der größeren Häufigkeit der Rückfrachten einen vierundzwanzigmal günstigeren Markt bieten, als unsere nordamerikanischen Kolonien ihn je geboten haben. Der Handel mit Großbritannien wäre ebenso vorteilhaft für Frankreich und wäre in bezug auf Reichtum, Bevölkerung und räumliche Nähe der beiden Länder genausoviel besser als der, den Frankreich mit seinen eigenen Kolonien treibt. So gravierend ist der Unterschied zwischen dem Handel, den die Gesetzgeber beider Völker zu behindern für richtig befanden, und dem, den sie am meisten begünstigen.

Genau die Umstände aber, die einen offenen und freien Handel zwischen den zwei Ländern für beide so vorteilhaft gemacht haben würden, erweisen sich als die größten Hindernisse für diesen Handel. Als Nachbarn sind sie notwendigerweise verfeindet, und aus diesem Grunde werden Reichtum und Macht jedes der beiden für den anderen noch furchtbarer; und was den Vorteil nationaler Freundschaft vergrößern müsste, trägt nur dazu bei, die Glut nationaler Abneigung zu schüren. Beide sind reiche und arbeitsame Völker; und beider Kaufleute und Gewerbetreibende fürchten die Konkurrenz der Geschicklichkeit und Rührigkeit des anderen. Der Geschäftsneid wird angestachelt, schürt die Glut nationaler Abneigung und entzündet sich selbst daran: Und die Händler beider Länder sagen im Brustton der Überzeugtheit von ihren eigennützligen Lügen den sicheren Ruin jedes der beiden infolge der passiven Handelsbilanz vorher, die, wie sie behaupten, das unfehlbare Ergebnis uneingeschränkter Handels mit dem anderen sein würde.

Es gibt in Europa kein Handel treibendes Land, dem nicht die selbsternannten Meister dieses Systems wiederholt seinen Ruin durch eine passive Handelsbilanz vorhergesagt hätten. Doch nach all der Aufregung, die sie damit bewirkten, nach all den vergeblichen Versuchen so gut wie aller handelstreibenden Völker, diese Bilanz zu ihren eigenen Gunsten und gegen ihre Nachbarn zu stellen, hat es nicht den Anschein, als sei ein einziges Volk in Europa aus diesem Grunde irgendwie verarmt. Im Gegenteil: Jede Stadt und jedes Land wurden in dem Maße, wie sie ihre Häfen anderen Völkern öffneten, durch Freihandel reicher, statt durch ihn ruiniert zu werden, wie die Lehren des Kommerzsystems uns das glauben machen wollten. Freilich gibt es in Europa ein paar Städte, die in gewisser Hinsicht die Bezeichnung Freihafen verdienen, aber es gibt kein Land, das sie verdiente. Am nächsten kommt dieser Vorstellung von allen vielleicht noch Holland, obwohl es auch weit davon entfernt bleibt; Holland aber bezieht bekanntlich nicht nur seinen ganzen Reichtum, sondern auch einen großen Teil seiner lebensnotwendigen Güter aus dem Außenhandel.

Es gibt freilich noch eine andere Bilanz, die, wie schon dargelegt wurde, von der Handelsbilanz sehr verschieden ist und die, je nachdem, ob sie gerade günstig oder ungünstig ist, mit Notwendigkeit den Aufschwung oder den Rückgang einer Volkswirtschaft bewirkt. Das ist die Bilanz aus jährlichem Ertrag und jährlichem Konsum. Wenn der Tauschwert des jährlichen Ertrages, wie schon bemerkt, den des jährlichen Konsums übersteigt, muss das Kapital der Gesellschaft nach Maßgabe dieses Überschusses von Jahr zu Jahr wachsen. Die Gesellschaft lebt in diesem Fall im Rahmen ihres Einkommens, und das, was sie jährlich aus dem Einkommen spart, wird natürlich ihrem Kapital hinzugefügt und so angelegt, dass es den jährlichen Ertrag noch weiter vergrößert. Bleibt hingegen der Tauschwert des jährlichen Ertrages hinter dem jährlichen Konsum zurück, so muss das Kapital der Gesellschaft nach Maßgabe dieses Fehlbetrages von Jahr zu Jahr weniger werden. Der Aufwand der Gesellschaft übersteigt in

diesem Fall ihr Einkommen und greift notwendigerweise ihr Kapital an. Ihr Kapital muss daher notwendigerweise weniger werden und mit ihm auch der Tauschwert des jährlichen Ertrages ihrer Erwerbstätigkeit.

Diese Bilanz aus Ertrag und Konsum ist etwas völlig anderes als die sogenannte Handelsbilanz. Sie ließe sich auch für ein Land aufstellen, das keinen Außenhandel hätte und von der Welt völlig abgeschnitten wäre. Sie lässt sich auch für das ganze Erdenrund aufstellen, dessen Reichtum, Bevölkerung und Entwicklung entweder allmählich zunehmen oder allmählich abnehmen.

Die Bilanz aus Ertrag und Konsum kann für ein Volk ständig aktiv ausfallen, auch wenn seine sogenannte Handelsbilanz im allgemeinen passiv ist. Ein Volk kann vielleicht ein volles halbes Jahrhundert lang wertmäßig mehr einführen als ausführen, alles Gold und Silber, das während dieser ganzen Zeit hereinkommt, kann aus ihm unverzüglich wieder hinausgesendet werden; sein umlaufendes Münzgeld kann allmählich abnehmen und durch verschiedene Sorten Papiergeld ersetzt werden, selbst die Schulden, die es bei seinen wichtigsten Handelspartnern macht, können allmählich anwachsen; und dennoch kann sich sein wirklicher Reichtum, der Tauschwert des jährlichen Ertrages seines Bodens und seiner Arbeit, im selben Zeitraum in viel höherem Maße vermehrt haben. Der Zustand unserer nordamerikanischen Kolonien und des Handels, den sie vor Beginn der gegenwärtigen Unruhen³ mit Großbritannien trieben, mag als Beweis dafür dienen, dass das keineswegs eine unmögliche Vorstellung ist...

Es erübrigt sich die Feststellung, denke ich, wie sehr solche Bestimmungen der vielgerühmten Freiheit der Untertanen widersprechen, über die wir so sorglich zu wachen behaupten, die aber in diesem Fall so offensichtlich den eitlen Interessen unserer Kaufleute und Gewerbetreibenden geopfert wird. Der löbliche Beweggrund für alle diese Bestimmungen ist der Ausbau unserer eigenen gewerblichen Produktion nicht durch deren Verbesserung, sondern durch Unterdrückung derjenigen aller unserer Nachbarn und durch weitestmögliche Beseitigung des lästigen Wettbewerbs so verhasster und unangenehmer Konkurrenten. Unsere Gewerbetreibenden finden es passend, selbst das Monopol auf die Talente aller ihrer Landsleute zu haben. Indem sie in manchen Gewerben die Zahl der Lehrlinge, die gleichzeitig beschäftigt werden dürfen, beschränken und in allen eine lange Lehrzeit zur Notwendigkeit machen, trachten sie alle miteinander danach, das Fachwissen der jeweiligen Berufe auf eine möglichst kleine Personenzahl zu beschränken; dann aber wollen sie nicht, dass ein Teil dieser kleinen Zahl ins Ausland geht, um Fremde darin zu unterrichten.

Konsum ist der einzige Sinn und Zweck aller Produktion; und das Interesse des Produzenten sollte nur insoweit berücksichtigt werden, als es für die Förderung des Konsumenteninteresses nötig sein mag. Diese Maxime ist so selbstverständlich, dass es unsinnig wäre, sie beweisen zu wollen. Doch im Merkantilsystem wird so gut wie immer das Interesse des Konsumenten dem des Produzenten geopfert; und es dürfte die Produktion, nicht den Konsum, als Endzweck und Ziel aller Erwerbstätigkeit und allen Handels ansehen.

In den Einfuhrbeschränkungen für alle ausländischen Waren, die den bei uns gewachsenen oder erzeugten Konkurrenz machen können, wird das Interesse des inländischen Konsumenten offensichtlich dem des Erzeugers geopfert. Ausschließlich zu dessen Nutzen wird jener gezwungen, die Preissteigerung zu tragen, die dieses Monopol so gut wie immer mit sich bringt.

³ Dieser Absatz wurde im Jahre 1775 geschrieben (also zu Beginn der Unruhen, die zum amerikanischen Unabhängigkeitskrieg führten. Smith sympathisierte mit den Amerikanern. Anm. d. Hrsg.)

Ausschließlich zum Nutzen des Produzenten werden für einige seiner Erzeugnisse Ausfuhrsubventionen gewährt. Der inländische Konsument ist gezwungen, erstens die Steuer zu bezahlen, die für die Auszahlung der Subvention erforderlich ist, und zweitens die noch größere Belastung zu tragen, die notwendigerweise durch die Preiserhöhung der Ware auf dem Inlandsmarkt entsteht...

Es kann nicht sehr schwer sein, die Urheber dieses ganzen Merkantilsystems festzustellen: es sind ganz gewiss nicht die Konsumenten, deren Interesse völlig vernachlässigt wurde, sondern die Produzenten, deren Interesse so sorglich berücksichtigt ist; unter diesen aber taten sich als Hauptanstifter weitaus am meisten unsere Kaufleute und Gewerbetreibenden hervor. Die in diesem Kapitel behandelten merkantilistischen Beschränkungen berücksichtigen in ganz besonderer Weise das Interesse unserer Gewerbetreibenden und opfern ihm das Interesse nicht so sehr der Konsumenten als das einiger anderer Gruppen von Produzenten.

Aus: Adam Smith: Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker, übers. v. M. Streissler, hrsg. v. E. Streissler, 2 Bde., Düsseldorf 1999, II S. 496ff, 645f

* Mit Genehmigung des Verlages *Wirtschaft und Finanzen*, Düsseldorf

David Ricardo (1817):

Das Argument für den Freihandel: Komparativer Vorteil

David Ricardo (1772-1823) gehört zu den wichtigsten englischen „Klassikern“ unter den Ökonomen. Als Londoner Banker zu einem großen Vermögen gekommen, das ihn finanziell unabhängig machte, wandte er sich zunächst der Politik zu. Unter den Abgeordneten des britischen Unterhauses schuf er sich vor allem als Kenner wirtschafts- und geldpolitischer Zusammenhänge einen Namen. In späteren Jahren befasste er sich vor allem mit theoretischen Grundfragen der Ökonomie. Neben vielen kleineren Schriften war es vor allem sein Buch „The Principles of Political Economy and Taxation“ (1817), das seinem Ruhm als Wirtschaftstheoretiker begründete. Der hier abgedruckte Auszug aus diesem Buch liefert am Beispiel des Austausches zwischen Tuch und Wein zwischen England und Portugal das wohl zentrale Argument für den Freihandel, die Theorie des „Komparativen Vorteils.“

Bei einem System vollkommener Handelsfreiheit legt jedes Land naturgemäß sein Kapital und seine Arbeit in denjenigen Unternehmungen an, welche für es am vorteilhaftesten sind. Dieses Verfolgen des persönlichen Nutzens steht in wunderbarem Zusammenhang mit dem Wohle des Ganzen. Indem die Betriebsamkeit angespornt, die Erfindungsgabe belohnt und die Naturkräfte auf das Wirksamste ausgenutzt werden, wird die Arbeit am erfolgreichsten und sparsamsten verteilt: außerdem wird durch die Vermehrung der allgemeinen Produktionsmasse der Nutzen überall hin ausgebreitet und alle Nationen der zivilisierten Welt werden durch ein einziges gemeinsames Band d des gegenseitigen Interesses und des Verkehrs zusammengehalten. Dieses Gesetz ist es, das bestimmt, dass in Frankreich und Portugal Wein produziert, in Amerika und Polen Getreide angebaut und in England Eisenwaren und andere Güter hergestellt werden.

Allgemein gesprochen ist der Profit in einem und demselben Lande immer auf dem gleichen Niveau oder wechselt nur in dem Maße; in dem die Anlage des Kapitals mehr oder weniger sicher und vorteilhaft ist. Anders, wenn es sich um verschiedene Länder handelt. Sollte der Profit des in Yorkshire arbeitenden Kapitals denjenigen des in London arbeitenden übertreffen, dann würde das Kapital sich schleunigst von London nach Yorkshire begeben und hierdurch einen' Ausgleich der Profite bewirken. Sollten aber durch die verminderte Ergiebigkeit des englischen Bodens; infolge des Anwachsens von Kapital und Bevölkerung die Arbeitslöhne steigen und der Profit fallen, dann hätte das nicht zur Folge, dass Kapital und Bevölkerung notwendigerweise von England nach Holland, nach Spanien oder Russland, wo der Profit höher sein mag, wandern müssten.

Bestünde keine Handelsverbindung zwischen Portugal und anderen Ländern, dann könnte es nicht mehr einen großen Teil seines Kapitals und seiner Arbeit zur Weinproduktion verwenden und sich damit die Stoffe und Metallwaren der anderen Länder kaufen, sondern wäre genötigt, einen Teil jenes Kapitals 'zur Herstellung dieser Waren zu verwenden, welche es dann wahrscheinlich sowohl im geringerer Qualität als auch Quantität erhalten würde.

Diejenige Quantität Wein, welche Portugal im Austausch gegen englisches Tuch hingeben muss, wird nicht durch den relativen Arbeitsaufwand bestimmt, welcher der Produktion jeder dieser Waren gewidmet worden ist, wie es der Fall wäre, wenn beide Waren in England, oder beide in Portugal hergestellt worden wären.

Es mag sein, dass England so gestellt ist, dass seine Tuchproduktion die Arbeit von 100 Leuten während eines Jahres erfordert und, im Falle es den Versuch machte, Wein zu produzieren, die Arbeit von 120 Leuten während der gleichen Zeit benötigte. Daher fände England, dass es in seinem Interesse läge, Wein einzuführen und durch die Ausfuhr von Tuch zu bezahlen.

Möglicherweise würde die Produktion des Weines in Portugal nur die Jahresarbeit von 80 Leuten, die Tuchfabrikation in demselben Lande die Jahresarbeit von 90 Leuten erfordern. Daher wäre es für Portugal vorteilhaft, Wein im Austausch gegen Tuch auszuführen. Dieser Austausch fände sogar statt, trotzdem die von Portugal eingeführte Ware sich dort mit einem geringeren Arbeitsaufwand als in England herstellen ließe.

Obgleich es im Stande wäre, das Tuch mit dem Arbeitsaufwand von 90 Leuten herzustellen, würde es diese Ware trotzdem aus einem Lande importieren, in dem ihre Herstellung die Arbeit von 100 Leuten erforderte. Denn es wäre für Portugal von größerem Vorteil, sein Kapital in der Produktion von Wein anzulegen, weil es dafür mehr Tuch von England erhalten könnte, als es zu fabricieren im Stande wäre, wenn es dem Weinbau einen Teil seines Kapitals zu Gunsten der Tuchfabrikation entzöge.

Auf diese Weise würde England das Ergebnis des Arbeitsaufwandes von 100 Leuten gegen das von 80 Leuten hingeben. Ein solcher Austausch könnte zwischen den einzelnen Personen desselben Landes nicht stattfinden. Die Arbeit von 100 Engländern lässt sich nicht gegen die von 80 Engländern eintauschen, wohl aber lässt sich das Ergebnis der Arbeit von 100 Engländern gegen das von 80 Portugiesen, 60 Russen oder 120 Ostindern hingeben. Der in dieser Hinsicht bestehende Unterschied zwischen einem einzigen Lande und mehreren lässt sich leicht erklären, wenn wir die Schwierigkeit bedenken, mit der sich das Kapital von einem Lande zum anderen auf der Suche nach einer einträglicheren Anlage fortbewegt und mit der Beweglichkeit vergleicht, mit der es beständig aus der einen Provinz in eine andere desselben Landes wandert.⁴

Zweifellos wäre es für die englischen Kapitalisten und für die Konsumenten beider Länder von Vorteil, wenn unter solchen Umständen sowohl Wein als Tuch in Portugal hergestellt und deshalb die in der Tuchfabrikation beschäftigten Kapitalien und Arbeitskräfte Englands zu diesem Zwecke dorthin übertragen würden. In diesem Falle würde der relative Wert dieser Waren von demselben Gesetz bestimmt, das wirksam wäre, wenn die eine derselben das Produkt von Yorkshire und die andere das von London wäre. Ebenso könnte es in jedem anderen Falle, wenn das Kapital ungehindert jenen Ländern zuströme, in denen es am nutzbringendsten angelegt werden kann, keinen Unterschied in der Profitrate geben und keinen Unterschied in dem tatsächlichen oder Arbeitspreis der Waren, als den des zusätzlichen Arbeitsaufwandes in Folge ihres Transportes nach den verschiedenen Märkten, an denen sie zum Verkauf kommen sollen.

Die Erfahrung zeigt jedoch, dass die eingebildete oder tatsächliche Unsicherheit des Kapitals, sobald es nicht unter der unmittelbaren Aufsicht seines Eigentümers steht, zugleich aber auch die natürliche Abneigung eines jeden, das Land seiner Geburt und seiner Beziehungen zu verlassen, und sich mit seinen eingewurzelten Gewohnheiten einer fremden Regierung und

⁴ Es wird daher einleuchten, dass ein Land, welches sich im Besitze sehr beträchtlicher Vorsprünge in Bezug auf Maschinen und Technik befindet' und daher in der Lage ist, Waren mit einem geringeren Arbeitsaufwande als seine Nachbarländer herzustellen, im Austausch gegen solche Waren einen Teil des zu einem Gebrauche notwendigen Getreides importieren kann, selbst wenn sein Boden fruchtbarer und Getreide mit geringeren Arbeitsaufwande anzubauen wäre als in dem Lande aus dem es eingeführt wird. Zwei Leute können beide Schuhe und Hüte anfertigen und der eine dem anderen in beiden Beschäftigungen überlegen sein. Doch übertrifft er beim Anfertigen von Hüten seinen Konkurrenten nur um ein Fünftel oder 20 Prozent, beim Anfertigen von Schuhen dagegen um ein Drittel. Oder 33 Prozent, wird es dann nicht im Interesse beider liegen, dass der geschicktere Mann sich ausschließlich mit dem Anfertigen von Schuhen und der ungewandtere sich mit dem Anfertigen von Hüten beschäftigt?

neuen Gesetzen zu unterwerfen, hemmend für die Auswanderung des Kapitals sind. Diese Gefühle, deren Abschwächung ich nur bedauern könnte, haben zur Folge, dass die meisten vermögenden Leute sich lieber mit einer niedrigen Profitrate in ihrem eigenen Lande begnügen, als dass sie sich für ihren Reichtum in fremden Ländern eine einträglichere Anlage suchen.

Da Gold und Silber zum allgemeinen Umlaufsmittel gewählt worden sind, so sind sie durch den Wettbewerb des Handels in eben dem Verhältnis unter die verschiedenen Länder der Erde verteilt, das dem natürlichen Handelsverkehr entspricht, welcher eintreten würde, im Falle keine derartigen Metalle existierten und der Handel der Länder untereinander ein reiner Tauschhandel wäre.

Auf diese Weise kann Tuch nur nach Portugal eingeführt werden, wenn es sich dort für mehr Gold verkaufen lässt als es in dem Lande, aus dem es ausgeführt wurde, gekostet hat. Ebenso lässt sich kein Wein nach England einführen, falls man hier nicht mehr dafür einlösen kann, als er in Portugal gekostet hat. Wäre der Handel ausschließlich ein Tauschgeschäft, dann könnte er sich nur so lange aufrecht erhalten, als England Tuch derartig billig herzustellen im Stande ist, dass sich gegen eine bestimmte Menge Arbeit in der Tuchfabrikation eine größere Quantität Wein als im eigenen Weinbau beschaffen ließe und infolgedessen auch nur so lange als die Industrie in Portugal die umgekehrten Wirkungen aufwiese. Angenommen nun, in England würde ein Verfahren zur Weinproduktion erfunden, so dass es mehr im Interesse dieses Landes läge, Wein, zu produzieren anstatt ihn einzuführen, so würde es naturgemäß einen Teil seines Kapitals von dem auswärtigen auf den einheimischen Handel übertragen, würde aufhören, Tuch zur Ausfuhr zu fabrizieren und würde Wein zum eigenen Verbrauch anbauen. Der Geldpreis dieser Waren würde sich entsprechend ändern, der Wein fiel bei uns, während das Tuch seinen früheren Preis behauptete, während in Portugal keine Veränderung in dem Preise jeder der beiden Waren entstünde. Tuch würde noch eine Zeitlang von hier ausgeführt werden, weil sein Preis weiterhin in Portugal höher sein würde als bei uns. Aber anstatt Wein würde Geld im Austausch gegeben, bis die Anhäufung von Edelmetall hier und seine Abnahme dort eine solche Wirkung auf den relativen Tuchpreis jener beiden Länder auszuüben anfinge, dass seine Ausfuhr nicht mehr einträglich wäre. Im Falle die Verbesserung bei der Weingewinnung eine sehr große wäre, könnte es für beide Länder von Vorteil werden, ihre Beschäftigungen zu wechseln, so dass England allen Wein bereitete und Portugal den ganzen Vorrat des von ihnen benötigten Tuches herstellte. Doch könnte dies nur durch eine neue Verteilung der Edelmetalle bewirkt werden, wodurch der Tuchpreis in England stiege und in Portugal fiel. Der relative Preis des Weines fiel in England durch den tatsächlichen Vorteil der Verbesserung bei seiner Gewinnung, d. h. sein natürlicher Preis würde sinken und der relative Preis des Tuches dort infolge der Anhäufung von Geld steigen.

Angenommen, dass vor der Verbesserung bei der Weinbereitung in England der hiesige Weinpreis sich auf 50 £ pro Pipe und der Preis einer bestimmten Quantität Tuch sich auf 45 £ beliefe, während in Portugal der Preis der gleichen Weinmenge 45 £ und derjenige der gleichen Quantität Tuch 50 £ betrüge, so könnte Wein aus Portugal mit einem Profit von 5 £ und Tuch aus England mit einem gleich hohen Profit ausgeführt werden.

Wir wollen nun annehmen, dass nach der Verbesserung der Wein im Preise auf 45 £ in England fiel, das Tuch aber seinen früheren Preis beibehielt. Jedes Handelsgeschäft ist ein selbständiger Vorgang. Solange ein Kaufmann Tuch in England für 45 £ kaufen und mit dem üblichen Profit in Portugal verkaufen kann, wird er fortfahren, es aus England auszuführen. Sein Geschäft besteht einfach darin, englisches Tuch anzukaufen und es mit einem Wechsel zu bezahlen, den er mit portugiesisches Geld ankauft. Es ist für ihn von keiner Bedeutung, was aus dem Geld wird, da er, seine Schuld durch Übergabe des Wechsels getilgt hat. Zweifellos wird

sein Geschäft durch die Bedingungen beeinflusst, zu denen der Wechsel erhältlich war, doch sind ihm diese zu der betreffenden Zeit bekannt und, die Ursachen, welche den Marktpreis der Wechsel oder den Wechselkurs beeinflussen, liegen nicht innerhalb seiner Erwägungen.

Ist die Marktlage für die Weinausfuhr von Portugal nach England günstig, dann wird der Weinexporteur als Verkäufer eines Wechsels auftreten, der entweder von dem Importeur des Tuches oder von demjenigen, welcher ihm seinen Wechsel verkauft hat, angekauft wird. Auf diese Weise werden, ohne dass das Geld aus einem Land in das andere wandern muss, die Exporteure beider Länder für ihre Waren bezahlt. Ohne dass eine direkte Beziehung zwischen ihnen besteht, wird das in Portugal durch den Tuchimporteur gezahlte Geld dem portugiesischen Weinhändler ausbezahlt werden und in England wird durch den Kauf desselben Wechsels dem Tuchexporteur das Recht zustehen, den entsprechenden Wert von dem Weinimporteur zu verlangen.

Wenn aber die Weinpreise derart wären, dass kein Wein nach England exportiert werden könnte, dann würde der Tuchimporteur ebenfalls einen Wechsel kaufen. Aber der Preis dieses Wechsels wäre höher, weil es seinem Verkäufer bekannt wäre, dass sich kein Gegenwechsel am Markt befände, durch welchen er die Kaufbeziehungen zwischen beiden Ländern endgültig regeln könnte. Es wäre ihm vielleicht bekannt, dass das Gold- oder Silbergeld, welches er im Austausch gegen seinen Wechsel erhielte, tatsächlich an seinen englischen Handelsfreund exportiert werden muss, um ihm die Zahlung der Forderung; zu der er einem anderen die Ermächtigung gegeben hatte, zu ermöglichen und er könnte daher in den Preis seines Wechsels alle damit zusammenhängenden Ausgaben sowie seinen angemessenen und üblichen Profit einbegreifen.

Wenn also diese Prämie für einen Wechsel auf England dem bei der Tucheinfuhr erzielten Gewinne gleichkäme, dann würde die Einfuhr natürlich ein Ende nehmen, wenn aber die Prämie auf den Wechsel nur 2 Prozent betrüge, d. h. Wenn, um eine Schuld von 100 £ in England zahlen zu können, 102 £ in Portugal gezahlt werden müssten, während das Tuch, welches 45 £ gekostet hat, für 50 £ verkauft wird dann würde man Tuch einführen, Wechsel ankaufen und Geld versenden, bis die Abnahme des Geldes in Portugal und seine Anhäufung in England eine solche Preislage hervorgerufen hätte, dass eine Fortsetzung dieser Geschäfte nicht mehr von Vorteil wäre.

Aber die Abnahme des Geldes in dem einen Lande und seine Zunahme in einem anderen, beeinflussen nicht nur den Preis einer einzigen Ware, sondern den Preis aller und daher werden die Preise von Wein und Tuch beide in England steigen und beide in Portugal sinken. Nachdem der Tuchpreis vorher in dem einen Lande 45 £ und in dem anderen 50 £ betragen hat, würde er wahrscheinlich in Portugal auf 49 oder 48 £ fallen und in England auf 46 oder 47 £ steigen und nach Abzug der Wechselprämie einen Profit abwerfen, der nicht mehr groß genug wäre, um irgend einen Kaufmann zum Ankauf jener Ware zu bestimmen.

Auf diese Weise wird jedem Lande sein Geld nur in solchen Quantitäten zugeteilt, als zur Aufrechterhaltung eines nutzbringenden Tauschhandels notwendig ist. England führte Tuch im Austausch gegen Wein aus, weil sich hierdurch seine Industrie produktiver gestaltete. Es hat dadurch mehr Tuch und mehr Wein, als wenn es beide selbst hergestellt hätte, erhalten und Portugal führte Tuch ein und Wein aus, weil die portugiesische Industrie durch die Weinproduktion für beide Länder nutzbringender beschäftigt werden konnte. Sobald in England der Tuchfabrikation oder in Portugal dem Weinbau größere Schwierigkeiten erstehen, oder in England Erleichterungen im Weinbau und in Portugal solche in der Tuchfabrikation eintreten, muss der Handel augenblicklich aufhören.

In den Verhältnissen Portugals tritt nicht die geringste Veränderung ein, aber England findet, dass seine Arbeit in der Weinproduktion produktiver verwendet wird und sofort erfährt der Handelsverkehr zwischen beiden Ländern eine Veränderung. Nicht nur nimmt die Weinausfuhr aus Portugal ein Ende, sondern es findet auch eine neue Verteilung der Edelmetalle statt und seine Tucheinfuhr wird gehemmt.

Wahrscheinlich fänden beide Länder, dass es in ihrem Interesse läge, ihren eigenen Wein und ihr eigenes Tuch herzustellen; aber das würde zu folgendem eigentümlichen Zustand führen in England stiege, trotzdem der Wein billiger würde, der Tuchpreis und der Konsument müsste mehr dafür zahlen, während die portugiesischen Konsumenten sowohl Tuch als auch Wein billiger kaufen könnten. In dem Lande, in dem die Verbesserung stattgefunden, wären die Preise gestiegen, in dem anderen, in welchem keine Veränderung eingetreten, das aber eines einträglichen Zweiges seines Außenhandels beraubt worden wäre, gingen die Preise herunter. Dies bedeutet jedoch nur einen scheinbaren Vorteil für Portugal, denn seine Gesamtproduktion von Tuch und Wein würde vermindert, während die in England produzierte Menge vermehrt würde.

Das Geld hätte in beiden Ländern in einem gewissem Grade seinen Wert verändert, es wäre in England gesunken und in Portugal gestiegen. In Geld geschätzt, wäre das Gesamteinkommen Portugals verringert, dasjenige Englands, in dem gleichen Tauschmittel berechnet, wäre größer geworden.

So sehen wir also, dass die Verbesserung eines Fabrikationszweiges in einem Lande dahin wirkt, die Verteilung der Edelmetalle unter den Staaten der Welt zu ändern; sie hat die Tendenz die Menge an Gütern zu vergrößern und zugleich den allgemeinen Preisstand in dem Lande, in dem die Verbesserung eingeführt worden ist, zu erhöhen.

Zur Vereinfachung dieser Frage habe ich einen Handel angenommen, der sich zwischen zwei Ländern auf zwei Waren beschränkt – auf Wein und auf Tuch; es ist aber wohlbekannt, dass viele und mannigfache Dinge die Einfuhr- und Ausfuhrlisten anfüllen. Der Abfluss von Geld aus dem einen und seine Ansammlung in einem anderen Lande übt auf alle Warenpreise eine Wirkung aus und infolgedessen wird die Ausfuhr einer großen Menge von anderen Waren, neben dem Gelde, ermutigt, wodurch eine allzu große Wirkung auf den Geldwert beider Länder, die sonst zu erwarten gewesen wäre, verhindert wird.

Außer den Verbesserungen auf den Gebieten der Technik und des Maschinenwesens gibt es noch verschiedene andere Ursachen, welche fortwährend auf den natürlichen Gang des Handels ihren Einfluss ausüben und welche das Gleichgewicht und den relativen Wert des Geldes verändern. Ein- oder Ausfuhrprämien, neue Warensteuern, stören direkt oder indirekt den natürlichen Gang des Tauschhandels und bewirken notwendigerweise eine Einfuhr oder Ausfuhr von Geld, damit die Preise sich dem natürlichen Gang des Handels anpassen können. Diese Wirkung erfolgt nicht nur in dem Lande, in welchem die störende Ursache auftritt, sondern, in stärkerem oder schwächeren Grade, in jedem anderen Lande der Handelswelt.

Dies wird uns einigermaßen den verschiedenen Wert des Geldes in den verschiedenen Staaten erklären und uns zeigen, warum die Preise der einheimischen Waren, vor allem derjenigen, welche umfangreich, aber von verhältnismäßig geringem Werte sind, unabhängig von anderen Ursachen, in Ländern mit blühender Industrie höher sind. Von zwei Ländern mit genau der gleichen Bevölkerung und der gleichen Fläche, von gleichmäßiger Bodenfruchtbarkeit sowie mit der gleichen landwirtschaftlichen Technik, werden die Preise der Rohstoffe in dem Lande am höchsten sein, das zur Herstellung seiner Warenausfuhr die entwickeltere Technik und die besseren Maschinen verwendet. Wahrscheinlich werden die Profitraten nicht stark von einander

abweichen, denn der Lohn, oder die tatsächliche Entschädigung des Arbeiters, mag in beiden Ländern gleich sein. Aber die Löhne sowohl wie die Rohstoffe werden in demjenigen Lande in Geld ausgedrückt einen höheren Wert haben, in welches infolge der Vorteile, die von seiner Technik und seinem Maschinenwesen herrühren, eine reichliche Geldmenge im Austausch gegen seine Waren eingeführt worden ist.

Wenn von diesen beiden Ländern das eine in der Herstellung von Waren einer bestimmten Qualität und das andere in der Herstellung von Waren einer anderen Qualität eine gewisse Überlegenheit besäße, dann würde in keines derselben ein erheblicher Zufluss von Edelmetallen stattfinden. Wenn aber der Vorteil sich stark zugunsten des einen neigte, dann wäre eine solche Wirkung unvermeidlich.

In dem vorangegangenen Teile dieses Werkes haben wir zum Zweck der Beweisführung angenommen, dass das Geld immer den gleichen Wert behielte. ' Jetzt versuchen wir zu zeigen, dass es, abgesehen von den gewöhnlichen Schwankungen im Geldwerte und denjenigen, welche der ganzen Handelswelt gemeinsam sind, noch teilweise Veränderungen gibt, denen das Geld in den einzelnen Ländern unterworfen ist und wir wollen zu beweisen versuchen, dass der Wert des Geldes niemals in zwei Ländern der gleiche ist, da er bekanntlich von der relativen Besteuerung, von der gewerblichen Technik, den Vorzügen des Klimas, den natürlichen Voraussetzungen der Produktion und vielen anderen Ursachen abhängt.

Obgleich jedoch das Geld solchen ständigen Schwankungen unterworfen ist und infolgedessen die Preise der Waren, welche den meisten Ländern gemeinsam sind, ebenfalls beträchtliche Unterschiede aufweisen, so wird trotzdem weder durch den Zufluss noch durch den Abfluss des Geldes eine Wirkung auf die Profitrate ausgeübt. Das Kapital wird noch nicht dadurch vermehrt, dass dieses bei den Umlaufsmitteln der Fall ist. Wenn die vom Pächter dem Grundbesitzer gezahlte Rente und die Löhne seiner Arbeiter in dem einen Lande um 20 Prozent höher als in dem anderen sind und wenn zugleich der Nominalwert des dem Pächter zugehörigen Kapitals 20 Prozent mehr beträgt, dann wird dieses genau die gleiche Profitrate erhalten, wenn er auch seine Rohprodukte um 20 Prozent teurer verkaufen sollte.

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, dass der Profit von den Löhnen abhängt, nicht von den nominellen, sondern von den tatsächlichen Löhnen, nicht von der Zahl der Pfund Sterling, welche jährlich dem Arbeiter ausgezahlt werden mögen, sondern von der Anzahl der Arbeitstage, welche erforderlich waren, um diese zu erlangen. Deshalb können doch die Löhne in zwei Ländern ganz die gleichen sein, sie können auch in demselben Verhältnis zur Grundrente und zu der vom Grund und Boden erzielten Gesamtproduktion stehen, obgleich ein Arbeiter in dem einen dieser Länder 10 Schillinge und in dem anderen 12 Schillinge erhält.

In den Anfangsstadien der gesellschaftlichen Entwicklung, in denen das Gewerbe noch wenig entwickelt ist, wo die Produkte aller Länder fast die gleichen sind und aus umfangreichen, besonders nützlichen Waren bestehen, richtet sich der Wert des Geldes in den verschiedenen Ländern hauptsächlich nach ihrer Entfernung von den Minen, welche die Edelmetalle liefern. Wenn aber Technik und soziale Entwicklung fortschreiten und verschiedene Völker sich in einzelnen Produktionszweigen hervortun, dann richtet sich der Wert der Edelmetalle, obgleich die Entfernung noch immer eine Rolle spielt, nach der in diesen Fabrikationszweigen vorhandenen Überlegenheit.

Angenommen, alle Länder produzierten nur Getreide, Vieh und grobe Kleidung und das Gold wäre von den Ländern, welche es produzierten, oder von denjenigen, unter deren Oberherrschaft sie ständen, nur durch Ausfuhr dieser Güter zu erlangen, dann hätte natürlich Gold in Polen

einen größeren Tauschwert als in England und zwar infolge der größeren Ausgaben, welche mit dem Transport einer so umfangreichen Ware wie Getreide auf einem solch weiten Wege, sowie infolge der größeren Unkosten, welche mit dem Transport des Goldes nach Polen verbunden sind.

Dieser Unterschied in dem Wert des Goldes, oder, was dasselbe ist, in dem Getreidepreise der beiden Länder würde auch bestehen, wenn das Getreide in England infolge der größeren Fruchtbarkeit des Bodens und der überlegenen Technik und besseren Hilfsmittel der Arbeiter bedeutend leichter produziert würde als in Polen.

Wenn jedoch Polen zuerst seine Industrie verbesserte und wenn es ihm gelänge, eine allgemein begehrte Ware herzustellen, welche ohne großes Volumen einen großen Wert repräsentierte, oder wenn es ausschließlich mit einem allgemein begehrten Naturprodukt, das andere Länder nicht besitzen, gesegnet wäre, dann würde es im Austausch gegen diese Ware eine zusätzliche Menge von Gold erhalten, welche auf den Preis seines Getreides, seines Viehs und der einfacheren Tuche von Einfluss wäre. Der aus der Entfernung entstehende Nachteil wäre dann wahrscheinlich mehr als ausgeglichen durch den Vorteil, eine ausführbare Ware von großem Wert zu besitzen und Geld stünde ein Polen ständig tiefer im Wert als in England. Wenn dagegen der Vorsprung in bezug auf Technik und Maschinen auf Seiten Englands wäre, dann bestünde ein weiterer Grund, warum Gold in England weniger wert wäre, wie in Polen, und warum Getreide, Vieh und billige Tuche in dem erstgenannten Lande höher im Preise ständen. Ich glaube, dass dies die beiden einzigen Ursachen sind, welche den relativen Wert des Geldes in den einzelnen Ländern der Erde bestimmen. Denn obgleich die Besteuerung eine Störung in dem Gleichgewicht des Geldes bewirkt, so geschieht das nur dadurch, dass das Land, welchem sie auferlegt ist, einiger Vorteile beraubt ist, die mit der technischen Gewandtheit, dem Fleiß und dem Klima für es verbunden sind.

Aus: K. Diehl/P. Mombert (Hrsg.): Ausgewählte Stücke zum Studium der Politischen Ökonomie, 3. Aufl., Bd.IX, Gera 1923, S.116ff

Richard Cobden (1844):

Wider die Privilegienwirtschaft

Er war das Leitbild für die liberale Reformbewegung in ganz Europa. Überall auf dem Kontinent gründeten begeisterte Anhänger „Cobden Clubs“, um dem Freihandel zum Sieg zu verhelfen. Richard Cobden (1804–1865) stammte aus verarmten Verhältnissen, brachte es aber mit Fleiß zu einem angesehenen und erfolgreichen Textilfabrikanten in Manchester. Sein mit hohem Idealismus und persönlichem Einsatz geführter Kampf gegen die Schutzzölle im allgemeinen und die Getreidegesetze (Corn Laws) im speziellen brachte ihn allerdings immer wieder an den Rand des geschäftlichen Ruins, was ihn aber nicht von seinem Weg abbrachte. Cobden ging es dabei nie ausschließlich um ein wirtschaftliches Anliegen. Volksbildung, Frieden und Antikolonialismus waren für ihn Anliegen, die keineswegs einfach ökonomischen Überlegungen geopfert werden durften.

Die im Folgenden in Auszügen wiedergegebene Rede Cobdens, die er am 8. Februar 1844 auf einer Versammlung in London hielt, fasst die gegen die Monopolwirtschaft der Privilegierten gerichtete Agenda der Bewegung gegen die Getreidezölle zusammen.

Nun, wir sind Freihändler. Und was ist Freihandel? Nicht etwa das Niederreißen von Zollämtern, wie es einige unserer wohlunterrichteten Gegner, die Herzöge und Grafen, letzters den Landarbeitern einreden wollten. Ich glaube, dies würde bei niemandem sonst verfangen. Mit Freihandel meinen wir die Abschaffung aller Schutzzölle. Es ist möglich, dass unsere Kinder – oder auf jeden Fall deren Nachkommen – dereinst weise genug sein werden, auf die Zollabgaben gänzlich zu verzichten. Sie mögen es für klug und wirtschaftlich halten, für die Staatseinnahmen direkte Besteuerungen zu erheben, ohne ihren Außenhandel zu behindern. Wir schlagen gar nicht vor, so etwas zu tun. Aber es gibt eine Gesellschaftsklasse, die das Zollamt für sich in Besitz genommen hat, und die ihre Bediensteten dort installiert hat, um Einnahmen für ihre eigenen besonderen Interessen einzusammeln; und wir beabsichtigen sie aus dem Zollamt zu entfernen.

Nun, ich möchte unseren neuen Freunden, jenen gelehrigen Schülern des Freihandels, etwas einprägen und sie an etwas erinnern, auf das ich schon häufiger näher eingegangen bin, und das nicht häufig genug wiederholt werden kann, nämlich, dass dieses Monopolssystem in jeder Weise demjenigen gleicht, das vor 250 Jahren unter den Tudors und Stuarts existierte, als die Herrscher den Günstlingen ihres Hofes Monopole auf den Verkauf von Wein, Leder, Salz und andere Dinge verliehen, und dass ebenjenes System von unseren Vorvätern – unter großen Mühen und schweren Opfern – mitsamt den Wurzeln ausgerissen wurde. Eines nach dem anderen wurden die Monopole abgeschafft; und, weil sie sich nicht mit der Zerstörung der bestehenden Monopole alleine zufrieden gaben, verabschiedeten sie ein Gesetz, das zum Grundprinzip unserer Verfassung wurde, nämlich dass kein Herrscher – von da an und für alle Zeiten – die Macht haben sollte, irgendwem Monopole für den Verkauf lebenswichtiger Waren zu verleihen. Das ist es, das ich unseren jungen Anhängern einprägen möchte, nämlich das etwas, was Herrscher heute nicht mehr tun können, eine verbündete Clique von Menschen – eine selbstsüchtige Oligarchie des Zuckerfasses und des Mehlsacks – getan hat. Sie haben sich im Unterhaus zusammengetan und durch ihre eigenen Parlamentsbeschlüsse ihrer eigenen Klasse dieselben Privilegien, dieselben Monopole zugeteilt, oder zumindest Monopole, die so in jeder Hinsicht schädlich für die Menschen sind wie jene, die unsere Vorväter zwei ein halb Jahrhunderte abgeschafft hatten. Es gibt da keinen irgendwie gearteten Unterschied, was die Wirkung eines Monopols im Verkauf von Zucker angeht, das in den Händen einiger Weniger liegt – den Besitzern jener kleinen Landflecken in Westindien (denn es sich kleine Landflecken im Vergleich zu Südamerika, Ostindien, Siam, China, dem indischen Archipel und den anderen

Ländern, aus denen Zucker geliefert werden kann); es gibt auf Erden keinen Unterschied in der Wirkung auf die Gemeinschaft, ob eine Gruppe von Menschen in London sich selbst das Monopol für den Verkauf von Zucker aneignet, oder ob Königin Victoria dieses Monopol einem ihrer Edelleute am Hofe verleiht. Ja, unsere Vorfäter haben dieses System abgeschafft; und zwar in einer Zeit, so sollte man sich merken, in der die Unterschrift eines Herrschers noch so etwas wie eine göttliche Sanktionierung besaß und abergläubige Verehrung bei den Menschen hervorrief. Und sollen nun wir, die Abkömmlinge dieser Männer, so sehr degeneriert sein, so wenig dem Blute würdig sein, das in unseren Adern fließt, so treulos gegenüber dem Wort „Engländer“, dass wir nicht mehr diesen Alpdruck von uns abschütteln können, den uns eine Gruppe von Mitbürgern auferlegt hat?

Ich denke, dass einige unserer Besucher hier an diesem Abend das vertreten, was man das „landwirtschaftliche Interesse“ nennt. Sie sind sicher neugierig zu wissen, warum wir, die wir doch Freihändler in allen Dingen zu sein vorgeben, den Namen unserer Vereinigung auf „National Anti-Corn Law League“ beschränken. Ich möchte Ihnen den Grund dafür erklären. Wir befürworten die Abschaffung der Getreidezölle, weil wir fest glauben, dass sie das Brutnest aller anderen Monopole sind; und wenn wir dieses zerstören – die Stammutter, das Monstermonopol –, dann wird dies uns die Mühe ersparen, den gesamten Rest zu vertilgen...

Nun, was sind die Einwände, die man gegen die Annahme von Freihandelsprinzipien geltend macht? Als erstes nehme man die zahlreichste Gruppe – die arbeitende Klasse – als die am meisten zu berücksichtigende Überlegung zu dieser Frage: denn es sind wahrscheinlich 90 Prozent der gesamten Bevölkerung dieses Landes, die von vom Arbeitslohn abhängig sind, entweder durch die harte Arbeit ihrer Hände oder durch die ebenso harten Mühen der Verstandesarbeit. Wie gesagt, ich nehme mich ihrer als erstes an. Es wird uns erzählt, dass das System der Beschränkungen dem Vorteil der Arbeiter diene. Wir werden von Grafen, Herzögen und Landjunkern davon unterrichtet, dass der Preis des Getreides die Lohnrate bestimme; und dass, wenn wir den Getreidepreis durch freien Handel mit diesem Gut reduzierten, wir zugleich auch die Löhne senkten. Nun, ich sehe hier recht viele arbeitende Menschen in dieser Versammlung, und würde sie gerne fragen, ob bei irgendeinem Arbeitsvertrag je die Frage des Getreide und seines Preises einen Teil dieser Abmachung ausmache?...

Nun, der erste und schwerwiegendste Anklagepunkt in meinem Urteil gegen den Getreidezoll ist, dass er eine Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter in diesem und jedem anderen Land darstellt. Mein nächster Vorwurf lautet, dass er ein Betrug an jedem kapitalbesitzenden Mann ist, der irgendeinem Geschäft nachgeht, und an jeder Person deren festes Einkommen nicht an den Besitz von Land gebunden ist. Ich bin Kleidungsfabrikant und ich weiß nicht warum angesichts unseres Klimas und des kulturellen Standes der Gesellschaft, in der wir leben, die Herstellung von Kleidung nicht eine ebenso ehrenvolle – weil sie schließlich nahezu genauso nutzbringend ist – Betätigung wie die Herstellung von Nahrungsmitteln sein soll. Nun gut, aber haben sie je von irgendwelchen Debatten im Unterhaus über die Festlegung von Preisen meiner Waren auf dem Markte gehört?...

Warum, so frage ich, betrachtet man dieses Getreidemonopol mit solch gleichgültiger Gelassenheit? Einfach, weil sie und ich und der Rest von uns eine solch abergläubische Verehrung für den Besitzern jener schweren Äcker pflegen – und nur wenig Respekt für uns selbst und unserem Gewerbe haben. Ich sage, dass die Getreidezollmonopolisten, die sich selbst die Macht im Unterhaus anmaßen, eine Ungerechtigkeit gegenüber allen anderen Arten von Kapitalisten begehen...

Die Abschaffung der Getreidezölle wird dann kommen, wenn die Menschen dies alles verstehen. Und wenn sie es verstehen, und wenn sie ehrbare Menschen sind, dann werden sie nicht mehr in der Lage sein, ruhig zu bleiben ohne etwas dafür zu tun, diese Ungerechtigkeit zu beenden. Ich ermahne jeden von ihnen, in ihren Kreisen diese Erkenntnis zu verbreiten. Wissen – das Wissen alleine – ist die Macht mit der wir dieses verrottete System zu Staub zerfallen lassen können.

Aus: John Bright/James E. Thorold Rogers (Hrsg): *Speeches on Questions of Public Policy by Richard Cobden*, 2 Bde, London 1870, I S.113ff, 1189f, 133 (Übersetzung: Detmar Doering)

Frédéric Bastiat (1846):

Schutz vor der Sonne

Frédéric Bastiat (1801-1850) war der wohl wichtigste freihändlerische Ökonom Frankreichs im 19. Jahrhundert. Zu seinen theoretischen Leistungen gehört, dass er den Pessimismus mancher zeitgenössischer Ökonomen (z.B. Malthus) widerlegte, die glaubten, dass wegen der Bevölkerungsvermehrung das Realeinkommen der Arbeiterschaft nie über das Existenzminimum gehoben werden könne. Unter einer liberalen Wirtschaftsordnung gebe es die Chance zu echtem Massenwohlstand, meinte er. Er sollte recht behalten, denn im 19. Jahrhundert gelang tatsächlich eine allgemeine Wohlstandssteigerung unter den Bedingungen eines rapiden Bevölkerungswachstums. Bastiat begnügte sich aber nicht nur mit der theoretischen Ökonomie. Vom Erfolg der englischen „Anti-Corn Law League“ inspiriert, gründete er 1846 den Französischen Freihandelsverein. 1848 wurde er in die Nationalversammlung der Revolution gewählt. Im gleichen Jahr organisierte er mit Victor Hugo den ersten großen Weltfriedenskongress.

Der Nachwelt ist Bastiat aber vor allem als ein begnadeter Publizist in Erinnerung, der in zahlreichen Glossen und Satiren stilsicher die Irrtümer der Protektionisten aufspießte. Seine 1846 in den „Sophismes économiques“ erschienene „Petition“, in der Kerzenmacher den Schutz vor der Konkurrenz der Sonne fordern, bietet das bekannteste Beispiel hierfür. Josef Schumpeter nannte ihn dafür später den „brillantesten Wirtschaftsjournalisten, der je gelebt hat.“

Petition der Talg- und Wachslicht-, der Lampen-, Leuchter- und Reverberen⁵, Lichtputzen⁶ und Löschhütchen-Fabrikanten und der Talg-, Oel-, Harz-, Alkohol- ... Produzenten

An die Mitglieder der Deputierten-Kammer

Meine Herren!

Sie sind auf gutem Wege! Sie verwerfen die abstrakten Theorien, die Lehren vom Überfluss, vom billigen Markt rühren Sie nicht, sondern vor allem liegt Ihnen das Schicksal des Produzenten am Herzen; Sie wollen ihn von der fremden Konkurrenz befreien, mit einem Wort: Sie wollen der nationalen Arbeit den inländischen Markt sichern.

Wir bieten ihnen eine herrliche Gelegenheit der Anwendung Ihrer wie sollen wir doch sagen? Ihrer Theorie? Nein, nichts ist trüglicher, als die Theorie: Ihrer Doktrin? Ihres Systems? Ihres Prinzips? Aber Sie lieben die Doktrinen nicht, Sie perhorreszieren⁷ die Systeme und haben selbst erklärt, dass es in der Nationalökonomie kein Prinzip gäbe. Wir wollen also sagen: Ihrer Praxis, Ihrer theorie- und prinzipienlosen Praxis.

Wir leiden durch die unerträgliche Konkurrenz eines Rivalen, dessen Produktion offenbar so begünstigt ist, dass er unsere Märkte mit einem Licht von fabelhafter Billigkeit überschwemmt; denn sobald er sich zeigt, hat unser Absatz ein Ende, alle Konsumenten wenden sich an ihn, und ein Zweig der französischen Industrie, dessen Hefte unzählbar sind, wird dadurch plötzlich in vollkommene Stagnation versetzt. Dieser Konkurrent, der kein anderer ist als die Sonne, führt

⁵ Reverbere: Aus dem Französischen: réverbère. Gemeint ist der Reflektor einer Lampe. Bei Leuchtturmfedern Kombination einer Lichtquelle mit einem Parabolspiegel. (Anm. des Hrsg.)

⁶ Putzscherer für die Kerze. (Anm. des Hrsg.)

⁷ Perhorreszieren (lat.): Etwas mit Abscheu zurückweisen. Im juristischen Sinne auch „als partiisch oder befangen zurückweisen“. (Anm. des Hrsg.)

gegen uns einen so erbitterten Krieg, dass wir vermuten, das perfide England habe ihn gegen uns aufgehetzt, zumal er für diese stolze Insel Rücksichten hat, die er gegen uns nicht kennt.

Wir bitten sie daher, dass es ihnen gefallen möge, ein Gesetz zu erlassen, welches die Schließung aller Fenster, Läden, Luken, Klappen, Vorhänge, Kutschenladen, Gucklöcher, Rouleaux, mit einem Worte aller der Öffnungen, Ritzen und Spalten anbefiehlt, durch welche das Sonnenlicht in die Häuser zu dringen pflegt, zum Nachteil der schönen Industriezweige, mit denen wir das Land beschenkt zu haben uns schmeicheln, das uns jetzt ohne Undankbarkeit nicht einem so ungleichen Kampfe preisgeben kann.

Halten Sie das, meine Herren Deputierten, nicht für eine Satire und werfen Sie es wenigstens nicht, ohne seine Begründung anzuhören.

Zuerst: wenn Sie dem natürlichen Lichte den Zutritt verwehren und so das Bedürfnis nach künstlichem Lichte schaffen, welcher Zweig der französischen Industrie würde dadurch nicht gefördert werden?

Wenn mehr Talg konsumiert wird, so braucht man mehr Ochsen und Hammel, und folglich werden sich künstliche Wiesen, Viehzucht, Milch, Häute und besonders Dünger, diese Basis des landwirtschaftlichen Reichtums, ungemein vermehren.

Wenn mehr Öl konsumiert wird, so werden sich die Kultur des Mohnes, der Olive, des Rapses ausbreiten. Diese fetten und den Boden erschöpfenden Pflanzen werden die Fruchtbarkeit benutzen, welche die gesteigerte Viehzucht unserem Boden gegeben haben wird.

Unsere Heiden werden sich mit harzigen Bäumen bedecken. Zahlreiche Bienenschwärme werden auf unseren Bergen die wohlriechenden Schätze einfangen, die jetzt unbenutzt verduften, wie die Blumen, welche sie entsenden. Kurz, jeder Zweig der Landwirtschaft wird einen großartigen Aufschwung nehmen.

Ebenso ist es mit der Schifffahrt: Tausende von Fahrzeugen werden auf den Walfischfang gehen und in kurzer Zeit werden wir eine Flotte haben, welche die Ehre Frankreichs aufrecht erhalten und der patriotischen Reizbarkeit der unterzeichneten Petenten, der Lichthändler etc. entsprechen wird.

Aber was sollen wir von Paris sagen? Gehen Sie die vergoldeten und bronzenen Artikel, die Leuchter, Lampen, Lüster, Kandelaber von Kristall in großartigen Magazinen glänzen, neben denen die heutigen wahre Kramläden sind.

Jeder Arbeiter bis auf den Armen, der hoch auf Bergen sein Harz einsammelt, oder tief unten in dunklen Schächten nach Erz gräbt – sie alle werden ihr Einkommen und ihren Wohlstand verbessern.

Bedenken Sie, meine Herren, und seien Sie überzeugt, dass es feine Franzosen gibt, vom reichen Aktionär von Anzin⁸ bis zum Schwefelhölzchen-Verkäufer, dessen Lage sich nicht durch den glücklichen Erfolg unseres Gesuchs bessern würde.

⁸ Anzin: nordfranzösische Bergbaustadt. (Anm. des Hrsg.)

Wir sehen Ihre Einwürfe voraus, meine Herren. Sie haben sie aus der abgenutzten Literatur der Freihandels-Männer. Sagen Sie ein Wort gegen uns, das sich nicht sofort gegen Sie selbst und gegen das Prinzip kehrt, das Ihre ganze Politik leitet.

Sie werden uns sagen, dass wenn wir bei diesem Schutz gewinnen, Frankreich nicht dabei gewinnen wird, weil der Konsument die Kosten tragen muss; darauf antworten wir: Sie haben nicht mehr das Recht, an die Interessen des Konsumenten zu erinnern. So oft es mit dem Interesse des Produzenten kollidierte, haben Sie es alle Zeit geopfert. Sie taten es, um die Arbeit zu ermuntern, um den Bereich der Arbeit zu erweitern: aus demselben Grunde müssen Sie es auch jetzt tun.

Als man zu ihnen sagte: „Der Konsument wünscht die freie Einfuhr von Eisen, Steinkohlen, Getreide, Gespinnst und Sesam,“ da erwiderten Sie: aber der Produzent wünscht ihre Ausschließung. Also, wenn die Konsumenten bei der Zulassung des natürlichen Lichtes interessiert sind, so sind es die Produzenten für seine Ausschließung.

Aber Sie sagten auch: „dass der Produzent und der Konsument Eines seien. Wenn der Fabrikant durch den Schutz gewinne, so würde er auch den Ackerbauer gewinnen lassen, wenn der Ackerbau blühe, so würde er auch den Fabriken Absatz verschaffen.“ Also: wenn Sie uns das Monopol der Beleuchtung während des Tages geben, so werden wir zuerst viel Talg, Kohlen, Öl, Harz, Wachs, Alkohol, Silber, Eisen, Bronze und Kristall kaufen, um unsere Industrie zu unterhalten, und um so mehr werden wir und unsere zahlreichen Lieferanten, die alle reich geworden sind konsumieren und durch alle Zweige der Nationalarbeit Wohlstand verbreiten.

Sie werden sagen, dass das Sonnenlicht ein unentgeltliches Geschenk der Natur ist, und dass, wer solche Geschenke ablehnt, den Reichtum selbst unter dem Vorwand ablehnt, dass er die Mittel ihn zu erlangen verstärken will.

Aber bedenken Sie, dass Sie dann den Tod Ihrer Politik im eigenen Herzen tragen; bedenken Sie, dass Sie bisher immer das ausländische Produkt ausgeschlossen haben, weil es sich dem Geschenk nähert und um so mehr, als es sich Geschenk nähert.

Um den Forderungen der anderen Monopolisten zu gehorchen, hatten Sie nur einen halben Grund, unser Gesuch zu erfüllen, haben Sie vollen Grund.

Die menschliche Arbeit und die Natur haben bei der Herstellung eines Produktes je nach dem Lande und dem Klima einen verschiedenen Anteil. Die Natur schenkt ihren Anteil immer, und nur die menschliche Arbeit macht den Wert eines Produktes und wird bezahlt.

Eine Lissabonner Orange kostet halb so viel, als eine in Paris gezogene, weil für jene die natürliche Wärme das umsonst tut, was für jene die künstliche und deshalb kostspielige Wärme. Wenn also eine portugiesische Orange zu uns kommt, so kann man sagen, dass sie uns zur Hälfte geschenkt ist und nur halb so viel kostet, als eine Pariser Orange.

Gerade deswegen schließen Sie sie aus; sie sagen: wie kann die inländische Produktion die Konkurrenz der auswärtigen ertragen, wenn jene die volle und diese nur die halbe Arbeit hat und die andere Hälfte von der Sonne tun lässt?

Wenn sie aber schon die Konkurrenz der halbgesehenen Ware ausschließen, um wie viel mehr müssen Sie die Konkurrenz der ganz geschenkten zurück weisen?

Wenn Sie einige Logik haben, so müssen Sie die ganz geschenkt mit doppelt so viel Eifer ausschließen.

Noch einmal, wenn Steinkohle, Eisen, Getreide oder Gewebe uns vom Auslande zu billigerem Preise angeboten werden, wenn wir sie mit weniger Arbeit gewinnen könnten, als wir sie selbst herzustellen im Stande sind, so ist der Unterschied für uns ein Geschenk, dies Geschenk ist mehr oder weniger beträchtlich, je nachdem der Unterschied geringer oder größer ist. Er verträgt ein Viertel, bis die Hälfte des Wertes, je nachdem das Ausland drei Viertel oder die Hälfte unserer Herstellungskosten fordert. Es kann auch ganz und gar geschenkt sein, wenn der Schenkende, wie die Sonne für das Licht nichts fordert.

Die Frage, die wir in aller Form stellen, lautet: wir verlangen zu wissen, ob Sie Frankreich die Wohltat der kostenfreien Konsumtion oder die behaupteten Vorteile der mühevollen Produktion gewähren wollen. Wählen Sie, aber verfahren Sie logisch, denn wenn Sie schon Steinkohle, Eisen, Getreide und ausländisches Gewebe ausschließen, je mehr sich ihr Preis der Null nähert, wie konsequent würde es da sein, den ganzen Tag lang das Sonnenlicht zuzulassen, dessen Preis gleich Null ist.

Aus: Frédéric Bastiat: Die Trugschlüsse der Schutzzöllner gegenüber der gesunden Handels-Politik, übers. v. C. Noback, Berlin 1847, S. 78ff

Henry George (1886):

Soll man „Jugendliche Industrien“ schützen?

Er war nicht nur der „meistverkaufte“ Ökonom seiner Zeit, sondern vor allem einer der einflussreichsten Sozialreformer, die Amerika je hervorgebracht hat. Mit seinem Bestseller-Buch „Progress and Poverty“ (1879) löste Henry George (1839–1897) weltweit eine Landreformbewegung mit großer Gefolgschaft aus. Alle Steuern sollten demnach als wohlstandsmindernd abgeschafft werden – mit Ausnahme einer einzigen hohen („single tax“) Steuer auf Landbesitz. Diese Steuer sei keine Steuer gegen den freien Markt, da sie eine ungerechte und marktverzerrende Monopolrente abschaffe, meinte George. Sie sei eine, die den Markt erst herstelle und zum Wohle aller – also vor allem der Armen – nutzbar mache. Konsequenterweise lehnte er die Begünstigung der ökonomisch Mächtigen durch den Protektionismus ab. In seinem Buch „Free Trade and Protection“ (1886), dem der folgende Abschnitt entnommen ist, bekannte er sich deshalb konsequent zum „laissez faire“ in der Handelspolitik. Seine Abrechnung mit dem Argument, dass „junge Industrien“ (infant industries) zur Entwicklung eines Landes durch Schutzzölle protegirt werden sollten, ist heute noch so aktuell wie damals.

Ohne den Zweck, der durch Schutzzölle erstrebt wird, in Frage zu stellen, haben wir gesehen, dass die dieselben als Mittel verwerflich sind. Betrachten wir nun den Zweck – die Beförderung der Industrie.

Darüber kann keine Meinungsverschiedenheit herrschen, was Beförderung bedeuten soll. Eine Industrie im Sinne der Schutzzöllner zu befördern, heißt, denen, die sie treiben, größere Gewinne zu verschaffen als sie von selbst erzielen könnten. Nur so weit und so lange er dies tut, kann irgendein Schutz die Industrie befördern.

Aber wenn wir fragen, welche Industrien die Schutztheorie zu befördern vorschlägt, so finden wir eine weite Differenz. Die Männer, welche die amerikanischen Schutzzöllner als ihre geschicktesten Verteidiger betrachtet haben, forderten Schutz für die Entwicklung der „jugendlichen Industrien“ – und schildern das Schutzsystem als ein Mittel zur Begründung neuer Industrien in Ländern, die für dieselben geeignet sind. Sie haben die Idee bespöttelt, die gesamte Industrie schützen zu wollen und die Beförderung von Industrien, die nicht für ein Land geeignet oder bereits gegründet sind, oder eine längere Beförderung, als zu ihrer Errichtung notwendig, für Verschwendung und Raub erklärt. Wie jedoch jetzt der Zweck des Schutzes in den Vereinigten Staaten verteidigt und praktisch erstrebt wird, besteht er nicht in der Beförderung der „jugendlichen Industrien“, sondern der „heimischen Industrie“, das heißt aller heimischen Industrien. Und was in unserem Falle sich als richtig erwiesen hat, ist überhaupt richtig. Wo immer Schutz einmal begonnen hat, hört die Auflage von Zöllen niemals auf, bis jede heimische Industrie, die über einen gewissen politischen Einfluss verfügt und durch Zölle geschützt werden kann, ein gewisses Maß an Förderung erhält. Nur in neuen Ländern und beim Beginn des Systems kann die Beförderung junger Industrien als der einzige Zweck des Schutzes der Industrien dargestellt werden. Europäische Schutzzöllner können für Industrien, die seit der Zeit der Römer bestehen, schwerlich auf Grund der Kindheit derselben Schutz verlangen. Und in den Vereinigten Staaten jetzt die Beförderung solcher Riesen wie unsere Eisen-, Stahl- und Textilindustrien als ein Mittel zu deren Begründung zu verlangen, würde nach all diesen Jahren hoher Tarife offenbar absurd sein...

Als abstrakter Satz ist es nach meiner Meinung nicht zu leugnen, dass Industrien existieren können, auf welche eine zeitweilige Beförderung nutzbringend ausgedehnt werden mag. Industrien, die in ihrer Entwicklung von bedeutendem öffentlichen Nutzen sein können, haben in

ihrem Beginne oft mit großen Nachteilen zu kämpfen und ihre Entwicklung kann zuweilen durch einsichtige Beförderung wohlthätig beschleunigt werden. Aber es gibt unüberwindliche Schwierigkeiten, um ausfindig zu machen, welche Industrien die Beförderung lohnen würden...

Ebenso ist es mit der Beförderung um ihr Dasein kämpfender Industrien. Alle Erfahrung zeigt, dass die Politik der Beförderung, einmal begonnen, zu einem Rappusespiel⁹ führt, in welchem nicht der Schwache, sondern der Starke, nicht der, der nützliche Dienste leistet, sondern der Gewissenlose Erfolg hat. Die wirklich in der Kindheit befindlichen Industrien haben im Kampfe um die Beförderung durch die Regierung nicht mehr Aussicht, als junge Schweine im Kampfe mit erwachsenen am Futterkasten. Nicht bloß kommt die Beförderung leicht an Industrien, die sie nicht gebrauchen, sondern sie kommt auch leicht an Industrien, die nur auf diese Weise erhalten werden können, und verursacht so einen absoluten Verlust für den Staat, indem sie Arbeit und Kapital von lohnenden Industrien ablenkt. Im Ganzen ist die Fähigkeit einer Industrie, sich auf freiem Felde zu erheben und zu erhalten, der Maßstab ihrer öffentlichen Nützlichkeit, und jener „Kampf ums Dasein“, welcher gewinnlose Industrien hinwegtreibt, ist das beste Mittel, zu bestimmen, welche Industrien unter den vorhandenen Bedingungen notwendig sind und welche nicht. Selbst aussichtsreiche Industrien pflegen durch eine Beförderung, die ihnen gibt, was sie nicht verdienen, mehr demoralisiert und gehemmt, als in gesundem Wachstum erhalten zu werden, just wie ein junger Mann, der ein Vermögen geerbt hat, dadurch mehr geschädigt als wohlthätig beeinflusst wird. Gerade die Schwierigkeiten, mit denen neue Industrien kämpfen müssen, dienen nicht bloß dazu, zu bestimmen, welche in Wirklichkeit nötig sind, sondern auch dazu, sie den vorhandenen Umständen anzupassen und Verbesserungen und Erfindungen zu entwickeln, nach denen man unter günstigen Umständen niemals gefragt haben würde.

Während es daher abstrakt richtig sein mag, dass es Industrien gibt, die zu ermutigen empfehlenswert sein würde, so ist doch der einzig sichere Kurs der, allen ein freies Betätigungsfeld und keine Gunst zu gewähren...

Nichts kann die Vergeblichkeit des Versuchs, Industrien durch Zölle auf eigene Füße zu stellen, besser zeigen, als die eingestandene Unfähigkeit der von uns so lange beförderten Industrien, allein zu stehen. In den ersten Zeiten der amerikanischen Republik, als die Freunde des Schutzes denselben dem Finanzsystem des Bundes einzupfropfen suchten, wurde der Schutz nicht zur Aufrechterhaltung des amerikanischen Gewerbefleißes, sondern zur Begründung der jungen Industrien gefordert, welche, wie man versichert, nach einer Beförderung von einigen Jahren fähig sein würden, für sich selbst zu sorgen. Die Knaben und Mädchen jener Zeit haben ihre Reife erlangt, sind alte Männer und Frauen geworden und mit seltenen Ausnahmen bereits dahingestorben. Die Nation, die damals am Saume der atlantischen Küste entlang wohnte, hat sich über den Erdteil ausgedehnt und zählt jetzt anstatt vier Millionen beinahe sechzig Millionen Einwohner. Aber die „kindlichen Industrien“, für welche damals schüchtern kleiner Schutz gefordert wurde, sind noch immer kindlich in ihrem Verlangen nach Beförderung. Obwohl sie mächtig geworden sind, fordern sie desto fröhlicher die Wohltaten der Baby-Akte und erklären, dass, wenn sie nicht weiteren Schutz erhalten können, als sie zu Anfang zu fordern wagten, sie auf der Stelle zu Grunde gehen müssten...

Die schutzzöllnerischen Schriftsteller haben dies Argument der „kindlichen Industrie“ noch immer nicht aufgegeben, denn es ist das einzige, auf Grund dessen mit einigem Scheine von Vernunft Schutz gefordert werden kann; aber angesichts der Tatsachen haben sie die Zeit, in welcher bewährtermaßen der Schutz eine jugendliche Industrie begründen kann, ausgedehnt

⁹ „Rappuse“ ist ein aus dem Tschechischen entlehntes Wort, das soviel wie „Plünderung“ und „Raub“ bedeutet. Es gibt auch ein Kartenspiel dieses Namens. (Anm. des Hrsg.)

Man pflegte dem amerikanischen Volke zu sagen, dass mäßige Zölle nach einigen Jahren die geschützten Industrien in den Stand setzen würden, allein zu stehen und der ausländischen Konkurrenz zu trotzen. Aber in der letzten Ausgabe von seiner „Politischen Ökonomie“ (S. 233) sagt uns Professor Thompson¹⁰ von der Universität von Pennsylvanien, dass es gewöhnlich die Lebensdauer zweier Generationen erfordern werde, um eine neue Industrie vollständig zu akklimatisieren und die einheimische Produktion auf das Maß der einheimischen Nachfrage zu bringen.

Wenn man uns sagt, dass zwei Generationen besteuert werden sollen, um eine Industrie für die dritte zu begründen, so dürfen wir füglich fragen: „Was haben die Nachkommen jemals für uns getan?“ Dennoch beruht selbst dieses Versprechen nicht auf Tatsachen. Industrien, die wir länger als zwei Generationen hindurch geschützt haben, bedürfen den Schutzzöllnern zufolge jetzt mehr Schutz als je.

Das volkstümliche Argument für den Schutz in den Vereinigten Staaten ist jedoch heutzutage nicht die Beförderung von jungen Industrien, sondern die Beförderung der *heimischen* Industrie, d.h. aller heimischen Industrie.

Nun ist es offenbar für einen Schutzzolltarif unmöglich, alle heimische Industrie zu befördern. Zölle auf Waren, die vollständig im Lande produziert werden, können selbstverständlich nicht die Wirkung haben, die heimische Industrie zu befördern... Auch könnte kein Einfuhrzoll irgend eine der vielen Industrien befördern, welche da, wo sie eben nötig sind, getrieben werden müssen, wie den Häuserbau, den Hufbeschlagnagel, den Druck von Zeitungen und so weiter. Da diese Industrien, welche nicht geschützt werden können, bei weitem den größeren Teil der Industrien eines jeden Landes bilden, so ist das Äußerste, was durch einen Schutzzolltarif erstrebt werden kann, die Beförderung von nur einigen der gesamten Industrien eines Landes...

Wie immer der Schutz spezielle Formen des Gewerbefleißes berühren mag, er muss notwendigerweise den Gesamtertrag des Gewerbefleißes vermindern – erstlich durch die von der Beförderung durch Schutzzoll unzertrennliche Verschwendung und zweitens durch den Verlust, welcher der Übertragung von Kapital und Arbeit aus Beschäftigungen, die sich selbst erhalten würden, auf weniger gewinnreiche Beschäftigungen, die erst künstlich hervorgerufen werden müssen, zuzuschreiben ist. Wenn wir dies nicht ohne Nachdenken einsehen, so ist es darum der Fall, weil unsere Aufmerksamkeit nur auf einen Teil der Wirkungen des Schutzes gerichtet ist. Wir sehen die großen Hüttenwerke und die kolossale Fabrik, ohne zu gewahren, dass dieselben Steuern, welche sie angeblich erbaut haben, jeden Nagel und jeden Zwirnfaden, die im ganzen Lande gebraucht werden, kostspieliger gemacht haben. Unsere Vorstellungen werden ähnlich beeinflusst, wie diejenigen der ersten Europäer, welche Indien besuchten und unter dem Eindrucke der Verschwendung und Prachtliebe der Rajahs, aber ohne die entsetzliche Armut der Massen zu bemerken, für das reichste Land der Welt dasjenige hielten, das in Wahrheit das ärmste ist.

Aber Nachdenken wird zeigen, dass der gewöhnlich für den Schutz geltend gemachte Grund, er befördere die heimische Industrie (d.h. alle heimischen Industrien) nur in dem Sinne wahr sein kann, nämlich in dem Sinne, in welchem Pharaon die hebräische Industrie beförderte, als er das

¹⁰ Robert Ellis Thompson (1844–1924), war Dekan der Wharton School of Finance and Economics of the University of Pennsylvania. Er entwickelte in zahlreichen ökonomischen Textbüchern das zuerst von Henry C. Carey zu Gunsten des Protektionismus verfochtene Argument der „infant industries“ systematisch weiter. George zitiert hier Thompsons Buch "Elements of Political Economy," von 1882. Thompson hatte sich den Unmut Georges nicht nur deshalb zugezogen, weil er gegen den Freihandel war, sondern auch noch besonders heftig gegen die „georgistischen“ Ideen zur Landreform zu Felde zog. (Anm. d. Hrsg.)

auserwählte Volk zwang, Ziegel ohne Stroh zu machen. Schutzzölle schaffen mehr Arbeit in dem Sinne, in welchem das Verschütten von Fett über ihren Küchenboden der Hausfrau mehr Arbeit macht, oder ein Regen, der das Heu nässt, dem Landwirte mehr Arbeit macht.

Aus: Henry George: *Schutz oder Freihandel*; übers.. v. F. Stöpel, Berlin 1887 84-92 (Anm. die Orthographie des Textes wurde vom Hrsg. behutsam modernisiert)

Ludwig von Mises (1927):

Freihandel als Friedenspolitik

Seine radikal-liberalen Anschauungen waren vielen politischen Gegnern ein Dorn im Auge. Deshalb musste Ludwig von Mises (1881–1973) 1938 beim „Anschluss“ Österreichs vor den Nationalsozialisten ins amerikanische Exil fliehen, wo er in New York Ökonomie lehrte. Schon 1922 hatte er mit dem Buch „Die Gemeinwirtschaft“ den Nachweis geführt, dass jede Planwirtschaft (und langfristig auch jede „mildere“ Interventionswirtschaft) daran scheitern müsse, dass sie keine rationale Kostenkalkulation kenne. Diese – letztlich zutreffende – Aussage führte zu einem heftigen Streit in der Ökonomenzunft, an dem sich auch viele seiner begabten Schüler (etwa F.A. Hayek) beteiligten.

In seinem Buch „Liberalismus“ aus dem Jahre 1927 verteidigte Mises die Ideale und Politikvorstellungen des Liberalismus gegen den zunehmend antiliberalen Zeitgeist der Zwischenkriegsjahre. Dazu gehört auch ein Plädoyer für eine auf Freihandel und Freizügigkeit basierende Friedenspolitik, wie der folgende Textausschnitt zeigt.

Innere Politik und auswärtige Politik sind dem Liberalen kein Gegensatz, und die oft aufgeworfene und eingehend erörterte Frage, ob die außenpolitischen Erwägungen den innerpolitischen vorzugehen haben oder diese jenen, ist in seinen Augen müßig. Denn der Liberalismus umspannt in seinem politischen Konzept von vornherein die ganze Welt, und dieselben Ideen, die er im kleinsten Kreis zu verwirklichen sucht, hält er auch für die große Weltpolitik für richtig. Wenn der Liberale Außenpolitik und Innenpolitik unterscheidet, so tut er es nur, um den großen Aufgabenkreis der Politik zweckmäßig unterzuteilen und zu gliedern, keineswegs aber etwa darum, weil er der Meinung wäre, dass in der auswärtigen Politik andere Grundsätze zu gelten hätten als in der inneren.

Das Ziel der inneren Politik des Liberalismus ist auch das seiner auswärtigen Politik: Frieden. So wie im Innern der Staaten so strebt der Liberalismus auch im Verkehr zwischen den Staaten friedliches Zusammenwirken an. Der Ausgangspunkt des liberalen Denkens ist die Erkenntnis des Wertes und der Wichtigkeit menschlicher Kooperation, und alles, was der Liberalismus plant und ins Werk setzen will, dient der Erhaltung des gegenwärtig erreichten Standes und dem weiteren Ausbau der wechselseitigen Kooperation der Menschen. Als letztes Ideal schwebt dabei immer der Gedanken einer vollständigen Kooperation der ganzen Menschheit vor, die sich friedlich und ohne Reibungen abwickelt. Das Denken des liberalen hat immer das Ganze der Menschheit im Auge und nicht nur Teile, es haftet nicht an engen Gruppen, es endet nicht an den Grenzen des Dorfes, der Landschaft, des Staates und des Erdteils. Es ist ein kosmopolitisches, ein ökumenisches Denken, ein Denken, das alle Menschen und die ganze Erde umspannt. Der Liberalismus ist in diesem Sinne Humanismus, der Liberale Weltbürger, Kosmopolit.

Kosmopolitismus ist heute, da die antiliberalen Ideen die Welt beherrschen, in den Augen der Massen ein Vorwurf. Es gibt in Deutschland übereifrige Patrioten, die es den großen deutschen Dichtern, besonders Goethe, nicht verzeihen können, dass ihr Denken und Fühlen nicht national beschränkt, sondern kosmopolitisch gerichtet war. Man meint, dass zwischen den Interessen der Nation und jenen der Menschheit ein unüberbrückbarer Gegensatz bestehe, und dass derjenige, der sein Sinnen und Trachten auf das Wohl der Menschheit als Ganzes richtet, notwendigerweise die Interessen seines eigenen Volkes hintansetzt. Nichts ist verkehrter als diese Auffassung. So wenig wie derjenige, der auf das Wohl des ganzen deutschen Volkes hinarbeitet, damit die Interessen seiner engeren Heimat schädigt; so wenig schädigt ein Deutscher, der auf das Wohl der ganzen Menschheit hinarbeitet, seine Volksgenossen, d. s. die Mitmenschen, die ihm durch Sprache und Nachbarschaft und vielfach auch durch Abstammung

und geistige Gemeinschaft näher stehen, in ihren besonderen Interessen. Denn so wie der einzelne daran interessiert ist, dass das engere Gemeinwesen, in dem er lebt, blühe und gedeihe, so ist er auch in demselben Maße an dein Gedeihen der ganzen Welt interessiert...

Das entscheidende unwiderlegbare Argument gegen den Krieg holt der Liberalismus aus der Tatsache der internationalen Arbeitsteilung. Die Arbeitsteilung überschreitet schon lange die Grenzen der politischen Gemeinschaft. Kein Kulturvolk befriedigt heute seine Bedürfnisse selbstgenügsam unmittelbar durch eigene Produktion. Alle Völker sind darauf angewiesen, Waren aus dem Ausland zu beziehen und durch die Ausfuhr von eigenen Erzeugnissen zu bezahlen. Die Unterbindung des internationalen Warenaustausches würde die Menschheit kulturell schwer schädigen, würde den Wohlstand, ja die Existenzgrundlage von Millionen und Millionen Menschen untergraben, in einem Zeitalter, in dem die Völker wechselseitig auf die Erzeugnisse ausländischer Produktion angewiesen sind, können Kriege nicht mehr geführt werden. Da ein Krieg, den ein in die internationale Arbeitsteilung verflochtenes Volk führt, durch Unterbindung der Zufuhren entschieden werden kann, muss eine Politik, die auf die Möglichkeit eines Krieges Rücksicht nehmen will, darauf bedacht sein, die nationale Wirtschaft selbstgenügsam zu machen, d. h. sie, muss schon im Frieden dahin streben, dass die internationale Arbeitsteilung an den Grenzen des eigenen Staates Halt macht. Wollte Deutschland aus der internationalen Arbeitsteilung ausscheiden und darnach streben, alle seine Bedürfnisse durch heimische Erzeugung unmittelbar zu befriedigen, so würde es das jährliche Gesamtprodukt der deutschen Arbeit verkleinern und so den Wohlstand, die Lebenshaltung und das Kulturniveau des deutschen Volkes beträchtlich herabdrücken...

Nach den Erfahrungen, die der Weltkrieg gebracht hat, dürfte die Erkenntnis von der Notwendigkeit des immerwährenden Friedens wohl mehr und mehr zum Gemeingut aller werden. Es wird aber noch immer nicht beachtet, dass ewiger Frieden nur durch restlose und allgemeine Durchführung des liberalen Programms erreicht werden kann, und dass der Weltkrieg nichts anderes war als die natürliche und notwendige Folge der antiliberalen Politik der letzten Jahrzehnte.

Ein unsinniges und gedankenloses Schlagwort macht den Kapitalismus für die Entstehung des Krieges verantwortlich. Man sieht deutlich den Zusammenhang zwischen der Schutzzollpolitik und der Entstehung des Krieges und glaubt, freilich in arger Unkenntnis der Dinge, den Schutzzoll mit dem Kapitalismus ohne weiteres identifizieren zu dürfen. Man vergisst dabei, dass man noch vor kurzem dem Kapitalismus (dem „Finanzkapital“, der „goldenen Internationale“ und dem „Handelskapital“) vorgeworfen hat, dass er vaterlandslos sei und sich gegen die Notwendigkeit des Schutzzolles stemme. Man vergisst, dass man noch vor kurzem in allen nationalistischen Schriften heftige Angriffe gegen das internationale Kapital lesen konnte, dem Kriegsscheu und Friedensfreundlichkeit zum Vorwurf gemacht wurden. Ganz töricht ist es, für den Ausbruch des Krieges die Rüstungsindustrie verantwortlich zu machen. Die Rüstungsindustrie ist entstanden und zu beträchtlicher Größe emporgewachsen, weil die krieglüsternen Regierungen und Völker nach Waffen verlangten. Es wäre gar zu absurd, annehmen zu wollen, dass die Völker sich aus Gefälligkeit für die Kanonenfabriken der imperialistischen Politik zugewendet hätten. So wie jede andere Industrie so entstand auch die Rüstungsindustrie, um ein Bedürfnis zu befriedigen.. Hätten die Völker es vorgezogen, statt Geschosse und Sprengmittel andere Dinge zu beziehen, dann hätten die Fabrikanten diese erzeugt und nicht jene.

Man kann annehmen, dass der Wunsch nach Frieden heute allgemein ist. Aber die Völker sind nicht im Klaren darüber, welche Voraussetzungen erforderlich sind, um den Frieden zu sichern.

Damit der Frieden nicht gestört werde, muss man das Interesse am Kriegführen beseitigen. Man muss eine Ordnung aufrichten, die Völkern und Volksteilen Lebensverhältnisse schafft, mit denen sie soweit zufrieden sind, dass sie nicht zum Verzweiflungsmittel des Krieges greifen.

Der Liberale geht nicht darauf aus, den Krieg durch Sittensprüche und Predigten abzuschaffen. Er sucht in der Gesellschaft Bedingungen zu schaffen, die die Kriegsursachen beseitigen.

Die erste Voraussetzung dieser Art ist das Sondereigentum. Wenn das Sondereigentum auch im Kriege hochgehalten werden muss, wenn der Sieger nicht berechtigt ist, sich das Sondereigentum der Privatleute anzueignen, und die Aneignung des öffentlichen Eigentums keine große Bedeutung hat, weil überall Sondereigentum an den Produktionsmitteln besteht, dann entfällt bereits ein wichtiger Grund zum Kriegführen. Das ist aber noch lange nicht genug, um den Frieden zu sichern. Man muss, um das Selbstbestimmungsrecht nicht zur Farce werden zu lassen, die politischen Einrichtungen so treffen, dass der Übergang eines Gebietes von einer Staatshoheit in die andere möglichst geringe Bedeutung besitzt, so dass durch ihn niemand zu Schaden kommt oder Gewinn erzielt. Man macht sich keine richtige Vorstellung davon, was dazu erforderlich ist. Es ist daher notwendig, es an einigen Beispielen klar darzustellen...

Wenn es keine Zollgrenzen und keine Verkehrsbeschränkungen für Menschen, Tiere und Waren gibt, dann macht es auch nichts aus, ob ein Eisenbahnzug in einigen Stunden Fahrt mehr oder weniger oft die Staatsgrenzen übersetzt...

Der Übergang von einem „Wirtschaftsgebiet“ im Sinne des Etatismus in das andere greift tief in die materiellen Verhältnisse ein. Man denke etwa an die oberelsässische Baumwollindustrie, die das nun schon zweimal mitgemacht hat, man denke an Oberschlesien, an die polnische Textilindustrie usw. Wenn der Wechsel der Staatszugehörigkeit eines Gebietes den Bewohnern Vorteile oder Nachteile bringt, dann ist ihre Freiheit, sich für den Staat, dem sie anzugehören wünschen, zu entscheiden, wesentlich eingeschränkt. Von wahrer Selbstbestimmung kann nur gesprochen werden, wenn der Entschluss jedes einzelnen aus freiem Willen entspringt und nicht aus der Furcht vor Verlust oder aus der Hoffnung auf Gewinn. Die liberal organisierte kapitalistische Welt kennt keine abgesonderten Wirtschaftsgebiete. In ihr bildet die ganze Erdoberfläche ein einziges Wirtschaftsgebiet...

Weite Gebiete der Welt sind nicht nur von Angehörigen einer Rasse, einer Religion, sondern in buntem Gemenge von allerlei Volk besiedelt. Durch die Wanderbewegung, die notwendig den Verschiebungen der Standorte der Produktion folgen muss, werden immer neue Gebiete vor das Problem der gemischten Bevölkerung gestellt. Will man nicht künstlich die Reibungen, die aus diesem Zusammenwohnen entstehen müssen, noch vergrößern, dann muss man den Staat auf jene Aufgaben beschränken, die nur von ihm erfüllt werden können...

Die Lehre von den Wirkungen des Schutzzolles und des Freihandels ist das Kernstück der klassischen Nationalökonomie. Sie ist so klar, so einleuchtend, so unwiderlegbar, dass die Gegner nicht imstande waren, gegen sie irgend etwas vorzubringen, was nicht gleich als ganz verfehlt und unsinnig zurückgewiesen werden muss.

Nichtsdestoweniger finden wir heute auf der ganzen Welt überall Schutzzölle, ja vielfach selbst unverblühte Einfuhrverbote. Selbst in England, dem Mutterland der Freihandelspolitik, ist heute Schutzzoll Trumpf. Von Tag zu Tag gewinnt das Prinzip der nationalen Autarkie immer neue Anhänger. Selbst Staaten, die nur wenige Millionen Einwohner zählen, wie Ungarn und die tschechoslowakische Republik, versuchen, sich durch Hochschutzzollpolitik und Einfuhrverbote von der Einfuhr vom Auslande unabhängig zu machen. In den Vereinigten Staaten liegt der

auswärtigen Handelspolitik der Gedanke zugrunde alle Waren, die im Auslande mit niedrigeren Kosten erzeugt werden, in der vollen Höhe dieser Differenz durch Einfuhrzölle zu belasten. Das Grotteske ist dabei, dass alle Staaten zwar die Einfuhr verringern, gleichzeitig aber die Ausfuhr steigern wollen. Das Ergebnis dieser Politik ist Unterbindung der internationalen Arbeitsteilung und damit allgemeine Verringerung der Produktivität der Arbeit, die nur darum nicht sinnfälliger zutage tritt, weil die Fortschritte der kapitalistischen Wirtschaft noch immer groß genug sind, um sie aufzuwiegen. Dass aber alle heute reicher wären, wenn nicht durch die Schutzzollpolitik die Produktion künstlich von den günstigeren örtlichen Produktionsbedingungen zu den weniger günstigen hingedrängt würde, ist klar.

Bei vollkommener Freiheit des Handelsverkehrs würden Kapital und Arbeit dort angesetzt werden, wo sich die günstigsten Produktionsbedingungen bieten. Weniger günstige Produktionsbedingungen würden nicht ausgenützt werden, solange die Möglichkeit besteht, irgendwo unter günstigeren Bedingungen zu produzieren. In dem Maße, in dem durch die Ausgestaltung der Verkehrsmittel, durch Verbesserung der Technik und durch gründlichere Erforschung neu dem Verkehr erschlossener Länder sich herausstellt, dass es günstigere Standorte für die Produktion gibt als die, an denen gerade produziert wird, verschieben sich die Standorte der Produktion. Kapital und Arbeit streben von den Gebieten mit weniger guten Produktionsbedingungen nach den Gebieten mit günstigeren Produktionsbedingungen...

Die handelspolitische Lage von heute ist dadurch gekennzeichnet, dass die antiliberale Politik, die die Freizügigkeit des Arbeiters im internationalen Verkehr beseitigt und auch die Beweglichkeit des Kapitals nicht unbeträchtlich eingeengt hat, gewissermaßen den Unterschied, der in den Voraussetzungen des internationalen Verkehrs zwischen dem Anfang und dem Ende des 19. Jahrhunderts bestand, wieder beseitigt hat. Wieder sind Kapital und vor allem die Arbeitskraft in ihrer Beweglichkeit behindert. Unbehinderter Warenverkehr würde unter solchen Umständen keine Wanderbewegungen auslösen können; wieder würde er dazu führen, dass die einzelnen Völker sich auf die Produktionstätigkeit verlegen, für die bei ihnen die relativ besten Bedingungen gegeben sind.

Wie immer aber die Voraussetzungen des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs beschaffen sind, Schutzzölle vermögen immer nur eines zu erreichen: dass nämlich nicht dort produziert wird, wo die natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen dafür am günstigsten sind, sondern anderswo, d. h. also dort, wo die Bedingungen schlechter sind. Das Ergebnis der Schutzzollpolitik ist also immer Minderung des Ertrages der menschlichen Arbeit. Es fällt dem Freihändler nicht ein, zu bestreiten, dass das Übel, das die Völker durch die protektionistische Politik bekämpfen wollen, ein Übel sei. Was er behauptet, ist nur das, dass die von den Imperialisten und Schutzzöllnern vorgeschlagenen Mittel jenes Übel nicht beheben können. Er schlägt daher einen anderen Weg vor. Dass Völker wie das deutsche oder das italienische bei der Verteilung der Welt stiefmütterlich bedacht wurden, so dass ihre Söhne in Gebiete auswandern müssen, in denen sie unter den Bedingungen nichtliberaler Staatlichkeit zur Entnationalisierung genötigt sind, ist eine jener Bedingungen der zwischenstaatlichen Verfassung von heute, die der Liberalismus ändern will, weil er nur so die Voraussetzungen ungestörten Friedens schaffen kann.

Aus: Ludwig von Mises: *Liberalismus* (Nachdruck d. Erstaufl. 1927), Vorw. v. H.H. Hoppe, 2. Aufl., St. Augustin 2001, S. 93f, 95, 98f, 99, 104, 115f, 119f

* Mit Genehmigung des Verlages *Lucius & Lucius*, Stuttgart

Gottfried Haberler (1933):

Freihandel, Monopole und Arbeitslohn

Er gehörte zu dem berühmten Privatseminar Ludwig von Mises' an der Wiener Universität, aus dem viele große liberale Intellektuelle hervorgingen (darunter Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek). Gottfried Haberler (1900–1995), der 1936 aus Österreich in die USA auswanderte, um eine Professor in Harvard anzunehmen, die er bis 1971 innehatte, gehört zu den wichtigsten Außenhandelstheoretikern des 20. Jahrhunderts. In seinem Buch „Der internationale Handel“ von 1933 formulierte er die ricardianische Freihandelslehre neu, in dem er die (vom Marxismus missbrauchte) Arbeitswertlehre durch eine mikroökonomisch fundierte subjektive Wertlehre ersetzte. Dadurch wurde der Freihandel auf eine solide wissenschaftliche Basis gestellt. Das Buch machte ihn sogleich zu einem der wichtigsten neueren Vertreter der „Österreichischen Schule der Nationalökonomie“. Effiziente Kostenkalkulation sei nur möglich, wo der Markt die subjektiven Präferenzen der Individuen berücksichtige. Deshalb, so meinte er, Sorge Freihandel für Wachstum und die Steigerung des Lebensstandards.

Das zugkräftigste Argument für den Freihandel ist wohl der Hinweis darauf, dass die *freie Einfuhr die Preise der Importwaren senkt*. Das ist natürlich richtig und das Ausmaß der Preissenkung liefert auch (mit gewissen Einschränkungen) einen Anhaltspunkt für den Nutzen, den die Volkswirtschaft aus dem internationalen Handel zieht, und umgekehrt für den Schaden, den eine Verhinderung der Einfuhr dieser Ware anrichten müsste. Dieses Argument hat auch den nicht zu unterschätzenden Vorteil, dass es in der Propaganda gut zu verwenden ist, weil jedermann als Konsument den Einkommensgewinn aus niedrigen Preisen einsieht. Dieser Aspekt ist jedoch einseitig und bietet nur eine Teilansicht des Problems. Daraus erklärt es sich, dass gegen die Freihandelslehre immer wieder der Einwurf erhoben wird, dass sie einseitig das Konsumenteninteresse im Auge habe und übersehe, dass es nicht nur auf niedere Preise, sondern auch auf Arbeitsmöglichkeit, kurz auf das Produzenteninteresse ankommt. Diesem Einwand kann der Freihändler durch den Nachweis begegnen, dass nicht nur die Preise gesenkt werden, sondern auch eine Verschiebung von Produktionsmitteln an andere Stellen der Volkswirtschaft, wo sie mehr leisten können, erfolgt. Damit sind wir aber wieder bei unserem ersten, fundamentalen Argument angelangt. Wollte man in der Preissenkung allein einen ausreichenden Grund für die freie Einfuhr sehen, so müsste man übrigens folgerichtig für Ausfuhrzölle eintreten. Denn eine Erschwerung der Ausfuhr muss ja zu einer Preissenkung der betreffenden Ware im Exportland führen.

Die freie Ein- und Ausfuhr wirkt auch dadurch günstig auf alle beteiligten Länder, dass sie eine schädliche Monopolbildung verhindert oder erschwert... Wir haben schon ... hervorgehoben, dass in kleinen, durch Zölle abgeschlossenen Wirtschaftsgebieten die Gefahr besteht, dass in vielen Industriezweigen, in denen der Großbetrieb bedeutende Vorteile mit sich bringt, die optimale Betriebsgröße nicht erreicht werden kann, weil dafür der Absatz zu klein ist. Die Kehrseite dieses Zustandes ist die Monopolbildung. Es bringt dies eine dreifache Schädigung mit sich.

Erstens würde bei Freihandel jedes Land sich auf einige wenige Produktionszweige spezialisieren, und es könnte überall die optimale Betriebsgröße erreicht und die Kosten gesenkt werden... Nicht nur diese Vorteile der Arbeitsteilung gehen verloren, wenn der freie Verkehr unterbunden wird, sondern es können auch – *zweitens* – die Preise von den sich bildenden Monopolen in Ausnützung ihrer Monopolstellung noch über die infolge der Notwendigkeit, im kleinen zu produzieren, gestiegenen Kosten gehoben werden.

Drittens bringt die Ausschaltung des freien Wettbewerbs erfahrungsgemäß eine Verschlechterung der Wirtschaftsführung mit sich. Der freie Handel übt eine starke erzieherische Wirkung aus, indem er die inländischen Unternehmungen der ausländischen Konkurrenz aussetzt, sie dadurch zu Höchstleistungen anspornt und zwingt, alle Verbesserungen und Neuerungen im Produktionsprozess, die irgendwo gemacht werden, möglichst schnell einzuführen.

Der freie Handel ist allerdings kein absolut sicheres Mittel gegen alle Monopolbildung. Auch unter der Herrschaft des Freihandels werden sich Monopole bilden:

Internationale Monopole (Kartelle)... Es ist vielleicht eine Übertreibung, zu sagen, dass *jedes* Kartell und *jeder* Trust das Geschöpf eines Zolles sei – „The Tariff is the Mother of Trusts“¹¹ – dass aber die *Mehrzahl* der Kartelle nur durch den Zollschutz zusammengehalten werden, lässt sich nicht bestreiten... Würden die Zölle abgeschafft, so würden zahlreiche Unternehmungen, die heute – jedes in seiner Branche – in ihren Wirtschaftsgebieten eine Art Monopolstellung einnehmen, diese verlieren; die Mehrzahl der bestehenden Kartelle müsste verschwinden oder wäre zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Denn bei Abwesenheit eines Zollschutzes lässt sich eine Monopolstellung in einem Gebiete nur bis zu der durch die Frachtkosten gezogenen Preisgrenze ausüben... Das Augenmaß und allgemeine Überlegungen lehren, dass man gut tut, die Bedeutung der internationalen Kartelle für den Welthandel nicht allzu hoch einzuschätzen.

b) *örtliche Monopole*. Diese örtlichen Monopole verdanken ihre Entstehung bei Abwesenheit von Zöllen der Frachtlage, also einem Umstand, der ebenso wirkt wie Zölle. In Produktionszweigen, deren Produkte nur zu hohen Kosten transportiert werden können, wird unter Umständen die durch eine Betriebsvergrößerung erzielbare Kostensenkung durch die Steigerung von Transportkosten infolge der mit der Betriebesvergrößerung verbundenen Vergrößerung des Absatzgebietes aufgewogen. Wenn dieser Fall eintritt, wird sich nicht ein einheitliches Marktgebiet mit einem Einheitspreis, so wie es die Preistheorie beschreibt, herausbilden, sondern eine Reihe aneinanderstoßender und sich teilweise überschneidender Monopoldistrikte mit Konkurrenzpreisbildung in den strittigen Grenzgebieten und Monopolpreisen im innern dieser Distrikte. Diese Monopolpreise können zwar über die Produktionskosten steigen, aber nur im Ausmaß der Frachtkosten...

Für den Laien ist das Bestehen von Arbeitslosigkeit in einem Industriezweig meistens schon eine ausreichende Rechtfertigung für die Einführung eines Zolles. Es ist natürlich nicht zu bestreiten, dass der Arbeitslosigkeit *in einem einzelnen Wirtschaftszweig*, solange noch Importe stattfinden und wenn die Nachfrage nicht vollkommen elastisch ist, durch Gewährung eines Zollschutzes entgegengewirkt werden kann. Das ist ja nur eine Folge der Produktionssteigerung in diesem Produktionszweig, deren Möglichkeit auch der Freihändler zugibt, mit deren Feststellung jedoch für die Gesamtwirkung eines Zolles nicht das geringste bewiesen ist. Die Frage ist vielmehr die, ob die *Gesamtarbeitslosigkeit* vermindert werden kann; ob nicht der Verminderung an einer Stelle eine Vergrößerung an anderer Stelle gegenübersteht; konkret gesprochen: ob nicht in den Exportindustrien ebenso viele oder mehr Arbeiter freigesetzt und arbeitslos gemacht werden, als im zollgeschützten Industriezweig neu eingestellt werden können...

Was den Produktionsfaktor *Arbeit* betrifft, wird man wohl sagen müssen, dass er auf die Dauer, abgesehen von einigen Ausnahmefällen, von allen Produktionsmitteln das vielseitigste ist. Auf kurze Frist gesehen, verschiebt sich allerdings auch hier das Bild sehr bedeutend. Jeder Übergang von einer Industrie zur anderen oder auch nur von einem Betrieb zum andern ist für den Arbeiter mit vorübergehenden oder dauernden Einkommenschmälerungen und sonstigen Unannehmlichkeiten verbunden und es wird daher jeder Änderung zäher Widerstand

¹¹ Berühmter Ausspruch des amerikanischen Zuckerindustriellen Havenmeyer vor der Industrial Commission 1900...

entgegengesetzt. Es ist eine unbestrittene Tatsache, dass die Anpassungsfähigkeit und Mobilität der Arbeitskraft in der modernen Entwicklung immer mehr herabgesetzt wird. Das ist einerseits auf die Arbeiterbewegung, den Einfluss der Gewerkschaften, die Eingriffe des Staates (Arbeitslosenunterstützung) und andererseits darauf zurückzuführen, dass sich in früheren Jahrzehnten bei einem stürmischen Wachstum der Bevölkerung sich Verschiebungen mehr in einer Ablenkung des Nachwuchses statt in tatsächlichen Wanderungen vollzogen.

Wir können daher sagen: Die Arbeiterklasse als ganze hat im long run vom internationalen Handel nichts zu fürchten, da der Faktor „Arbeit“ der vielseitigste von allen ist und sowohl in jenen Industrien, deren Produkt bei Freihandel eingeführt wird, als auch in den Exportindustrien seinen Platz findet. Die Arbeiterklasse muss daher durch die allgemeine Erhöhung der Produktivität infolge der internationalen Arbeitsteilung gewinnen, ohne befürchten zu müssen, durch eine *Verteilungsverschiebung* viel zu verlieren. Es ist daher konsequent, dass die politischen Vertreter der Arbeiterklasse, die sozialistischen Parteien, in der Regel freihändlerisch eingestellt sind.

Von einem kurzfristigen Standpunkt aus können sich jedoch für *spezialisierte und immobile Arbeitergruppen* (ebenso wie für die Besitzer spezifischer *sachlicher* Produktionsmittel) starke Einkommensminderungen ergeben, wenn aus irgendeinem Grunde die ausländische Konkurrenz übermächtig wird. Das ist um so bedenklicher, als ja beim Faktor „Arbeit“ der Preismechanismus nicht reibungslos funktioniert. Der Faktor Arbeit wird nicht erst dann arbeitslos, wenn sein Preis auf Null gesunken ist, so wie eine Maschine erst dann ausrangiert wird, nachdem ihr Wert auf Null abgeschrieben wurde, sondern er versagt seinen Dienst schon viel früher, *zumal* die Macht der Gewerkschaften und staatliche Eingriffe die Löhne nicht unter eine bestimmte Grenze sinken lassen. Als Folge entsteht dann chronische Arbeitslosigkeit in den exponierten Wirtschaftszweigen.

Aus: Gottfried Haberler: *Der internationale Handel*, Berlin/Heidelberg/New York 1970 (Reprint d. Ausg. 1930), S.164, 241f, 245, 165, 190f, 145f

* Mit Genehmigung des Verlages *Julius Springer*, Heidelberg

Jagdish Bhagwati (1988):

Multilateralismus und Entwicklung

Der in Indien geborene Ökonom Jagdish Bhagwati, Jahrgang 1934, gehört zu den engagiertesten Verfechtern des Freihandels unter den heutigen Ökonomen. Bhagwati lehrt an der New Yorker Columbia University und berät u.a. den Generalsekretär der UN in Außenhandels- und Globalisierungsfragen. Ebenfalls als Berater ist er für die *World Trade Organisation* (WTO) tätig. Freihandel, so argumentiert Bhagwati, nutze gerade der Dritten Welt und Protektionismus schade ihr – wofür er immer wieder in seinem Heimatland Indien Beispiele findet.

Bhagwati ist zudem ein Gegner einseitiger – das Meistbegünstigungsgebot umgehender – nationaler Zollpolitik, sondern setzt auf den Multilateralismus. Mit dem *General Agreement on Trade and Tariffs* (GATT) begann 1948 auf breiter Front der Abbau von Handelshemmnissen durch internationale Abmachungen. Der folgende Auszug aus Bhagwatis Buch „Protectionism“ aus dem Jahre 1988 zeigt die Erfolge dieses Politikansatzes für die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg auf. Da gerade die *World Trade Organisation* (WTO), die 1995 aus dem GATT hervorging, als Schaltstelle des Multilateralismus in den letzten Jahren zur Zielscheibe der Kritik durch die Globalisierungsgegner geraten ist, sollte man sich diese Bilanz einmal deutlich vor Augen halten.

Die Architekten der liberalen Nachkriegsordnung und der folgenden Liberalisierung des Handels waren nicht allein intellektuell von den Vorteilen des freien Warenverkehrs überzeugt. Sie konnten auch auf ein aussagekräftiges historisches Beispiel zurückgreifen: nämlich auf die Erfahrung mit Zöllen, die weithin als vehementer Fehlschlag galten.

Die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre ging mit einer Politik einher, zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit auf Biegen und Brechen niedrige Wechselkurse und hohe Zölle zu erzwingen, wodurch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auf Kosten der anderen Handelspartner für die eigene Industrie reserviert werden sollte. Zwar nimmt kaum jemand an, dass diese Politik für die Depression verantwortlich war, gab es doch viele weitere Kandidaten für die Rolle des Sündenbocks. Gewiss lässt sich aber argumentieren, dass die Eskalation der Zölle zur Verschärfung der Depression beigetragen hat.

Jedenfalls verstärkte und hielt sich der Eindruck, dass die von Smoot-Hawley¹² gefeierte Orgie der Zollerhöhungen, bei der praktisch jede Branche ihre eigenen „maßgeschneiderten“ Zölle erhielt (was natürlich zur Folge hatte, dass sich andere Länder mit Gegenmaßnahmen rächten und die Depression eskalierte), eine Katastrophe war.

Wie John Kenneth Galbraith über einen seiner ökonomischen Gegner spöttelte, lag dessen ganzes Unglück darin begründet, dass seine Theorien angewandt wurden – im Elfenbeinturm hatten sie zwar geblüht, aber im Alltag welkten sie sofort. Für Verfechter des freien Handels bedeutete das umfassende Scheitern der Zölle und ihre offenbar verheerenden Auswirkungen während der Depression eine klare Bestätigung ihrer Auffassungen.

Dadurch erhielten die auf freieren Handel gerichteten Kräfte neuen Auftrieb, und der ideologische Impuls zugunsten liberaler Handelsprinzipien, die sich bis zum heutigen Tage am Leben erhielten, wurde gestärkt.

¹² Smoot-Hawley Tarif: Von den USA im Juni 1930 verabschiedete Schutzzölle, die die Depression von 1929 auf Jahre hin verschärften und weltweit heftige Handelskriege auslösten. Benannt nach seinen Urhebern, dem Abgeordneten Willis C. Hawley und dem Senator Reed Smoot, beide Republikaner. (Anm. d. Hrsg.)

Zwar teilten später alle von der Depression betroffenen Länder diese Neigung zum freien Handel, aber der wichtigste Konvertit waren die Vereinigten Staaten. Das war entscheidend, denn die USA setzten sich zunehmend als Großmacht durch und spielten nach dem Zweiten Weltkrieg eine führende Rolle in der Weltwirtschaft. Bei einigen nachdenklichen amerikanischen Politikern hatte die Krise schon vor dem Krieg eine drastische Veränderung ihrer Handelsstrategie ausgelöst.

Der institutionelle Rahmen, in dem die Durchsetzung der Smoot-Hawley-Zölle so einfach möglich war, wurde reformiert. Durch sein eigenes Scheitern und das scharfe Votum der Wähler aufgeschreckt, stimmte der Kongress, der sich zuvor allen Einzelforderungen nach Schutzzöllen gebeugt hatte, in einer klassischen Machtübergabe zu, Planung und Verwaltung der Handelspolitik in die Hände der Exekutive zu legen, die weniger für den Druck der Wahlkreise anfällig war. Gleichzeitig wurde eifrig darüber verhandelt, die nach der Depression errichteten Zollschranken abzubauen, was mit dem Gesetz über wechselseitige Handelsabkommen von 1934 geschah; verantwortlich war ein Zweig der Exekutive, der sich nicht nur den - direkten oder indirekten, im Kongress lancierten - Forderungen protektionistisch eingestellter Wahlkreise entziehen konnte, sondern auch sehr darauf bedacht war, die neue Stimmung zugunsten des freien Handels zu fördern. Diese Stimmung lag auch der institutionellen Ausgestaltung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) bei Ende des Krieges zugrunde....

Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) beseitigte die Handelsschranken nicht auf einen Schlag, sondern war ein Schutz, unter dem der Abbau von Zöllen vollzogen wurde. Die Senkung der Zölle zog sich über sieben Verhandlungsrunden hin (hinzu kam die seit September 1986 andauernde „Uruguay-Runde“). In den Vereinigten Staaten sanken die Durchschnittszölle während der 33 Jahre zwischen der Genfer Konferenz von 1947 und der Tokioter Konferenz von 1980 um fast 92 Prozent... Anfang der achtziger Jahre lag das Zollniveau in den USA bei 4,9, in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei 6,0 und in Japan bei 5,4 Prozent...

Wenn die Liberalisierung des Handels in der Nachkriegszeit auf dem Abschreckungseffekt des Smoot-Hawley-Zolls beruhte, lässt sich die heutige auf die Vorbildfunktion dieser Zeit zurückführen. Hinzu kommt, dass die Auffassung, der Nachkriegswohlstand sei durch die Freisetzung des Handels genährt (wenn nicht gar bewirkt) worden, erheblich dazu beigetragen hat, die vererbte liberale Haltung früherer Jahre zu stärken.

Die Erfahrungen der Nachkriegszeit veranlassten auch zuvor gegen freien Handel eingestellte Politiker in den Entwicklungsländern, ihre Haltung zu ändern und alle protektionistischen Exzesse zu beenden. Ihr Gesinnungswandel ging auf die großartige ökonomische Leistung der Länder (besonders der „Vier kleinen Tiger“ Ost-Asiens) zurück, die ihre Handelssysteme in den fünfziger Jahren liberalisiert hatten.

Diese Entwicklung war äußerst wichtig. Nicht nur zeigte sie den Entwicklungsländern, dass die Liberalisierung des Handels selbst für Staaten, die wegen ihrer Rückständigkeit gegen freien Handel eingestellt sind - mit guten Dividenden einhergeht; er weckte auch Zweifel daran, ob der Erfolg dieser Länder auf freiem Handel oder auf protektionistischen Maßnahmen beruhte.

Ich möchte diese Phänomene zunächst auf die Handelsstrategie der Entwicklungsländer beziehen, um dann allgemeinere Fragen anzusprechen, die mit neuen Entwicklungen in der Theorie der Handelspolitik zu tun haben.

Die traditionelle Theorie, die den protektionistischen Maßnahmen der Entwicklungsländer Zugrunde lag, geriet ins Wanken, als die „Vier kleinen Tiger“ ihren Handel mit Erfolg liberalisierten.

Während der fünfziger Jahre hatte die interne protektionistische Strategie mehrerer Entwicklungsländer, sich handelspolitisch für Importersatz zu entscheiden, vier Elemente, die in verschiedenen Kombinationen auftraten:

Am wichtigsten war zweifellos, dass die Entwicklungsländer ihre Exportchancen pessimistisch beurteilten. Ragnar Nurkse (1959)¹³ hat diesen Pessimismus meisterhaft dargestellt. Man befürchtete, in den Entwicklungsländern sei Wirtschaftswachstum kaum möglich, weil es ein Exportniveau erfordert hätte, das für die übrige Welt nicht zu verkraften war. Die notwendige Folge war eine Investitionspolitik des „(sektoral) gleichmäßigen Wachstums“, nach der die Länder zunehmend für den eigenen Bedarf produzieren mussten. Daher war staatliche Förderung des Imports notwendig und geboten. Dieses Argument rechtfertigt jedoch keinen pauschalen Protektionismus, aber genau diesen hatte es in der Praxis primär zur Folge. Weil auch Ökonomen dem Herdentrieb ausgesetzt sind, überrascht es nicht, dass die Schriften vieler einflussreicher Kenner der Entwicklungsländer aus den vierziger und fünfziger Jahren pessimistisch gegenüber dem Export eingestellt waren. Zum Beispiel meinte Paul Rosenstein Rodan (1943)¹⁴, dass einzelne Anleger nur investieren würden, wenn sich gleichzeitig auch andere dazu entschlossen, so dass er es für notwendig hielt, die Koordination der Investitionen zu planen, um allen Anlegern einen Markt zu garantieren. Dieses Problem wäre jedoch nicht zwingend entstanden, wenn die internationalen Märkte hätten aufnehmen können, was die einzelnen Investoren herstellten und verkauften. Raul Prebisch (1952)¹⁵ vertrat die bekannte und einnehmende These, dass die Rohstoff-Exporte der Entwicklungsländer langfristig sinken mussten, weshalb sie gezwungen waren, ihre künftige Produktion von Fertigwaren zu schützen.

Zwar förderte die pessimistische Einschätzung der Exporte intern ein Ethos des freien Handels, aber der Gnadenstoß für den freien Handel kam aus einer ganz anderen Richtung. Im Gegensatz zu den Absichten derer, die den Internationalen Währungsfonds gegründet und in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen böse Erfahrungen mit wettbewerbsorientierten Kursabwertungen gemacht hatten, so dass sie Maßnahmen anordneten, um Schwankungen der Kurse zu verhindern, erwies sich das Wechselkurssystem der Nachkriegszeit als sehr unflexibel. Besonders in vielen Ländern Lateinamerikas wurden die Wechselkurse nur sehr schleppend an die hohen Inflationsraten angepasst, und die daraus resultierende starke Überbewertung förderte Devisenkontrollen und Handelsbeschränkungen. Wie wir heute sehr genau wissen, spielt diese Überbewertung für den Protektionismus eine entscheidende Rolle. Außerdem bewirkte sie, dass in einigen Entwicklungsländern „automatisch“ pauschale Schutzmaßnahmen ergriffen wurden. Zum Beispiel wurden in Brasilien das „Gesetz der Gleichwertigkeit“ und in Indien das Prinzip der „Verfügbarkeit im Inland“ angewandt, um Importe – ohne Rücksicht auf die Kosten – auszuschließen, sofern Substitute vorhanden waren (auch wenn diese ungeeignet oder unrentabel waren); als primäres Ziel galt, „Devisen zu sparen“.

Allerdings sollten wir nicht vergessen, dass der Schutz junger Industrien – selbst im Rahmen der klassischen Theorie über Gewinne aus Spezialisierung und Handel – völlig legitim ist. Doch junge Industrien rechtfertigen keinen pauschalen Protektionismus; außerdem sind nicht

¹³ Ragnar Nurkse: *Patterns of Trade and Development*, 1959

¹⁴ Paul Rosenstein-Rodan: *Problems of Industrialization of Eastern and South-Eastern Europe*; in: *Economic Journal*, 53, 1943

¹⁵ Raul Prebisch: *Problemas Teoricos y Practicos del Crecimiento Economico*, 1952.

Schutzmaßnahmen gefragt (die dem Außenhandel schaden), sondern Förderprogramme (zum Beispiel durch inländische Subventionen, die dem Außenhandel nicht schaden). Gleichwohl wurden beide Argumente – das über junge Industrien und das auf die Zahlungsbilanz bezogene der Devisenknappheit – unkritisch übernommen und durch GATT-Artikel XVIII (B) mit internationaler Zustimmung versehen.

Weitere Unterstützung für die Idee, junge Industrien seien pauschal zu schützen, kam von der These, Spezialisierung auf Rohstoffe sei politisch für einen modernen Staat nicht annehmbar. Die Entscheidung für „Holz und Wasser“ könnte wirtschaftlich zwar von Nutzen sein, würde aber in der Staatengemeinschaft mit einem Prestigeverlust einhergehen. (Wie Oscar Wilde über das erste Beispiel von Wohlstand durch Rohstoffproduktion sagte: „Neben dieser Welt und der nächsten gibt es noch Neuseeland.“) Das politische Eintreten für Industrialisierung war oft mit der Überzeugung verbunden, dass die Fertigung erhebliche Folgekosten – etwa für den Aufbau eines wissenschaftlichen Systems, das Innovation und technischen Wandel fördert – nach sich zog, die sich nicht voll in den Marktpreisen niederschlugen. Abgesehen von der jeweiligen Mischung der Motive, „politisches Prestige“ und „wirtschaftliche Folgekosten“, lässt sich kaum daran zweifeln, dass die Entwicklungsländer in den fünfziger Jahren, als sie nicht nur unabhängig wurden, sondern auch stark auf Primärproduktion und Exporte setzten, teilweise für diese Argumentationslinie anfällig waren. Der Historiker Edward Carr führte die Argumentation 1951¹⁶ wortreich aus:

Wogegen Asien und Afrika grundsätzlich revoltieren, ist die im neunzehnten Jahrhundert vollzogene Aufteilung der Welt zwischen fortschrittlichen und rückständigen Völkern, die eine intensive Industrialisierung bestimmter Länder auf Kosten anderer zur Voraussetzung hat. Wie immer sich diese Revolte äußern mag, ob politisch oder ökonomisch, sie wird täglich unsere Aufmerksamkeit beanspruchen. Politische Unabhängigkeit und Gleichheit reichen nicht mehr aus. Diese Errungenschaften, die überragend wichtig erschienen, solange sie außer Reichweite lagen, gelten heute als hohl und unwirklich, wenn sie nicht durch die Realität wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Gleichheit ergänzt werden. ... Heute haben alle die Lektion gelernt und begriffen, dass umfangreiche moderne Maschinenindustrien mit einem hohen materiellen Lebensstandard, einer stark differenzierten Bildung und Kultur sowie mit politischer und militärischer Macht und mit Prestige einhergehen. Rückständige Nationen haben sich allein durch den Prozess der Industrialisierung in fortschrittliche verwandelt. ... Industrie ist das Symbol des Fortschritts, Nachahmung die letzte und ehrlichste Form des Tributs, den der kolonisierte Osten an die industrialisierte Welt bezahlt (S. 94, Hervorhebungen von mir).

Diese Vorstellungen förderten jene anderen ökonomischen Argumente, aus denen das Eintreten für protektionistische Strategien des Importersatzes folgte.

Im Laufe der Nachkriegszeit verloren die oben entfalteten Argumente an Einfluss. Allein die Tatsache, dass viele Entwicklungsländer auf eine mehr als zwei Jahrzehnte alte Geschichte der Industrialisierung zurückblickten, hatte zur Folge, dass diese immer weniger mit protektionistischen Argumenten zu begründen war. Weit wirkungsvoller erschien dagegen, dass die ihren Handel liberalisierenden Länder demonstrierten, wie sehr ihre überlegene Exportleistung zu einer erfolgreicherem und stärkeren Industrialisierung beigetragen hatte als protektionistische Maßnahmen. Indem sie die äußeren Märkte mindestens ebenso attraktiv machten wie die heimischen, aber auch, indem sie sich politisch für mehr Exporte entschieden,

¹⁶ Edward H. Carr: *The New Society*, London 1951

ermöglichten diese Länder ihren neuen Industrien rasches Wachstum, so dass sie die Grenzen der kleineren Binnenmärkte bald durchbrachen.

Man nehme den scharfen Kontrast zwischen Süd-Korea und Indien – zwei Schulbeispiele für freien Handel und Protektionismus. Süd-Koreas Exporte von Fertigwaren, die 1962 noch kaum ins Gewicht fielen, hatten bis 1980 fast den vierfachen Wert der indischen erreicht. 1970 besaß der Fertigungssektor Süd-Koreas (im Sinne der Wertschöpfung) noch nicht ein Viertel der Größe des indischen; 1981 lag der Anteil bei sechzig Prozent. Dieser unterschiedliche Erfolg bei der Industrialisierung – nicht bloß auf das allgemeine Wirtschaftswachstum bezogen zeigte bei den liberalen und bei den protektionistischen Ländern so krasse Abweichungen, dass die altmodische Sicht, Protektionismus fördere die Fertigung, in den Entwicklungsländern ihre Überzeugungskraft verlor."

Die wichtigsten Fortschritte betrafen jedoch das Muster, die Wechselkurse nur schleppend anzupassen, so dass deren Überwertung keine so wichtige Rolle mehr für protektionistische Maßnahmen spielte. Wie man deutlich (aber nicht nur) an den „Vier kleinen Tigern" sah, konnten die Beseitigung exporthemmender Faktoren und die aktive Förderung des Exports die Ausfuhrleistung so drastisch steigern, dass der entsprechende Pessimismus von Nurkse et al. seine Basis verlor. Die Steigerung des Exports half auch anderen Wirtschaftssektoren – ein Zusammenhang, der besonders im Fall der „Vier kleinen Tiger", aber auch für andere Länder, nachgewiesen wurde. So liegen chronologische Studien für mehrere Staaten vor, die ihren Handel in den sechziger und frühen siebziger Jahren zunehmend liberalisierten.

Daher gab die orthodoxe Theorie sehr rasch ihre alte Orientierung an den Vorteilen des Protektionismus und der daraus resultierenden Strategie des Importersatzes auf und betonte nun die Tugenden des freien Handels und einer nach außen gerichteten Strategie der Exportförderung...

Doch dies unterstreicht nur, dass die aktuelle Lage sowohl Chancen bietet, als auch angreifbar macht, und damit eine sachkundige, weitsichtige und kontinuierliche Strategie erfordert, die von der Wirtschaftswissenschaft und von politischem Gespür inspiriert sein sollte.

Abschließend möchte ich versichern, dass ich es mit vorsichtigem Optimismus für möglich halte, den Protektionismus langfristig einzudämmen. Dabei denke ich erneut an Ragnar Nurkse, der die Zukunftsperspektive des Welthandels pessimistisch beurteilte und dann durch die glorreichen fünfziger und sechziger Jahre widerlegt wurde. Ich hoffe, dass mein Optimismus auf eine nachsichtigere Zukunft stoßen wird.

Jagdish Bhagwati: *Geschützte Märkte. Protektionismus und Weltwirtschaft*, übers. v. H.G. Holl, Frankfurt/M. 1990, S.25f, S.6f, S.99ff, S.144

Otto Graf Lambsdorff (1995):

Protektionismus: Der moderne Imperialismus

Otto Graf Lambsdorff, Jahrgang 1926, ist Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung. Von 1972 bis 1998 war er Mitglied des Deutschen Bundestags, von 1977 bis 1984 Bundeswirtschaftsminister, von 1988 bis 1993 Bundesvorsitzender der Freien Demokratischen Partei und zwischen 1991 und 1994 der Präsident der Liberalen Internationalen. In allen diesen Funktionen hat er sich durch seine klaren freihändlerischen und marktliberalen Überzeugungen hervorgetan, weshalb er bisweilen in der Presse mit der Bezeichnung „Marktgraf“ bedacht wurde.

Die Idee, dass Protektionismus etwas mit Imperialismus zu tun haben könnte, mag heutzutage nicht jedem geläufig sein. Eher scheint für viele das Gegenteil davon der Fall zu sein. Freihandel – der unbeschränkte Kapitalismus auf internationaler Ebene – sei *fons et origo* allen imperialistischen Übels. Wer die Geschichte der Freihandelsidee allerdings unvoreingenommen studiert, wird schnell klüger. In der Tat verdanken wir der Freihandelsbewegung des 19. Jahrhunderts wohl überhaupt die ersten moralischen Zweifel am Imperialismus überhaupt. Waren in der vor-liberalen Ära des *Merkantilismus* Krieg und Eroberung – die damalige Form der Ausbeutung – die unausweichliche Folge der zugrundeliegenden ökonomischen Ideen, so brach sich mit dem Beginn der liberalen Bewegung vor allem in England eine Politik Bahn, die den Imperialismus nicht nur moralisch verdammt, sondern auch zugleich seine wirtschaftlichen Grundlagen unterminieren wollte.

Schon *Adam Smiths* recht offene Sympathie für die nach Unabhängigkeit strebenden amerikanischen Kolonien, die er 1776 in seinem klassischen Werk *The Wealth of Nations* zeigt, deutet bereits auf den Zusammenhang hin. Es waren die heute zu Unrecht vielgeschmähten *Manchesterliberalen* des 19. Jahrhunderts, die die Gedanken von Freihandel, allgemeinem Volkswohlstand, Frieden und Anti-Imperialismus zu einer großen Bewegung verschmolzen. *Richard Cobden*, einer der führenden Köpfe der Manchesterliberalen, machte in einem Brief von 1842 deutlich, dass es ihm nicht um bloße ökonomische Vorteile für sein Land oder gar eine „bürgerliche Kapitalistenschicht“ (wie man den Manchesterliberalen oft unterstellt) ging: „... die Kolonialpolitik Europas war die Hauptursache von Kriegen in den letzten einhundertundfünfzig Jahren. Wiederum, der Freihandel wird unweigerlich, indem er die wechselseitige Abhängigkeit der Länder untereinander sichert, den Regierungen die Macht entreißen, ihre Völker in den Krieg zu stürzen.“

Am Ende des Kampfes der Freihandelsbewegung stand eine Welt, in der das Ende von Krieg, Kolonialismus und Imperialismus zum Greifen nahe schienen. Der Ökonom *John Maynard Keynes* hat es in seiner Schrift *The Economic Consequences of the Peace* 1919 farbig dargestellt: „Was für ein außerordentliches Zwischenspiel in dem wirtschaftlichen Fortschritt des Menschen war doch das Zeitalter, das im August 1914 endete. Der größere Teil der Bevölkerung arbeitete freilich hart und hatte eine niedrige Lebenshaltung, war aber allem Anschein nach mit diesem Lose einigermaßen zufrieden. Denn für jeden irgend über den Durchschnitt Fähigen und Willenskräftigen war der Aufstieg in die Mittel- und Oberklasse möglich, denen das Leben mit geringen Kosten und sehr wenig Mühe Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten weit hinaus über den Gesichtskreis der reichsten und mächtigsten Monarchen anderer Zeitalter bot... Die Pläne der Politik des Militarismus und Imperialismus, der Nebenbuhlerschaft von Rassen und Kulturen, der Monopole, Handelsbeschränkungen und Ausschließungen, die die Schlange in diesem Paradiese spielen sollten, waren wenig mehr als Gerede in seiner Tageszeitung und

schiene fast keinen Einfluss auf den gewöhnlichen Lauf des geschäftlichen und wirtschaftlichen Lebens zu üben, dessen Internationalisierung praktisch fast vollendet war."

Doch die Katastrophe von 1914, die dieser liberalen Vision ein Ende bereitete, kam nicht von ungefähr. Die Gegner hatten bereits unmerklich das gewonnene Terrain zurückerobert. In Deutschland begann es 1878 mit Bismarcks Abkehr vom Freihandel, der sich leider auch bald viele Liberale anschlossen. Fast alle europäischen Mächte folgten dem Beispiel. Schlimmer als die Feinde waren dabei – damals wie heute – die falschen Freunde.

Der hohe moralische Anspruch der Freihandelsbewegung des 19. Jahrhunderts hat es wohl bewirkt, dass selbst diejenigen, die liberalem Gedankengut sonst sehr offen feindselig gegenüberstehen, die Offenheit in diesem Falle nicht so deutlich zur Schau stellen. In der Tat wagen selbst die größten Kritiker wirtschaftlicher Freiheit bis heute nur selten, sich offen zum Protektionismus zu bekennen. Oft genug haben sich die Gegner daher selbst mit dem Bekenntnis zum Freihandel geschmückt, um so Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen, die weder den hohen moralischen Zielen der Freihandelsbewegung noch praktisch dem Freihandel halfen.

Es mag wie eine Ironie der Geschichte klingen, dass ausgerechnet die Imperialisten, denen der Kampf der Manchesterliberalen hauptsächlich gegolten hatte, sich als erste dieser Tarnkappe bedienten. Unzählige andere folgten ihnen darin, wobei jeder mit dazu beitrug, dass heute der moralische Glanz des Wortes Freihandel nicht mehr ganz in dem hellen Licht erstrahlt, wie es zu Beginn tat. Mehr der Missbrauch der Idee als die Idee selbst hat dazu beigetragen.

Sir John Seeley, der wohl bedeutendste literarische Vertreter des aggressiven Imperialismus Englands Ende des 19. Jahrhunderts hat es in seinem 1883 veröffentlichten Buch *The Expansion of England* vorexerziert. Er schreibt dort: „Der Handel mag für sich selbst genommen den Frieden favorisieren, aber wenn der Handel durch einen Regierungserlass künstlich aus einem vielversprechenden Territorium ausgeschlossen ist, dann favorisiert der Handel genauso natürlich den Krieg.“ Damit, so Seeley, würde der freie Handel auch des expansiven Staates bedürfen, um sich Bahn zu brechen. Der Wettbewerb der Staaten wäre nur eine Folge des Wettbewerbes in der Wirtschaft. Daher: „Aber untrennbar mit der Stimulierung des Handels war die Stimulierung der internationalen Rivalität verbunden. Das Ziel jeder Nation war es nun, ihren Handel zu erweitern, nicht indem sie auf die Wünsche der Menschheit wartete, sondern durch eine ganz andere Methode, nämlich indem sie in den exklusiven Besitz eines reichen Teils der Neuen Welt kamen.“

Damit hat Seeley eine verzerrte Darstellung des Prinzips des freien Handels gegeben, die auch heute noch in den Köpfen vieler Politiker herumgeistert. Wir hören sie täglich. Es lohnt sich, ihnen in ihrem modernen Gewande nachzugehen, um dann herauszufinden, dass es sich nur um alte Fehler in neuer und verführerischer Aufmachung handelt.

Um es gleich vorweg zu sagen. Der Eroberungsimperialismus der Weltmächte zur Zeit Seeleys ist heute natürlich – hoffentlich – nur noch ein Randproblem. Der moderne Imperialismus des Protektionismus geht heute wesentlich subtiler vor. Doch im Kern sind die rechtfertigenden Argumente die gleichen geblieben.

So zum Beispiel die These, dass es für den freien Markt auch eines einheitlich geregelten politischen Raumes bedürfe, die den Annahmen Seeleys zugrunde liegt. Vom martialischen Beiwerk bereinigt, finden wir sie zum Beispiel bei vielen sich marktwirtschaftlich gebenden Ideen der *Eurokratie* in Brüssel wieder. Wie steht es zum Beispiel mit den vielen Beschwörungen der *Europäischen Kommission*, dass die sogenannte „Harmonisierung“ Vorbedingung eines einheitlichen Marktes sei? Während im Bereich der europäischen Produktverordnungen der Harmonisierung durch die Judikative wenigstens einige kleine Fesseln angelegt wurden, so

scheint nun in den Bereichen Sozial- und Steuerpolitik der politische Aktionismus angesagt zu sein. Dabei ist es doch gerade der große Vorteil des Freihandels, dass er sich unter den Bedingungen konkurrierender politischer Systeme auch noch günstig auf die politischen Regeln selbst auswirkt. Ich wage zu behaupten, dass uns eine umfassende Harmonisierung der Steuersysteme insgesamt langfristig höhere Steuerlasten bringt, weil bisher die Aussicht, dass durch Kapitalabwanderung in andere Länder die Staatseinnahmen sinken, die Finanzminister wenigstens etwas zügelte. Auch kann man bezweifeln, ob einheitliche Regeln tatsächlich immer Transaktionskosten sparen. Gilt dies wirklich, wenn diese Einheitsregeln hinterher dem Wettbewerb entzogen sind? Kurz: Man kann mit Recht sagen, dass der Freihandel nicht unbedingt einheitliche Regeln braucht, aber die politischen Regeln brauchen den Freihandel. Man sollte also auch diese bescheidene und noch friedvolle Form von Seeleys imperialistischer Forderung nach Erzwingung einheitlicher Markt Voraussetzungen „von oben“ mit Vorsicht genießen.

Auch eine andere Vorstellung des Imperialisten Seeley geistert immer noch in den Köpfen vieler Menschen herum. Es ist der Glaube, dass der freie Handel selbst die politische Expansion fördert, weil er sie angeblich zum Überleben brauche. Es hat im Laufe der Geschichte zahlreiche Versuche gegeben, diese unhaltbare These mit missbrauchter ökonomischer Theorie zu untermauern. Es gelang nicht. Die leninistische Theorie, dass die chronischen Überproduktionskrisen der kapitalistischen Marktwirtschaft die Erzwingung neuer Absatzmärkte nötig mache, ist ein Beispiel hierfür. Hier wurde nicht nur das schon 1803 von dem französischen Ökonomen *Jean-Baptiste Say* entdeckte und nach ihm benannte „*Saysche Theorem*“ ignoriert, dass besagt, dass Produktion immer auch Nachfrage schaffe, weshalb *allgemeine Absatzkrisen* in einer wirklichen Marktwirtschaft fast unmöglich seien. Es wurde auch ignoriert, dass die Kapitalexporte und Exportzuwächse der europäischen Mächte auch zu Lenins Zeiten weiterhin hauptsächlich in die angeblich monopolisierten und gesättigten Märkte Europas, Amerikas und Australiens flossen – und nicht in die Kolonien. Auch erwiesen sich Kolonien von Anfang an entweder als gar nicht oder wenig profitabel. Gewinne durch die Kolonien basierten hauptsächlich auf Spekulation oder offener Protektion durch den Staat. Oft steckte dahinter schon ein offen protektionistischer Gedanke, nämlich dass es durch Sicherung von Rohstoffen darum ginge, weitgehend autark zu werden, um dann im Wirtschaftskrieg mit anderen Großimperialismen besser zu bestehen. Gehässige Kommentatoren könnten in der forcierten Schaffung von Großhandelsblöcken (NAFTA, EU etc.), die ursprünglich dem Freihandel dienen sollten, sich aber zunehmend abschotten, einen Parallellfall in der Gegenwart sehen. Wie dem auch sei, die ursächliche Verknüpfung von militärischer Expansion und vermeintlich konsequentem Freihändlertum, die Seeley hier postuliert, hat in besonderem dazu beigetragen, dass lange Zeit diejenigen Länder, die nachweislich den freien Handel am ehesten benötigten, ihm am feindlichsten gegenüberstanden. Seit den 60er Jahren war das Schlagwort vom „Neokolonialismus“ der Kampflogan des armen Südens (meist frühere Kolonien, die die praktische Seite von Seeleys Thesen nur allzu gut kannten) gegen den reichen Westen. Es ist menschlich nachvollziehbar, dass sie Freihandel mit dem Recht des Stärkeren gleichsetzten. Ökonomisch korrekt ist es dennoch nicht. Der Freihandel war, wie seine frühe europäische Geschichte schon zeigt, immer ein Instrument der Schwachen. So wie es beim Kampf der englischen Manchesterliberalen um Cobden vor allem die Arbeiter waren, die die Sache des Freihandels von Herzen unterstützten, so hätten die Länder der Dritten Welt eigentlich auch von Herzen freihändlerisch sein müssen. Indes, bis tief in die 80er Jahre waren es vor allem die reichen Industrieländer, die in der Entwicklungspolitik dem Prinzip der Marktöffnung (zumindest verbal) Vertrauen schenkten, während die ärmeren Länder tiefes Misstrauen gegenüber jeglichem Freihandel hegten. Dass die Industrieländer es in der Praxis selbst nie so ernst mit Marktöffnungen gegenüber der Dritten Welt meinten, trug mit zur Unterminierung des hohen

moralischen Anspruchs des Freihändlertums bei. Am Ende standen in den frühen 80er Jahren Ideen wie die des damaligen UNESCO-Generalsekretärs *M'Bow*, dass es sogar einer protektionistischen Kontrolle des internationalen Medienmarktes bedürfe, um die Politiker der Dritten Welt vor angeblich unfairer Berichterstattung durch westliche Medien zu schützen.

Genau wie eine solche „neue Weltmedienordnung“ nur dazu gedient hätte, menschenverachtende Regime zu stabilisieren, und die Unterdrückung zu verlängern, so hätte auch jeder andere Protektionismus nur Not verlängert. Das häufig zu hörende Argument – es wurde unglücklicherweise von einem Deutschen, nämlich *Friedrich List*, erfunden –, dass die „jungen“ Industrien unterentwickelter Länder erst geschützt werden müssen, um dann wettbewerbstauglich zu werden, hat dabei verheerende Wirkungen gezeigt. Wie ich einmal an anderer Stelle sagte: „Hinter Schutzzäunen finden keine Verbesserungen statt.“ Im Gegenteil, es ist sogar einigermaßen sicher, dass sich dabei hinter dem Zaun nicht derjenige durchsetzen wird, der wirtschaftlich konkurrenzfähig ist, sondern derjenige, der den besten Umgang mit der Politik pflegt. Oder, wie es Ende des vorigen Jahrhunderts der amerikanische Ökonom *Henry George* ausdrückte: „Das, was echte junge Industrien sind, hat kaum mehr Chance im Kampf um staatliche Förderung als es junge Ferkel gegenüber ausgewachsenen Schweinen am Fresstrog haben.“

Indes, es scheint sich doch der Glaube aller von sich eingenommenen Ökonomen zu bewahrheiten, dass ökonomische Kräfte sich langfristig immer gegen irrierte Ideen durchsetzen. In vielen Ländern der Dritten Welt – insbesondere in Lateinamerika und Asien – scheint der marktwirtschaftliche und freihändlerische Reformprozess wesentlich dynamischere Ausmaße anzunehmen als in der sogenannten Ersten Welt. Der in New York lehrende indische Ökonom *Jagdish Bhagwati* spricht sogar von einer „ironischen Umkehr“ (ironic reversal), nämlich dass heute diejenigen reichen Länder des „Nordens“, die einst auf „mehr Markt“ im internationalen Handel drängten, an dessen Wohltaten zweifelten, während die Länder des „Südens“ immer mehr davon überzeugt seien. Das gibt – wenigstens in einem Bereich – Grund zur Hoffnung, dass die Menschheit doch lernfähig ist.

Ein Grund, warum gerade die ökonomisch schwachen Länder nach langer Zeit den Freihandel für sich zu entdecken beginnen, mag in der moralischen Qualität – oder besser: dem moralischen Grundfehler – des Protektionismus liegen. Man kann es drehen und wenden – Protektionismus ist immer ein unentschuldig aggressiver Akt gegenüber anderen Menschen und Völkern. Er ist immer der Versuch, den eigenen Vorteil nicht in der freiwilligen Kooperation, sondern mit Gewalt zu suchen. Er dient fast immer dazu, anderen Menschen eine nicht gewollte Politik aufzuzwingen. Dies entspricht eindeutig imperialistischer Logik. Imperialistische Logik entspricht es auch, diesen unausweichlichen Umstand mit moralisierenden Floskeln zu beschönigen. Sir John Seeley liefert ein schönes Beispiel im Stile des alten Imperialismus, wenn er meint, dass die von Großbritannien vereinnahmten Länder in Indien bloße „Räuberstaaten“ (robber states) gewesen seien, weshalb das Imperium auch aus einem „philanthropischen Verlangen, enormen Übeln ein Ende zu bereiten“ zusammenerobert worden sei.

Auch heutiger Protektionismus ist eine Politik, die klar und ohne Umschweife Menschen anderer Länder in aggressiver Weise schädigt. Derzeit gibt es in der Bundesrepublik eine Diskussion über ein sogenanntes *Endsendegesetz*, das billigen ausländischen Arbeitskräften den Zugang zum deutschen Baugewerbe verunmöglichen soll. Dies wird mit Solidarität gegenüber der hohen Arbeitslosigkeit deutscher Arbeitnehmer in diesem Sektor begründet. Ich will die wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahme, die sicher bald ähnliche Wünsche in anderen Branchen aufkommen lässt, nicht diskutieren. Es wird damit der deutschen Volkswirtschaft

sicher enormer Schaden zugefügt. Was aber mehr verwundert, ist, dass niemand ein Wort über die portugiesischen und anderen Arbeiter verliert, die so um ihr Brot gebracht werden. „Soziale“ Rhetorik hat es offenbar fertiggebracht, einen Gewaltakt zu kaschieren. Am Prinzip hat sich seit Seeleys Tagen nichts geändert.

Ich habe bisher sehr viel Mühe darauf verwendet, die Parallelen zwischen den klassischen Imperialismus vom Type Seeleys und den subtilen Formen moderner Protektionismen darzulegen. Dies könnte den Eindruck erwecken, es hätte seit dem 19. Jahrhundert keinen wirklichen Erkenntnisfortschritt mehr gegeben. Dem ist nicht so! Zumindest, was die moralische Beschönigung aggressiver Bevormundungspolitik angeht, haben die Protektionisten unserer Zeit durchaus schöpferisch gewirkt. Ihr neuester Kampfslogan beweist dies: *Fair Trade*. Der Begriff wurde schon einmal Ende des 19. Jahrhunderts von englischen Protektionisten verwendet, die sich verbal zum Freihandel bekannten, aber meinten, er könne nur funktionieren, wenn sich alle anderen auch daran hielten. Ansonsten müsse man „reziprok“ mit Gegenmaßnahmen beginnen. Man braucht sich mit dieser Idee nicht lange aufzuhalten. Nähme man sie ernst, wäre der Beginn freihändlerischer Politik bis an das Ende der Geschichte verschoben. Ernst gemeint ist die Sache darüber hinaus auch meistens nicht. Mit den „Gegenmaßnahmen“ soll meist nicht wirklich Freihandel erzwungen werden, sondern das eigene protektionistische Interesse weiter gefördert werden. Man nehme nur den Kampf der *Clinton-Administration* in den USA gegen das angeblich protektionistische Japan im Disput um den Markt von Automobilteilen. Japan zum Freihandel zu zwingen war das Schlagwort; Quoten für die amerikanischen Hersteller auf dem japanischen Markt zu sichern, das eigentliche Ziel. Wirtschaftlich fügt jeder reziproke „Gegenprotektionismus“ dem Schaden, den der Protektionismus anrichtet, noch den Schaden eines zusätzlichen Protektionismus bei. *Milton Friedman* verglich dieses Szenario einmal mit zwei Leuten, die in einem Boot sitzen. Einer von ihnen bohrt ein Loch in den Boden, worauf das Boot langsam zu sinken beginnt. Um diesen Schaden wieder zu beheben, bohrt der andere ein zweites Loch hinein, damit das Wasser wieder ablaufen kann. Wer an diesem Bild zweifelt, dem sei das Studium der Geschichte der amerikanischen Politik des „reziproken“ Gegenprotektionismus in der Zwischenkriegszeit empfohlen, die in dem berühmten *Smoot-Hawley Tariff Act* von 1930 kulminierte. Die Folge dieses Acts war die Aufhebung der Meistbegünstigungsklauseln in fast allen Industrieländern, ein auf nationalen Egoismen beruhenden internationaler Handelskrieg, der dazu führte, dass das Gesamtvolumen des Welthandels 1938 um 60% unter dem von 1929 lag. Die so hervorgerufene Verschärfung der Wirtschaftsdepression mag letztlich sogar den Aufstieg des Totalitarismus in Europa und den Weltkrieg mitverursacht haben.

Man muss aber zugeben, dass diejenigen, die sich im späten 19. Jahrhundert mit dem Begriff *Fair Traders* schmückten, mit dem Konzept „reziproker Gegenmaßnahmen“ immerhin eine klare – wenn auch falsche – Idee verkörperten.

Der heutige neue *Fair Trader* hat diese Schwäche erkannt und beseitigt. Gegen klare Ideen kann man schließlich auch klare Argumente anführen. Dies kann dem Träger falscher Ideen das Leben schwer machen. Unklare Ideen können sich hingegen vor Kritik schützen. Genau diesen Effekt macht sich der moderne *Fair Trader* zunutze. Schließlich klingt das Wort „fair“ recht nett; niemand kann ernstlich dagegen sein. Man könnte dies natürlich als Aufforderung zum freien Zugang aller zu allen Märkten betrachten, aber dann würde der Begriff „fair“ dem Begriff „free“ nichts hinzufügen. Er wäre überflüssig. In Wirklichkeit handelt es sich bei dem Begriff *Fair Trade* um ein vages Konzept zur Legitimierung von ad hoc-Eingriffen in den freien Handel, wenn dessen Ergebnisse irgendwie von irgendwem als „diskriminierend“ oder „schädlich“ eingeschätzt werden. Dahinter liegt ein – ebenfalls vages – Konzept von „ökonomischer Gerechtigkeit“. Diese

hat nichts mit wirklicher Gerechtigkeit zu tun. Sie ähnelt vielmehr dem Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“, den einst der große liberale Nobelpreisträger *Friedrich August von Hayek* einer gnadenlosen Kritik unterzog. Während die „adjektivlose“ Gerechtigkeit als Regelgerechtigkeit, die die Gleichheit vor dem Recht postuliert, klare Grenzen von Macht definiert, definiert eine „ökonomische“ oder „soziale“ Gerechtigkeit nichts. Sie liefert der Politik eine „Rechtfertigung“, in prinzipienloser Weise Sonderinteressen zulasten der Allgemeinheit zu bedienen. Der amerikanische Publizist *James Bovard* spricht in diesem Zusammenhang von einem „Fair Trade-Schwindel“ (Fair Trade Fraud), der eine vorteilhafte Politik für die Allgemeinheit vortäusche, in Wirklichkeit aber eine „Kanonenboot-Ökonomie“ sei, die vor allem der Mehrheit der eigenen Konsumenten Schaden zufüge. In letzter Zeit sind noch einige „herzerweichende“ Varianten hinzugekommen. Es sind die Forderungen nach „sozialen Standards“ und die Besorgnis über die „Umwelt“. Was die sozialen Standards angeht, so werden diese leider nicht nur auf UN-Gipfeln, die (noch?) keinen allzu großen Einfluss auf die Politik haben, gefordert. Auch innerhalb des wichtigsten Instrumentes zur Sicherung des freien Welthandels, der *WTO*, wird heftig über die sogenannte *Social Clause* diskutiert. Dagegen sollten wenigstens einige Vorbehalte erwähnt werden. Wenn es der *WTO* wirklich um die Idee internationalen Wettbewerbs geht, muss sie erkennen, dass gerade die Vielfalt von Regeln ein wesentlicher Teil dieses Wettbewerbs ist. Umgekehrt können erzwungene „universelle“ Standards in Wirklichkeit nur die protektionistischen Interessen derer reflektieren, die sich bei den Verhandlungen durchgesetzt haben, während andere Länder benachteiligt werden. Es gibt neben dem ökonomischen Argument auch ein moralisches. Dass es bei der Vielfalt von Menschen und Kulturen keine universellen Standards geben kann, scheint irgendwie kaum jemanden zu stören. Selbst in angeblich so klaren Fällen wie des *Verbot von Kinderarbeit*, können die Folgen katastrophal sein. Gerade für die angeblich so Geschützten könnte es in manchen Ländern Hunger und Not bedeuten. Man kann sich die Frage stellen: Lauert da nicht wieder ein Stück Imperialismus um die Ecke, der versucht, die Werte und Normen einiger – meist wohlhabenderer – Länder anderen Ländern aufzuzwingen?

Die gleiche Frage stellt sich auch im Bereich „Ökologie“. Hier ist nicht ganz ohne Grund in manchen Ländern der Dritten Welt das Schlagwort vom „Öko-Imperialismus“ aufgekommen. Dazu vorweg: Zunächst einmal ist Freihandel die beste internationale Umweltpolitik, weil der vielfach beobachtbare Protektionismus der Industrieländer die ärmeren Länder zum Raubbau an Ressourcen treibt. Auch kann nur er in den Ländern der Dritten Welt mehr denjenigen Wohlstand schaffen, der die Menschen so weit aus der Not befreit, dass sie sich ein genügendes Umweltbewusstsein leisten können. Es besteht die Gefahr, dass universelle Umweltregeln genau diesen Prozess unterminieren. Auf jeden Fall werden sich die Länder der Dritten Welt stets bevormundet fühlen – vor allem, wenn man bedenkt, dass letztlich von diesen Ländern verlangt wird, dass sie ihre ökonomischen Kapazitäten einschränken müssen, weil wir, die Industrieländer, die Luft verschmutzen. Bei aller Notwendigkeit des Umweltschutzes sollte diese moralische Komponente nicht vergessen werden.

Sie sehen, dass die Gegner des Freihandels häufig die Moral – so schwammig sie auch sein mag – im Munde führen. Dass die Befürworter des Freihandels dies wesentlich seltener tun – obwohl sie es mit erheblich mehr Berechtigung könnten! – ist bedauerlich. Der Freihandel braucht aber alle moralische Kraft, um die Widerstände gegen ihn zu überwinden. Er muss sich an die einfache Weisheit erinnern, die 1860 der Anführer der deutschen Freihandelsbewegung, *John Prince-Smith*, verkündete: „Zwang in den volkswirtschaftlichen Verkehr einführen, heißt Willkür an die Stelle von Gerechtigkeit setzen.“ Starke egoistische Interessengruppen stehen ihm im Wege. Auch die wirtschaftlich sinnvolle Option, etwa in einer Welt des Protektionismus unilaterale Freihandelsmaßnahmen zu wagen, bedarf des Mutes und der Überzeugungskraft.

Dabei kann es sehr hilfreich sein, die Mitmenschen daran zu erinnern, dass in jeder Form von Protektionismus auch ein kleines Stück äußerst anachronistischer Imperialismus steckt. In der Tat, der Protektionismus ist die moderne Form des Imperialismus. Wir können auch ohne ihn auskommen.

Vortrag vor dem Berlin-Meeting der Friedrich-Naumann-Stiftung am 24. September 1995

C. Christian von Weizsäcker (1999):

Die Moral des internationalen Kapitalmarkts

In den letzten Jahrzehnten wurden die internationalen Kapitalmärkte dramatisch liberalisiert. Fast überall entfielen Devisenbewirtschaftungen. Dieser Aspekt der Freihandelspolitik ist besonders oft der Kritik ausgesetzt, weil man dahinter eine besonders unmoralische Form von Kapitalismus und Spekulantentum wittert. Dass diese Kritik ungerechtfertigt ist, darauf weist der folgende Text von Carl Christian von Weizsäcker hin. Weizsäcker lehrt an der Universität zu Köln, ist seit 1977 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministerium für Wirtschaft und war von 1986 bis 1998 Mitglied und Vorsitzender der Monopolkommission. Der freie internationale Kapitalmarkt, so meint Weizsäcker, sei eine wirksame Waffe gegen den schädlichen wirtschaftspolitischen Populismus in den Nationalstaaten.

In der abendländischen Geschichte des politischen Denkens überwog bis ins 19. Jahrhundert hinein die Meinung, dass Demokratie nicht funktionieren könne. Dies deshalb, so die Skeptiker, weil sich das Volk von Demagogen verführen lassen werde, die ihm unerreichbare Dinge versprechen. Eine vorübergehende Umverteilung von Reich zu Arm schaffe den Armen für kurze Zeit die Illusion, dass es ihnen nun tatsächlich besser gehen werde. Durch die Expropriation der besitzenden Klassen werde aber die Grundlage für den bisherigen Gesamtwohlstand vernichtet und es werde bald zu einem Zusammenbruch der Wirtschaft kommen. Es war nicht zuletzt diese Angst vor dem Populismus, die die Verfassungsväter im späten 18. Jahrhundert und im 19. Jahrhundert vielfach veranlasste, das Parlament als Zwei-Kammer-System zu konstruieren. Die obere Kammer hatte dann die Funktion, die untere Kammer – die Volksvertretung – zu bremsen, wenn diese auf solche unbedachten, kurzfristig populären Umverteilungsmaßnahmen hinauswollte. Deshalb war die obere Kammer auch weniger demokratisch (oder gar nicht demokratisch) zusammengesetzt als die untere Kammer. Im *Federalist*, geschrieben von Hamilton, Madison und Jay zur Verteidigung des neuen amerikanischen Verfassungsentwurfs, kann man die entsprechenden Erwägungen nachlesen, die zur Schaffung des amerikanischen Senats führten, der ja ursprünglich nicht in einer direkten Volkswahl gewählt wurde, sondern aus Abgesandten der einzelnen Staaten bestand, die vom jeweiligen Gouverneur ernannt waren.

Die historische Entwicklung der Demokratie hatte ihre Höhen und Tiefen. Aber es stellte sich heraus, dass in Nordamerika und Westeuropa die Demokratie funktionsfähig wurde und blieb. Immerhin ist das Problem des Populismus nicht endgültig verschwunden. Es hat sich gegenüber den früheren Befürchtungen vielleicht etwas verlagert. War damals die Gefahr zu radikaler Änderungen im Bewusstsein der Skeptiker, so ist heute eine gewisse politische Untätigkeit zur gesetzgeberischen Veränderung vielleicht das Hauptproblem.

Wie kann man Populismus definieren? Das ist nicht ganz einfach, wenn man einen Begriff entickeln will, der nicht einfach Spiegelbild der eigenen Vorurteile ist. Man kann offensichtlich nicht Maßnahmen, die einem selbst nicht passen, die aber offenkundig populär sind, als Populismus klassifizieren. Ich schlage folgende Definition vor: populistisch ist eine Politik, die zwar populär ist, die es aber nicht wäre, wenn die Wähler wohlinformiert wären. Die Schwierigkeit ist natürlich der praktische Nachweis, dass eine Politik bei wohlinformierten Wählern nicht populär wäre.

Immerhin lässt sich ... folgender Komparativ betreffend den Populismus formulieren. Dort hatten wir festgestellt, dass eine demokratische Mehrheit dazu tendiert, die Haushaltsdefizite der öffentlichen Hand größer werden zu lassen, als es den Präferenzen der Wähler entsprechen

würde, wenn diese sich die Zeit nähmen, sich in dieser Sache sachverständig zu machen. Wir haben dort gezeigt, dass dies ein Beispiel für die delegationsinduzierte Kurz-Frist-Orientierung ist. Hieraus lässt sich vielleicht folgende komparative Feststellung treffen: eine staatliche Haushaltspolitik ist umso eher populistisch, je größer das von ihr in Kauf genommene Haushaltsdefizit in Zeiten normaler Konjunktur ist.

Von den Globalisierungskritikern wird nun behauptet, dass der internationale Kapitalmarkt die nationale demokratische Souveränität insofern beschneide, als die nationale Budgetpolitik sich an die Spielregeln der Schuldner-Bonität der internationalen Kreditgeber halten müsse. Dies führe dann, häufig orchestriert vom Internationalen Währungsfonds, zu Auflagen für die nationale Politik seitens der internationalen Kreditgeber, die sich zum Beispiel in Kürzungen von Sozialleistungen zulasten der Ärmsten im Lande auswirken.

Man kann das natürlich als eine Einmischung in die nationale Entscheidungsfreiheit ansehen, die hier von internationalen Kapitalmarkt ausgeht. Aber was unterscheidet diesen Fall von jenem des privaten Schuldners... <Es wurde gesagt>, dass derjenige, der für seine Pläne den Kredit anderer benötigt, diese ihnen zur Begutachtung vorlegen muss, und dass dieser Prozess der Abgleichung der Zukunftserwartungen sozial sehr fruchtbar ist, indem er Utopien, zu denen wir als Individuen alle neigen, durch realistischere Zukunftserwartungen ersetzt. Wenn unter der Führung einer Regierung unrealistische Haushaltspläne und Erwartungen zur Rechtfertigung voll laufenden Defiziten erhalten müssen, ist dann die Intervention der internationalen Kreditgeber ein Eingriff in die nationale Souveränität oder ein Wachrütteln eines Volks von Traumtäncern unter der Führung einer populistischen Regierung? Das lässt sich in absoluter Allgemeinheit nicht sagen. Es kann ja sein, dass diese Nation der eigenen Zukunft weit Recht mehr zutraut als das die internationalen Gläubiger tun. Es kann ja sein, dass sich diese Nation in der gleichen Situation befindet wie der geniale Erfinder, der zu Unrecht von den Banken wegen eines Kredits abgewiesen wird, weil sie ihn nicht verstehen. Aber es ist genau so möglich, und nach aller nüchternen historischen Erfahrung sogar sehr viel wahrscheinlicher, dass die Banken recht haben, wenn sie die Lage des Landes weniger optimistisch einschätzen als das die eigene Regierung tut oder vorgibt zu tun, um den Kredit zu erhalten. Die internationalen Kreditgeber wären dann nützliche Helfer, um den Populismus jener Regierung offen zu legen. Sie hätten durch ihre Vorbedingungen für weitere Kredite dafür gesorgt, dass eine weniger populistische Politik getrieben wird.

Gerade wenn man sich die Tendenz zur Kurzfristorientierung und Status quo-Orientierung der Politik, auch demokratischer Politik, vor Augen hält, ist es nicht unplausibel, dass in vielen Fällen die internationalen Kapitalmärkte einen disziplinierenden Einfluss auf die heimische Politik ausüben, im Sinne einer Konsolidierung der Staatsfinanzen und im Sinne einer Beförderung von erforderlichen, aber schwer durchsetzbaren Veränderungen. Ich denke, der Gedanke ist nicht abwegig, dass ein realistischer Staatsmann, der die Verantwortung trägt, den Druck ausländischer Banken gern benutzt, um gesetzgeberische Änderungen in seiner Partei und in seinem Parlament durchzusetzen, die von ihm als notwendig erkannt wurden.

Das italienische Beispiel mag verdeutlichen, was ich mit dieser Disziplinierung meine. Solange es keinen freien internationalen Kapitalverkehr gab, mussten die Vermögen der Sparer entweder in heimischen Aktien, in heimischen Grundstücken oder in heimischen festverzinslichen Papieren angelegt werden. Die Finanzierung einer wachsenden Staatsschuld war in diesen Zeiten solange kein Problem, als die überwiegende Zahl der Sparer das Risiko bei der Anlage in festverzinslichen Werten für geringer hielt ins Vergleich zur Anlage an der Aktienbörse. Es war die so enorm gut ausgebildete, ihrem Familiensinn entsprechende private Vorsorgetätigkeit der italienischen Bevölkerung, verbunden mit ihrer Risikoaversion, die es dem italienischen Staat ermöglichte,

eine Staatsschuld zu finanzieren, die weit höher lag als ein Jahressozialprodukt. Die italienische Staatsschuld stieg deswegen so kräftig an, weil die italienische Politik im Gegensatz zur Langfristorientierung der Bevölkerung extrem kurzfristorientiert war. Der Populismus der italienischen Politik war kaum noch zu überbieten.

Die Spielregeln der EG haben letztlich erzwungen, dass die italienischen Sparer ihre Zukunftsvorsorge auch außerhalb des eigenen Landes durchführen können. Auf diese Weise entstand dem Kreditnehmer »Staat Italien« Konkurrenz bei den italienischen Sparern. Das ist der eigentliche Hintergrund für die mehr oder weniger gewaltlose Revolution, die sich in den letzten zehn Jahren in Italien abgespielt hat. Das alte, letztlich korrupte Regime hat abgedankt. Unter dem Druck der internationalen Finanzmärkte hat die öffentliche Meinung in Italien nunmehr verstanden, dass der Staat weit über seine Verhältnisse gelebt hat. Es sind massive Einschränkungen bei den Staatsausgaben erfolgt, die Steuerpolitik wurde modernisiert. All dies hat zu einer Konsolidierung der Staatsfinanzen geführt. Die Chance, zu den Gründungsstaaten des Euro zu gehören, hat die Konsolidierungsanstrengungen noch weiter verstärkt. Aber auch die Beitrittskriterien von Maastricht sind ja nichts anderes als die Kriterien, auf die auch die internationalen Kapitalanleger sehen, bevor sie ihre Anlageentscheidungen fällen. Die Disziplinierung des europäischen Populismus durch die Maastricht-Kriterien war dann die Voraussetzung dafür, dass der Euro unter so guten Vorbedingungen beginnen konnte.

Es wird den antipopulistischen Kräften in der demokratischen Politik leichter gemacht, sich durchzusetzen, wenn es einen freien internationalen Kapitalverkehr gibt. Wir hatten im 2. Kapitel darauf schon hingewiesen. Die Kapitalmärkte haben erzwungen, dass das Prinzip einer von der Regierung unabhängiger Zentralbank sich durchsetzte. Sie »belohnten« ein Land mit unabhängiger Zentralbank mit niedrigeren Zinsen, weil es als sicheres Anlageland galt. Dadurch wurde die Tierausschneide der Geldpolitik aus den populistischen Versuchungen der jeweiligen Regierungen politisch erleichtert, weil diese Herausnahme eine unmittelbar konjunkturstimulierenden Effekt auf die heimischen Kapitalmärkte hatte.

Generell: ein Regierungschef, der die Kapitalmärkte überzeugen kann, dass er eine Politik der Preisstabilität und des fiskalischen Realismus betreibt und betreiben kann, der kann sofort mit dem Pfund des Vertrauens der Kapitalmärkte wuchern. Der Staat kann sich ab sofort zu niedrigeren Zinssätzen verschulden, als wenn dies Vertrauen der Kapitalmärkte nicht da wäre. So kann durch diesen Vertrauenseffekt selbst schon ein Konsolidierungseffekt bei den Staatsfinanzen eintreten. Der Antipopulist, der »eiserne Besen« kann damit schon politische Erfolge einheimsen bevor er überhaupt ein einziges Mal gekehrt hat.

Die antizipierende Kraft der Kapitalmärkte kann somit die langen, in der kurzfristorientierten Politik so tödlichen Wartezeiten einer antiillusionären, langfristorientierten Wirtschaftspolitik wesentlich abkürzen. Das auf den professionalisierten Kapitalmärkten vorherrschende Stabilitätsdenken kann dem politischen Kämpfer gegen den Populismus zu Hilfe kommen. Hin ganz wesentlicher Teil der erfolgreichen Konsolidierungspolitik von Ministerpräsident Romano Prodi beruhte auf dem mit steigendem Vertrauen sinkenden Zinssatz, den der italienische Fiskus auf **segne** ausstehenden Schulden bezahlen musste. Der letztlich durchschlagende Erfolg der wirtschaftspolitischen Wende von Margaret Thatcher erhielt, nach anfänglicher Skepsis, Hilfe von den internationalen Kapitalmärkten. So gelang es, die britische Staatsschuld von ca. 75% des Sozialprodukts bei ihrem Regierungsbeginn auf 35% des Sozialprodukts acht Jahre später zu reduzieren.

Der nationale Kapitalmarkt <ist> ein Wahrheitsmechanismus, der der erforderlichen Abgleichung von Zukunftserwartungen der Individuen dient. Er funktioniert als solcher gut, wenn sich im Nachhinein herausstellt, dass die überwiegende Anzahl der zustande gekommenen Kreditgeschäfte rentabel abgewickelt werden konnte. Projekte, die nur mit der Bereitstellung von Kredit abgewickelt werden konnten, haben sich dann offenbar in vielen Fällen als erfolgreich für den Investor und, im Regelfall, damit auch erfolgreich für die Volkswirtschaft bewährt. Wir wissen natürlich nicht, wie viele Projekte, die den benötigten Kredit nicht bekommenen Traben, ebenfalls erfolgreich gewesen wären. Aber, das empirische Material, das zur Verfügung steht, spricht dafür, dass die Erfolgsquote dieser Projekte wesentlich geringer gewesen wäre.

Ganz ähnliche Überlegungen können wir auch für den internationalen Kapitalmarkt anstellen. Es spricht vieles dafür, dass die Qualitätskontrolle von Projekten durch erfahrene, professionelle Kreditgeber auch gegenüber staatlichen Kreditnehmern und gerade auch durch Internationale Kredite, ein nützlicher Filter ist, wenn es um die geeignete Verwendung von öffentlichen Mitteln geht. Der internationale Kapitalmarkt kann dann in ähnlicher Weise als ein Wahrheitsmechanismus angesehen werden wie der nationale Kapitalmarkt.

Fazit: Der Internationale Kapitalmarkt stützt die politischen Kräfte, die in der nationalen Politik gegen Illusionismus, Populismus und übermäßige Staatsverschuldung ankämpfen.

Aus: C. Christian von Weizsäcker: *Logik der Globalisierung*, Göttingen 1999, S. 107ff

Mario Vargas Llosa (2000):

Mehr Globalisierung, mehr Demokratie!

Der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa (Jahrgang 1936) gehört zu den bedeutendsten Literaten Lateinamerikas der Gegenwart. 1963 erschien sein Romandebüt „La ciudad y los perros“ (dt. Die Stadt und die Hunde), das schnell in über 20 Sprachen übersetzt wurde. Zahlreiche Bestseller folgten, die im ebenso zahlreiche Literaturpreise einbrachten, so etwa 1996 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Mario Vargas Llosa repräsentierte von Anfang an den Typ des politisch engagierten Schriftstellers. Sympathisierte er anfänglich noch mit der extremen Linken, so erkannte er schon bald den totalitären Charakter von deren Politikverständnis. Danach wandte er sich dem Liberalismus zu und forderte dabei rechtsstaatliche und marktwirtschaftliche Reformen für sein Land. 1990 unterlag er im zweiten Wahlgang bei den Präsidentschaftswahlen in Peru dem autoritär gesinnten Alberto Fujimori. Obwohl dies auch gleich für ihn den Rückzug aus der aktiven Politik bedeutete, meldet er sich als Schriftsteller seither immer wieder politisch zu Wort, wie der folgende Beitrag wider die Globalisierungsgegner zeigt.

Vor einiger Zeit hielt der Stadtrat von El Borge, einer winzigen Stadt in der spanischen Provinz Málaga, eine Volksabstimmung unter den tausend Einwohnern ab. Die Bürger wurden gebeten, zwischen zwei Alternativen zu entscheiden: Menschlichkeit oder Neoliberalismus. Das Ergebnis der Abstimmung lautete 515 Stimmen für Menschlichkeit und vier Stimmen für den Neoliberalismus. Seit dieser Zeit kann ich meine Erinnerung an jene vier Stimmen nicht mehr aus meinem Gedächtnis verbannen. Angesichts eines solch dramatischen Dilemmas zögerten diese vier Musketiere nicht, gegen die Menschlichkeit im Namen jenes makabren Schreckgespensts des Neoliberalismus zu Felde zu ziehen. Waren sie vier Clowns oder vier Weise? War dies ein typischer Witz aus „Borge“ oder war es das einzige Anzeichen von gesundem Menschenverstand in dieser ganzen farcenhafte Volksabstimmung?

Nicht lange danach wurde in Chiapas ein internationaler Kongress gegen den Neoliberalismus durch Subcomandante Marcos einberufen, dem neuesten Idol der medienabhängigen Politik des Westens. Unter den Teilnehmern waren zahlreiche Hollywood-Größen, ein verspäteter Gaullist (mein Freund Régis Debray) und Danielle Mitterrand, die unermüdliche Witwe von Präsident François Mitterrand, die dem Ereignis ihren sozialistischen Segen erteilte.

Dies waren eher recht merkwürdige Episoden, aber es wäre ein großer Fehler, sie als unbedeutendes Aufflackern menschlicher Dummheit abzutun. Tatsächlich sind sie nichts Geringeres als die überspannten und explosiven Extreme einer riesigen politischen und ideologischen Bewegung, die fest in den linken, zentristischen und rechten Lagern verankert ist, und die sich in dem unausrottbaren Misstrauen gegen die Freiheit als Mittel zur Lösung der Probleme der Menschheit einig sind. Sie haben ihre Ängste zu einem neuen Horrorphantom heraufbeschworen und nennen es „Neoliberalismus“...

Schlaue Professoren von den Universitäten in Paris, Harvard und Mexiko reißen sich geradezu die Haare aus, um zu beweisen, dass freie Märkte zu kaum zu mehr taugen als die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen. Sie erzählen uns, dass Internationalisierung und Globalisierung nur den großen multinationalen Firmen nutzen, denen sie erlaubt, die Entwicklungsländer bis zum Erstickungstod zu strangulieren und die Umwelt dieses Planeten zu verwüsten. Es kann uns daher nicht überraschen, dass die wenig informierten Bürger von El Borge oder Chiapas glauben, der wahre Feind der Menschheit – schuldig an allem Übel, Leid und Elend, an aller Ausbeutung, Diskriminierung, an allen Missbräuchen und Verbrechen an der Menschheit – sei jene schreckliche und zerstörerische Wirkungsmacht, die als „Neoliberalismus“

bekannt ist. Es ist nicht das erste Mal, dass das, was Karl Marx einst „Fetisch“ nannte (eine künstliche Schöpfung, die aber sehr realen Interessen dient), an Schlüssigkeit gewann und große Störungen in unserem Leben hervorrief – wie der Flaschengeist, den Aladin unabsichtlich durch das Abreiben der Zauberlampe in unsere Welt holte.

Ich betrachte mich selbst als Liberalen. Ich kenne viele Leute, die Liberale sind, und noch viel mehr, die es nicht sind. Aber während meiner ganzen Karriere, die ja schon recht lange andauert, habe ich nicht einen einzigen Neoliberalen kennen gelernt. Wofür steht eigentlich ein Neoliberaler? Wogegen ist ein Neoliberaler? Im Gegensatz zum Marxismus oder den verschiedenen Typen von Faschismus kennt der wahre Liberalismus kein Dogma, keine geschlossene und sich selbst genügende Ideologie mit bereits feststehenden Antworten auf alle gesellschaftlichen Probleme. Vielmehr ist der Liberalismus eine Doktrin, die – jenseits einer relativ einfachen und klaren Kombination von Grundprinzipien, die sich alle um eine Verteidigung politischer und ökonomischer Freiheit (das heißt: Demokratie und freie Marktwirtschaft) strukturieren – eine enorme Bandbreite von Strömungen und Schattierungen bei sich willkommen heißt. Was er nicht beinhaltet, und was er auch nicht in Zukunft beinhalten wird, ist jene Karikatur, die von ihren Gegnern mit dem Nicknamen „neoliberal“ belegt wird.

Ein „neo“ ist jemand, der vorgibt etwas zu sein; jemand, der zur gleichen Zeit innerhalb und außerhalb von etwas steht; er ist eine unfassbare Hybridform, ein Strohmännchen, der aufgebaut wurde, ohne dass man ihn mit spezifischen Werten, Ideen, Regimes oder Doktrinen eindeutig identifizieren kann. „Neoliberal“ zu sagen, bedeutet dasselbe wie „semiliberal“ oder „pseudoliberal“ zu sagen. Es ist reinster Unsinn. Entweder man ist für Freiheit oder dagegen, aber man kann nicht „semi-dafür“ oder „pseudo-dafür“ sein – ebenso wenig wie man „semi-schwanger“, „semi-lebendig“ oder „semi-tot“ sein kann. Dieser Begriff wurde nicht geprägt, um eine begriffliche Realität auszudrücken, sondern eher als eine subversive Waffe der Verhöhnung, die geschaffen wurde, um den Begriff des Liberalismus semantisch zu zersetzen. Jetzt, da wir in ein neues Jahrtausend treten, ist es der Liberalismus – mehr als jede andere Doktrin –, die die ungewöhnlichen Fortschritte, die die Freiheitsidee im langen Lauf der Geschichte gemacht hat, symbolisiert.

Wir sollten die Errungenschaften des Liberalismus mit Freude und heiterer Ausgelassenheit feiern, aber ohne übertriebenes Triumphgehebe. Wir müssen klar verstehen, dass die Errungenschaften des Liberalismus zwar bemerkenswert sind, aber dass das noch viel wichtiger ist, was noch getan werden muss. Und weil darüber hinaus nichts in der menschlichen Geschichte schicksalhaft vorgegeben oder andauernd ist, ist der Fortschritt in der Kultur der Freiheit, den wir in den letzten Jahrzehnten erreicht haben, keineswegs unumkehrbar. Wenn wir nicht wissen, wie wir sie zu verteidigen haben, wird die Kultur der Freiheit stagnieren und wird die freie Welt gegen die Mächte des autoritären Kollektivismus und Tribalismus verlieren. Sich die neuen Masken von Nationalismus und religiösem Fanatismus vorsetzend, haben diese Mächte den Kommunismus als kampfbewährtesten Gegner der Demokratie ersetzt...

Was immer die Schrecken, die von Ländern wie Libyen, Afghanistan, Sudan oder Iran ausgehen, sie sind keine ernst zu nehmende Herausforderung für die Kultur der Freiheit: Die Rückwärtsgewandtheit ihrer Ideologien verdammt diese Regimes dazu, immer weiter im Rennen hin zur Moderne zurückzufallen – ein schnelles Rennen, in dem die freien Länder bereits den entscheidenden Vorsprung haben.

Trotz der Finsternis hartnäckig weiter bestehender Diktaturen, haben Liberale in den letzten Jahrzehnten viel Grund zum Feiern gehabt. Die Kultur der Freiheit hat überwältigende Fortschritte in großen Teilen von Mittel- und Westeuropa, in Südostasien und Lateinamerika.

Zum ersten Mal in seiner Geschichte sind in Lateinamerika zivile – durch mehr oder minder freie Wahlen entstandene – Regierungen in fast jedem Land an der Macht (die Ausnahmen sind Kuba, eine eindeutige Diktatur, und Peru, eine subtile Diktatur). Mehr noch: Diese Demokratien verfolgen heute – manchmal mehr mit zusammengebissenen Zähnen als mit Begeisterung, manchmal mit mehr Unbeholfenheit als mit Können – marktwirtschaftliche Politiken oder zumindest Politiken, die der freien Wirtschaft näher kommen als dem interventionistischen und nationalistischen Populismus, der die Regierungen auf diesem Kontinent sonst traditionell auszeichnete.

Das vielleicht Bedeutsamste an den Veränderungen in Lateinamerika ist nicht die Quantität, sondern die Qualität. Obwohl es immer noch nicht ungewöhnlich ist, Intellektuelle, die ihre Arbeit durch den Kollaps der kollektivistischen Ideologie verloren haben, über den Neoliberalismus zu heulen, ähnelt ihr Heulen doch mehr dem der Wölfe, die den Mond anheulen. Von einem Ende Lateinamerikas zum anderen gibt es heute einen soliden Grundkonsens zugunsten der Demokratie und gegen diktatorische Regime und kollektivistische Utopien. Obwohl dieser Konsens in Bezug auf die Wirtschaftspolitik begrenzter ist, verbeugen sich die lateinamerikanischen Regierungen vor der liberalen Wirtschaftslehre. Einigen Regierungen ist es peinlich, dies zuzugestehen und andere – darunter einige echte *Tartuffes*¹⁷ – versuchen ihre wahren Grundsätze zu verbergen, indem sie verbale Salven gegen den Neoliberalismus abfeuern. Trotzdem bleibt ihnen nichts anderes übrig als Unternehmen zu privatisieren, Preise freizugeben, Märkte zu öffnen, die Inflation zu kontrollieren und ihre Wirtschaften in den Weltmarkt zu integrieren. Sie haben es – auf die harte Tour – gelernt, dass unter den heutigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dasjenige Land, das nicht diesen Spielregeln folgt, Selbstmord begeht. Oder dass – um es in weniger schockierenden Worten zu sagen – sich dieses Land selbst zu Armut, Niedergang und sogar Auflösung verurteilt. Große Teile der lateinamerikanischen Linken haben sich von der bitteren Feindseligkeit gegenüber wirtschaftlicher Freiheit zu dem klugen Eingeständnis Václav Havels gewandelt: „Obwohl mein Herz links von der Mitte schlagen mag, wusste ich doch immer, dass das einzige funktionierende Wirtschaftssystem die Marktwirtschaft ist... Sie ist die einzige natürliche Wirtschaft, die einzig sinnvolle, die einzige zu Wohlstand führende, weil sie die einzige ist, in der sich die Natur des Lebens selbst widerspiegelt.“....

Die gegenwärtige Auseinandersetzung ist für Liberale vielleicht weniger schwierig als sie es noch für unsere Lehrer war. In der Auseinandersetzung, die sie fochten, hatten die Planer, die Polizeistaaten, die Einparteien-Regime und Staatswirtschaften noch ein Imperium auf ihrer Seite, das bis an die Zähne bewaffnet war, und eine ausgezeichnete Öffentlichkeitskampagne, die im Herzen der Demokratie von einer fünften Kolonne von sozialistischen Ideen verführter Intellektueller. In der heutigen Auseinandersetzung müssen wir nicht gegen große totalitäre Denker wie Marx oder intelligente Sozialdemokraten wie John Maynard Keynes zu Felde ziehen, sondern eher gegen Stereotypen und Karikierungen, mit denen versucht wird, Zweifel und Verwirrung im demokratischen Lager zu verbreiten; daher die vielgestaltige Offensive, die aus vielen Schützengraben gegen das Monster mit dem Nicknamen „Neoliberalismus“ geführt wird. Auch heißt es, gegen die Apokalyptiker zu Felde zu ziehen, eine neue Sorte skeptischer Denker. Statt sich gegen die Kultur des Demokratischen zu wenden – wie es etwa Georg Lukacs, Antonio Gramsci oder Jean-Paul Sartre taten, sind die Apokalyptiker zufrieden, sie zu leugnen, indem sie

¹⁷ Die Figur des *Tartuffe* aus dem gleichnamigen Theaterstück (1664) des französischen Dramatikers Molière, (1622-1673) personifiziert das Laster der Heuchelei. (Anm. d. Hrsg.)

uns versichern, dass so etwas wie Demokratie gar nicht existiere und wir es mit einer Fiktion zu tun hätten, hinter der der düstere Schatten der Despotie lauere.

Von dieser Sorte Kritiker möchte ich einen... Fall besonders herausgreifen, nämlich den von Robert D. Kaplan. In einem provozierenden Essay¹⁸ behauptet er, dass im Gegensatz zu den optimistischen Erwartungen über die Zukunft der Demokratie, die nach dem Ende des Marxismus in Osteuropa verkündet wurden, die Menschheit in Wirklichkeit einer Welt entgegenstrebe, die vom Autoritarismus beherrscht werde. In einigen Fällen werde dieser Autoritarismus ungeschminkt zu Tage treten. In anderen wird er sich hinter bürgerlich und liberal aussehenden Masken verstecken. Für Kaplan sind derartige Institutionen aber nur bloßes Zierwerk. Die wahre Macht läge – oder läge schon bald – in den Händen gigantischer internationaler Konzerne, den Besitzern von Technologien und von Kapital, die Dank ihrer Allgegenwärtigkeit und Supranationalität die beinahe vollständige Straflosigkeit aller ihrer Taten genießen.

„Ich behaupte, dass die Demokratie, zu der wir in vielen armen Gegenden der Welt ermutigen, integraler Bestandteil einer Transformation hin zu neuen Formen des Autoritarismus ist, dass die Demokratie in den Vereinigten Staaten gefährdeter den je ist, ... und dass viele Regime der Zukunft – insbesondere das unsrige – eher den Oligarchien des alten Athen oder Griechenlands ähneln könnten als der gegenwärtigen Regierungsform in Washington.“

Seine Analyse erweist sich als extrem negativ, was die Möglichkeit angeht, dass die Demokratie in Entwicklungsländern Wurzeln schlagen könne....

Im Gegensatz zu diesen pessimistischen Einschätzungen Kaplans eröffnet die Globalisierung erstklassige Möglichkeiten für die demokratischen Länder dieser Welt, und besonders für die fortgeschrittenen Demokratien Amerikas und Europas, zur Ausbreitung von Toleranz, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit beizutragen. Viele Länder sind noch der Sklaverei autoritärer Traditionen unterworfen, und wir sollten uns erinnern, dass der Autoritarismus einst über die ganze Menschheit regierte....

Mit der Ankunft des neuen Millenniums haben allerdings die fortgeschrittenen Demokratien dieser Welt einen stärkeren Anreiz bekommen, mit fester und prinzipientreuer Überzeugung zu Gunsten von Demokratisierung zur Tat zu schreiten. Dieser Anreiz kommt aus einer neuen Gefahr heraus, die Kaplan in seinem Essay erwähnt. In apokalyptischer Weise prophezeit Kaplan das Entstehen eines zukünftigen undemokratischen Weltstaats, der aus allmächtigen multinationalen Konzernen besteht und ohne Beschränkungen in allen Ecken der Welt operieren kann. Diese Katastrophenvision deutet schon auf die wirkliche Gefahr hin, derer wir uns bewusst sein sollten. Das Wegfallen wirtschaftlicher Grenzen und die Ausbreitung der Weltmärkte stimuliert die Fusion und Allianzbildung zwischen Unternehmen bei ihrem Versuch, wirkungsvoller in allen Produktionszweigen zu konkurrieren.

Die Entstehung von gigantischen Konzernen begründet an für sich keine Gefahr für die Demokratie – solange Demokratie noch als Realität besteht, das heißt, solange es noch gerechte Gesetze und starke Regierungen gibt (für einen Liberalen heißt „stark“ natürlich „klein und effizient“ und nicht „groß“). In einer Marktwirtschaft, die offen für Wettbewerb ist, nutzt eine große Firma dem Konsumenten, weil ihre Größe sie in die Lage versetzt ihre Preise zu reduzieren und ihre Dienstleistungen auszuweiten. Es ist nicht die Größe eines Unternehmens, die gefährlich ist. Die Gefahr liegt im Monopol, das immer die Quelle von Ineffizienz und Korruption

¹⁸ Robert D. Kaplan, *Was Democracy Just a Moment?*; in: Atlantic Monthly, December 1997, S.55ff

ist. Solange es demokratische Regierungen gibt, die Respekt vor dem Recht gebieten – Regierungen, die sogar Bill Gates belangen, wenn er die Gesetze bricht – besteht keine Gefahr. Solange demokratische Regierungen Märkte aufrecht erhalten, die offen für den Wettbewerb und frei von Monopolen sind, dann ist nichts zu fürchten von großen Konzernen, die sogar häufig der Gesellschaft dienen, indem sie die Speerspitze des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts bilden.

Das kapitalistische Unternehmen hat die Natur eines Chamäleons. In einem demokratischen Land ist es eine nutzbringende Institution zur Beförderung von Entwicklung und Fortschritt. In jenen Ländern, in denen Rechtsstaat und freie Märkte nicht existieren, und in denen alles durch den absoluten Willen eines Anführers oder einer herrschenden Clique beschlossen wird, da kann das kapitalistische Unternehmen allerdings zur Ursache von Katastrophen werden. Konzerne sind amoralisch. Sie passen sich mit Leichtigkeit den Spielregeln jenes Umfeldes an, in dem sie operieren. Wenn in vielen Entwicklungsländern das Verhalten von multinationalen Konzernen höchst verwerflich ist, dann liegt die letzte Schuld bei denen, die die Spielregeln für das wirtschaftliche, soziale und politische Leben aufstellen. Man kann den Unternehmen nicht vorwerfen, bei ihrem Streben nach Profiten diesen Regeln zu folgen.

Aus diesen zieht Kaplan seine pessimistische Schlussfolgerung: Die Zukunft der Demokratie sei düster, weil im kommenden Millennium die großen multinationalen Konzerne sich auch in den USA und Westeuropa ungestraft so benehmen würden, wie sie es in dem Nigeria des verstorbenen Oberst Abacha¹⁹ taten.

Tatsächlich gibt es aber keinen historischen oder begrifflichen Grund für diese Annahme. Stattdessen sollten wir zu folgendem Schluss kommen: Es ist absolut geboten, dass alle Länder, die heute von Diktaturen regiert werden, sich schnellstens hin zur Demokratie entwickeln, und dass sie sich die Art von liberaler Rechtsordnung geben, die von den Konzernen verlangen kann, dass sie sich so anständig und angemessen verhalten wie sie es in fortgeschrittenen Demokratien bereits zu tun angehalten sind. Ohne die Globalisierung von Rechtsstaatlichkeit und Freiheit stellt wirtschaftliche Globalisierung eine ernste Gefahr für die Zukunft der Zivilisation dar... Die großen Mächte haben eine moralische Verpflichtung demokratische Prozesse in den Entwicklungsländern zu fördern. Außerdem haben sie eine praktische Verpflichtung. Mit dem Absterben der Grenzen ist die beste Garantie dafür, dass die wirtschaftlichen Kräfte allen Menschen nützen, sicherzustellen, dass in der ganzen Welt das wirtschaftliche Leben innerhalb der Grenzen von Freiheit und Wettbewerb fließen kann und von den Anreizen, Rechten und Beschränkungen geführt wird, die von einer demokratischen Gesellschaft ausgehen.

Das alles ist keine leichte Aufgabe. Nichts davon wird in kurzer Zeit erreicht werden können. Für Liberale ist es allerdings ein großer Anreiz zu wissen, dass wir an einem erreichbaren Ziel arbeiten. Die Idee einer Welt, die durch eine Kultur der Freiheit vereint ist, ist kein Utopia, sondern eine schöne und mögliche Realität, die unsere Anstrengungen rechtfertigt. Wie einer unserer größten Lehrmeister, Karl Popper, sagte:

¹⁹ Oberst (später General) Sani Abacha regierte von 1993 bis 1999 als Diktator mit eiserner Hand Nigeria. Sein Regime war geprägt von Nepotismus und Günstlingswirtschaft. Die brutale Enteignung wertvollen Landes des Ogoni-Stammes im Interesse eines multinationalen Ölkonzerns und die Hinrichtung des oppositionellen Dichters Ken Saro-Wiwa gehören zu den vielen Verbrechen, die er sich im Verlauf seiner Gewaltherrschaft zu Schulden kommen ließ. (Anm. d. Hrsg.)

„Optimismus ist eine Pflicht. Die Zukunft ist offen. Sie ist nicht vorherbestimmt. Niemand kann sie vorhersagen, allenfalls durch Zufall. Wir alle tragen etwas dazu bei, sie durch das, was wir tun, zu bestimmen. Wir sind alle gleichermaßen verantwortlich für ihren Erfolg.“

Aus: Mario Vargas Llosa: *Liberalism in the New Millenium*; in: Ian Vásquez (Hrsg.): *Global Fortune. The Stumble and Rise of World Capitalism*, Cato Institute, Washington 2000, S. 15-20, 24-26 (Übersetzung: Detmar Doering)

* Mit Genehmigung von *Mario Vargas Llosa*

Der Herausgeber

Dr. Detmar Doering

Jahrgang 1957, Leiter des *Liberalen Instituts* der Friedrich-Naumann-Stiftung in Potsdam.
Studium der Fächer Philosophie und Geschichte (Dr.phil. 1990) an der Universität zu Köln und
am University College London.

Mitglied der Mont Pèlerin Society seit 1996.
Wohnhaft in Berlin, verheiratet, eine Tochter.

Zahlreiche Buchpublikationen, darunter:

Kräfte des Wandels? (mit Lieselotte Stockhausen-Doering)(1990)
Die Wiederkehr der Klugheit: Edmund Burke und das Augustan Age (1990)
Kleines Lesebuch über den Liberalismus (Hrsg., in 16 Sprachen übersetzt) (1992)
Liberalismus: Ein Versuch über Freiheit (1993)
Freiheit: Die unbequeme Idee (Hrsg. m. Fritz Fliszar)(1995)
Frédéric Bastiat: Denker der Freiheit (1997)
Fred E. Folvary: Das Lexikon der Freien Marktwirtschaft (Hrsg. und ergänzt)(2000)
Geschützt oder gefangen? Der Konsument und seine Freiheit (Hrsg., m. Hardy Bouillon) (2002)
Friedlicher Austritt. Braucht die Europäische Union ein Sezessionsrecht? (2002)
Vernunft und Leidenschaft. Ein David-Hume-Brevier (2003)

Darüber hinaus zahlreiche Artikel und Beiträge in Tageszeitungen, Zeitschriften und
Fachjournalen.